

Versagen, Pauschalismus, Simulationen

Die Ereignisse zu Silvester vor dem Hauptbahnhof Köln haben viele Menschen aufgeschreckt und verunsichert. Das ist verständlich. Trotzdem ist es Aufgabe der Politik, mit klarem Kopf zu analysieren, was geschehen ist, und Maßnahmen zu ergreifen, um ähnlichen Vorfällen vorzubeugen.

Die Reaktion der Bundesregierung auf die unseligen Ereignisse läuft wieder nach den bekannten Mustern ab: Sie zieht Gesetzesverschärfungen aus der Schublade, die schon lange geplant sind, bisher aber nicht durchsetzbar waren und zur Lösung bestehender Probleme völlig ungeeignet sind. Beispielsweise ist die hochauflösende, permanente Videoüberwachung öffentlicher Plätze zur Bekämpfung von Kriminalität ungeeignet, da eine bloße Verdrängung der Täter in un beobachtete Bereiche stattfindet. Dafür handelt man sich aber eine potentielle Totalüberwachung der Bevölkerung ein. In Großbritannien mit seiner ausufernden Videoüberwachung wird geklagt, dass hunderttausende Kameras zwar aufzeichnen, die Aufnahmen aber wegen Personalmangels niemals angesehen werden und so ein Eingreifen bei aktuellen Vorkommnissen nicht möglich ist. Videokameras können nun mal keine Polizisten ersetzen.

Neu hingegen ist, dass man wie Innenminister de Maiziere die Verantwortung von sich weist und die Polizisten vor Ort schuldig spricht. Wenn der oberste Dienstherr der Bundespolizei, die für die Sicherheit im Bahnhofsumfeld verantwortlich ist, den Einsatz zu Silvester kritisiert, muss er sich auch zur eigenen Verantwortung äußern. Er müsste einräumen, dass es bei der Bundespolizei seit Jahren massiv an Personal mangelt. Überlastungen sind an der Tagesordnung, der Stand an Über-

stunden und Krankheitszeiten ist so hoch wie nie. Vor einem Jahr waren noch 2.750 fehlende Stellen zu verzeichnen. Die Überstundenzahl der Bundespolizisten hat sich in wenigen Monaten auf über 500.000 ausgeweitet. Viele Dienststellen sind nur zu 50 bis 75 Prozent besetzt.

Nicht ganz neu, aber in dieser Intensität bisher kaum geschehen, wird pauschal ganze Bevölkerungsgruppen als Übeltäter verwiesen. Bevor überhaupt klar war, inwieweit Flüchtlinge unter den Tätern waren, wurde eine Verschärfung von Abschiebemöglichkeiten für Flüchtlinge gefordert und Staaten mit der Kürzung der Wirtschaftshilfe gedroht, die Abzuschiebende nicht zurücknehmen wollen. Wie in einem Wettbewerb überbieten sich Politiker der großen Koalition mit Forderungen. Damit soll Handlungsfähigkeit simuliert und eigenes Versagen überdeckt werden.

Die Wahrheit ist aber, dass all diese Forderungen keines der Probleme lösen oder auch nur lindern. Der öffentliche Dienst insgesamt ist seit Jahren auf Verschleiß gefahren worden. Auf Kosten der Beschäftigten werden immer mehr Aufgaben auf immer weniger Schultern verteilt. Die Überlastung der Länder und Kommunen ist seit dem Sommer 2015 nur sichtbar geworden. Vorhanden ist sie schon jahrelang. Die Ursache ist aber nicht der aktuelle Flüchtlingszuwachs, sondern die Politik der letzten zwei Jahrzehnte.

Ohne ein entschiedenes Umsteuern werden sozialere Verhältnisse, die Integration von Flüchtlingen, der demographische Wandel und der notwendige Modernisierungsschub bei Bildung und Wissenschaft nicht möglich sein und sich die sozialen und politischen Spannungen verschärfen. • Frank Tempel

Neu:

**Links! im Digitalabo.
Jede Ausgabe schon drei
Tage früher im Mailpostfach!**

Jetzt kostenlos bestellen:
www.links-sachsen.de/abonnieren,
aboservice@links-sachsen.de
oder 0351-84 38 9773.

Links!

Politik und Kultur für Sachsen, Europa und die Welt
Januar-Februar 2016

ISSN 2193 682X



9 772193 682004



Mit internationaler Musik gegen Hass: Banda Comunale

Banda Comunale spielt seit Jahren zu den Demos am 13. Februar auf. Die Band ist zwar schon immer international, aber so international wie sie derzeit ist, war sie noch nie. Ralf Richter traf sich mit dem aus Polen stammenden Banda-Mitinitiator Michal Tomaszewski und dem Neu-Mitglied Akram Younus.

Banda Comunale heizt in Dresden und Umgebung seit Jahren mit sehr spezieller Blasmusik ein. Michal Tomaszewski, was können Sie als Mitinitiator zur Gründungsgeschichte sagen?

Tomaszewski: Wir waren schon 2001 eine lose Freundesgruppe, die sich an Demos beteiligt hat. Die meisten von uns haben Musik gemacht, während ich erst damals anfing, Klarinette zu spielen. Zudem gab es zu dieser Zeit so einen Hype um die Balkanmusik. Alfred, ein Tuba-Spieler, meinte: Kommt, lasst uns doch mal eine Demokapelle aufmachen. Tja, und dann sind wir einfach mit zwei, drei Stücken, die wir mal probiert haben, auf die Demo gegangen.

Wie ging es weiter?

Tomaszewski: Bei den Auftritten fanden wir weitere Mitspieler. Allerdings ist es nicht so, dass wir jedes Jahr am 13. Februar auftreten können. Das schaffen wir nicht. Allerdings sind das ja nun mittlerweile fünfzehn, sechzehn Jahre, dass wir Musik machen und wir sind längst keine reine Demokapelle mehr.

Das Spektrum ist breiter.

Tomaszewski: Wir geben inzwischen 30 Konzerte pro Jahr in Dresden und Umgebung: Hochzeiten, Stadtfeste und Partys. Auch in Riesa haben wir ein paar Mal gegen Neonazis gespielt. Außerdem in Bautzen, in der Sächsischen Schweiz, in Pirna bei Veranstaltungen gegen Rechts, aber auch für die Gewerkschaften zum 1. Mai.

Ihr seid also eine politische Kapelle?

Tomaszewski: Nein, so sehe ich das nicht – wir sehen uns in erster Linie als Musiker, allerdings wollen wir schon durchaus mit der Musik, die wir spielen, ein Zeichen setzen. Rein optisch sieht es ja schon sehr nach einer deutschen Blaskapelle aus.

Aber es klingt ganz anders.

Tomaszewski: Wir haben da manchmal spannende Begegnungen: Zum Beispiel wenn wir im Sommer auf der Brühlschen Terrasse spielen. Da finden sich ältere Herrschaften ein, die Blasmusik erst einmal gut finden und unsere Kapelle, dann aber doch etwas verstört sind,

wenn wir Balkanmusik, Klezmer und Afrobeat spielen. Die Punks kennen uns, dann kommen Touristen hinzu sowie Einheimische und wir bretern unser Programm runter. Es hören uns ganz verschiedene Menschen gemeinsam zu, obwohl sie nicht immer zusammen gehören. Etwas subversiv ist das schon.

Ist das euer Anliegen, etwas subversiv sein?

Tomaszewski: Unser wichtigstes Anliegen ist es, Musik zu machen. Wir sind ein Freundeskreis und machen Musik in der Freizeit. Es sind auch Profimusiker dabei, aber die wenigsten verdienen nur mit Musik Geld. Wir sind alle im Beruf, haben alle Familie und so ist es wohl eher der „Stammtisch-Gedanke“, der uns immer wieder musikalisch zusammen führt.

Seit einem Jahr gibt es PEGIDA – und eine Reihe von Gegendemos. Hat das Auswirkungen auf eure Auftritte?

Tomaszewski: Wir haben im November/Dezember 2014 angefangen, zu spielen. Am 5. Januar 2015 habe ich dann selbst mit Freunden eine Demo angemeldet, wir haben den Neujahrsputz gemacht – mit Warnwesten und Besen sind wir hin-

ter 25.000 Fremdenfeinden hergelaufen und haben gekehrt.

Warum engagiert ihr euch gegen PEGIDA?

Tomaszewski: Ich finde, es geht uns alle an. Was hier bedroht wird, ist Demokratie, Kultur und Freiheit. Wir setzen dabei ein, was wir an Mitteln haben, allerdings lassen wir uns nicht vereinnahmen von irgendeiner politischen Strömung.

Die Gegendemonstrationen werden von verschiedenen Gruppen organisiert, habt ihr da einen Favoriten?

Tomaszewski: Wir machen ein Angebot mit unserer Musik, ohne Pamphlete, ohne große Meinungsäußerungen für Leute, die einfach mal „Nein!“ sagen wollen, weil sie den europäischen Gedanken längst verinnerlicht haben, Deutschland als Einwanderungsland sehen und es weiter so betrachten wollen. Letztendlich für jene, für die Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Ausgrenzung indiskutabel sind und die deutsche Geschichte Mahnung bleibt.

Die Zweiteilung der Stadt hält ja schon lange an, und wie es scheint, werden die Gräben tiefer. Ihr habt euch auf eine

lange Auseinandersetzung eingestellt?

Tomaszewski: In der Tat – es wird ein langwieriger Kampf werden, und ich sehe nicht, dass sich hier etwas schnell auflöst. Wenn PEGIDA etwas Positives bewirkt hat in der Stadt, dann ist das die Vernetzung vieler Gruppen und NGOs in einem Maße, wie es das zuvor noch nicht gegeben hat. Es hat auch zu einer viel stärkeren Politisierung geführt. Ganz wichtig ist es auch, dass solche Einrichtungen wie das Staatsschauspiel sich engagieren, wenn die Lage es erfordert wie in der gegenwärtigen Situation. Dann reicht nicht mehr nur die inhaltliche Auseinandersetzung, sondern es ist absolut wichtig, dass – wie es seit einiger Zeit sehr erfolgreich geschieht – Räume zur Verfügung gestellt werden zum so genannten Montags-Café, wo es eine Begegnung zwischen Dresdnern und Flüchtlingen gibt.

Eine solche Begegnung mit Flüchtlingen verändert nun ja auch gerade Banda Comunale und führt zum neuen Projekt Banda Internationale.

Tomaszewski: Zunächst gab es ein einschlägiges Erlebnis. Im letzten Jahr saß ich oft vor Fa-

cebook, und dort las ich, dass Lutz Bachmann seine Leute aufrief, nach Freital zu kommen und vor dem Hotel Leonardo zu demonstrieren. Das fand ich so widerwärtig, dass ich dort selbst hingefahren bin und letztlich drei Abende dort verbracht habe. Wir haben dann unsere Probe dorthin verlegt und mit den Flüchtlingen getanzt, bis die Polizei kam und meinte, wir müssten jetzt Schluss machen, weil die Musikveranstaltung nicht angemeldet war.

Über die Veranstaltungen in den Unterkünften hat Banda Comunale also Flüchtlinge kennen gelernt, die nun als Musiker zu Gründungsmitgliedern von Banda Internationale wurden. Akram Younus, woher stammen sie und seit wann kennen Sie die Leute von Banda Comunale?

Younus: Ich komme aus Bagdad, bin Cellist und spiele seit drei Monaten mit Banda Comunale. Der Kontakt kam über jemanden im Sozialamt zustande – plötzlich wurde ich besucht von einem Musiker, der ein Cello mitbrachte. Sie können sich vorstellen, wie überglücklich ich war, wieder ein Musikinstrument in den Händen zu halten!

Wo ist ihr altes, warum mussten Sie Bagdad verlassen?

Younus: Die Situation ist sehr unsicher im gesamten Irak und natürlich auch in Bagdad – ich war nicht mehr sicher, und mein Vater hat mir geraten, das Land zu verlassen. Zunächst hatte ich noch mein Cello bei mir, aber in der Türkei habe ich es verkauft, um meine weitere Reise zu finanzieren. Das war einer der schlimmsten Momente in meinem Leben ...

Tomaszewski: Insgesamt spielen mittlerweile zwölf Musiker-Kollegen mit uns zusammen, die wir über Auftritte vor Flüchtlingen kennen gelernt haben. Wir haben inzwischen eine Crowdfunding-Kampagne gestartet, denn die meisten Musiker brauchen erst einmal wieder Instrumente, die entweder geliehen oder gekauft werden müssen – zudem sollen sowohl eine CD als auch ein Film entstehen. Wer uns unterstützen will, findet im Netz weitere Informationen unter www.banda-internationale.de. Unser Ziel ist es nicht zuletzt, mit den Flüchtlingen ein Stück Alltag zu teilen und so zu ihrer Integration durch das gemeinsame Musizieren beizutragen. Die Zusammenarbeit mit ihnen führt uns zu einem größeren Reichtum an Klängen und Rhythmen, davon profitiert zunächst unsere Band und unser Publikum. Deshalb gibt es das Projekt Banda Internationale.



Kulturkonservativ

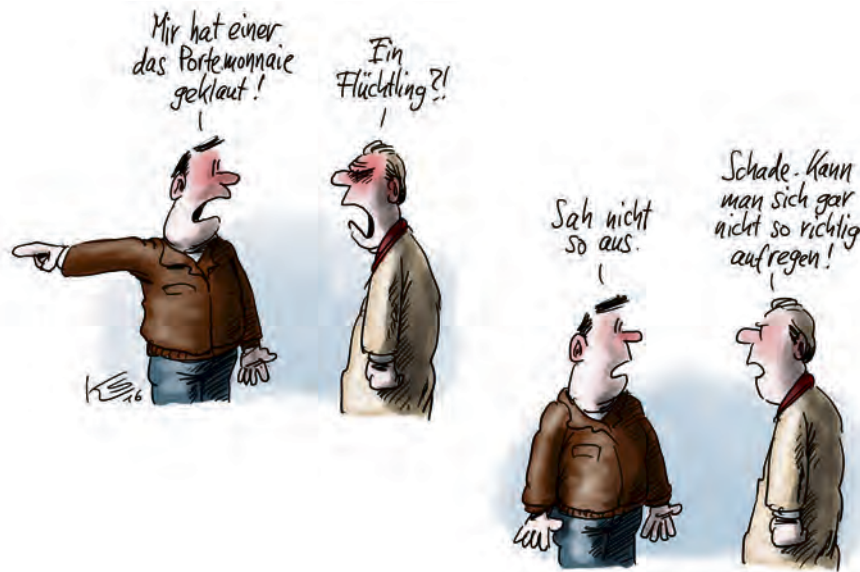
Drei Tage vor Weihnachten, am 21. Dezember des vergangenen Jahres, druckte die Sächsische Zeitung unter dem Titel: „Zorn allenthalben“ einen Beitrag des in Radebeul bei Dresden ansässigen Schriftstellers Jörg Bernig. Der Autor ist Mitglied zweier Akademien der Schönen Künste, der in Bayern und der in Sachsen. Seinen Zorn erregt hat der Umgang von Politik und Medien mit den Flüchtlingen hierzulande, in der Mehrheit „allein erscheinende Männer“ und eben keine „Familien, die sich vor Krieg und Verfolgung in Sicherheit bringen wollen“. Diesen Männern wirft der Autor Feigheit vor, weil sie „bei der Verteidigung von Leib und Leben der Zurückgelassenen“ nicht mittun wollen. Ihr kriminelles Handeln und die Versuche von Politik und Medien, sich als eine Diskurspolizei zu betätigen, indem sie solche Straftaten zu vertuschen versuchen, brachten schließlich Bernigs Galle zum Überlaufen und bewirkten seinen Zornesausbruch in der Presse. Die Ereignisse in der Silvesternacht in Köln dürften ihn nur noch zorniger gemacht haben. Einen Tag nach dem Erscheinen des Zeitungsartikels distanzierte sich die Sächsische Akademie der Künste von ihrem Mitglied. Deren Präsident, Prof. Wilfried Krätzscher, stellte klar, dass der Artikel die „private Meinung“ des Verfassers wiedergebe und keine „Stellungnahme

der Akademie“ sei. „Die akuten Probleme“, so die Begründung, ließen sich „nur lösen, wenn die bedrückenden Sorgen und Fragen mit Sorgfalt und Verantwortung getrennt werden von Stimmungen, Resentiments und dem Schüren von Ängsten“. Das ist starker Tobak und ein ungewöhnlicher Vorgang. Schließlich passiert es nicht alle Tage, dass eine Akademie einem ihrer Mitglieder Stimmungsmache und das Schüren von Angst im Streit ankreidet und deswegen auf Distanz zu ihm geht. Der Vorgang macht zweierlei deutlich: Unter den Künstlern ist, wie in der Gesellschaft insgesamt, eine Spaltung und Radikalisierung über die Frage des Umgangs mit den Flüchtlingen festzustellen. Zum an-

deren zeigt der Vorgang, dass auch Künstler, die sich in der Regel unpolitisch geben, im politischen Meinungsstreit Torheiten äußern. Im Mangel an politischer Urteilsfähigkeit unterscheiden sich Künstler nicht von der übrigen Bevölkerung. Auch sie neigen zu populistischen Ansichten und rassistischen Vorbehalten anderen Menschen gegenüber. Die immer wieder kolportierte Behauptung, (kulturelle) Bildung mache die Menschen friedfertiger und humaner, stimmt einfach nicht. Zwar will Bernig seinen Zeitungsartikel über die Flüchtlingspolitik hierzulande nicht als „rechts und rassistisch“ verstanden wissen; eine Etikettierung als Rassist weist er zurück. Stattdessen dreht er

den Spieß um und behauptet: „Das neue Modewort“ diene lediglich der Stigmatisierung von missliebigen Meinungen und deren Ausgrenzung aus dem öffentlichen Diskurs. Den „tatsächlichen Chauvinisten oder gar Rassen“ spiele die vor allem in den Medien geübte Praxis – konkret angesprochen wird das „heute journal“ im ZDF – in die Hände. Dennoch sind die Versatzstücke aus dem Reservoir eines kulturell begründeten Neorassismus in dem Artikel unübersehbar: die Unterstellung kulturell bedingter gruppenspezifischer Verhaltensformen, die im Falle der männlichen Flüchtlinge kriminelle sind; die Unterstellung einer Unterlegenheit bzw. Unterentwicklung anderer Kulturen,

die deshalb nicht zu uns passen, und schließlich die Unterstellung einer grundsätzlichen Andersartigkeit und Unvereinbarkeit der Kulturen. Als Maßstab zur Beurteilung anderer Kulturen gilt die jeweils eigene Kultur. Aus dieser Perspektive begründet die Kultur eine kollektive Identität, die nicht diskursiv und offen für Veränderungen ist, sondern essentiell für den Zusammenhalt einer Gesellschaft und homogen. Von den tatsächlichen (sozialen) Spaltungen und Unterschieden in der Gesellschaft will eine solche auf Kultur gegründete Gemeinschaft nichts wissen. Die postulierte Unvereinbarkeit mit anderen Kulturen macht sie jedoch zu einer Quelle von mehr oder weniger gewaltsamen Auseinandersetzungen bis hin zum Krieg. Kriege, so die oberflächliche Sichtweise, werden nicht zur Durchsetzung politischer und wirtschaftlicher Herrschaftsinteressen geführt, der Verfügung über die Erdölvorkommen und der Sicherung der Energiezufuhr zum Beispiel, sondern um der kulturellen Identität willen. Die liberale westliche Lebensart, die bekanntlich zu Lasten der Bevölkerung in den armen Ländern dieser Welt geht, gilt es gegen die neuen Barbaren zu verteidigen. Für diese wiederum sind die Folterlager von Abu Ghuraib im Irak und Guantanamo auf Kuba das Symbol für die Überlegenheit der westlichen Kultur. *Jochen Mattern*



Zur Kommunalwahl in der Tiroler Landeshauptstadt Innsbruck im April 2012 plakatierte die – sagen wir es mal vor-sichtig – rechtspopulistische FPÖ die Losung: „Heimatliebe statt Marokkanerdiebe“. Damals ging ein Aufschrei durch das Land und zum Teil auch durch Europa. Der Tiroler FPÖ-Vorsitzende Gerald Hauser setzte noch einen drauf und kontierte der Kritik mit dem Satz: „Ich lade Marokko höflich ein, seine Kriminellen zurückzunehmen“. Das Königreich Marokko selbst ließ die Dinge nicht lange auf sich sitzen und wurde mit einem geharnischten Protest in Österreich vorstellig. Das Plakat musste schließlich ent-

fernt werden. Das war, wie gesagt, 2012 und im österreichischen Tirol. „Alles fließt“, wussten aber schon die alten Griechen, „es gibt nichts, was feststeht, auf Erden“. Was vor knapp vier Jahren noch als Ungeheuerlichkeit erschien, ist heute Regierungspolitik; nicht nur in Österreich, nein, auch in Deutschland, Dänemark und anderswo. Kriminelle sind kriminell. Wer nordafrikanisch aussieht, ist aber noch krimineller, quasi genetisch kriminell, jedenfalls wenn er den Weg nach Europa gefunden hat. „Wir laden Marokko (wahlweise kann man auch Tunesien oder Algerien einsetzen) ein, seine Kriminellen zurückzunehmen“, ist mittlerweile zur Staatsdoktrin geworden. Zurücknehmen, am besten eben gleich alle, denn man weiß ja nie!

Was heute Staatsdoktrin ist, wurde offensichtlich gut vorbereitet. Wer erinnert sich noch an die NPD-Plakate mit den Losungen „Gute Heimreise“ oder „Guten Heimflug“ und „Geld für die Rückfahrkarte“?

Sie lösten Proteste aus. So viele Migrantinnen und Migranten waren ja noch nicht ins Land gekommen, um einen Notstand suggerieren zu können. Heimlich stimmte man den Losungen von Rechtsaußen möglicherweise aber schon zu. Jedenfalls war man auf „bessere“ Gelegenheiten vorbereitet. Als die Zahl der Flüchtlinge, die

Euer Geld für unsere Leut'

bei uns seit diesem Sommer ankamen, die Hunderttausende überschritt und schließlich bei der Million ankam, setzte das Erinnerungsvermögen ein. Die Quelle musste man natürlich verheimlichen. Der beste Beweis für die angebliche Richtigkeit der Kriminalisierung einer ganzen Migrantengruppe waren natürlich die kriminellen Taten einzelner aus dieser Gruppe, am besten noch in Gruppen begangen. Köln schickte so manchem Rassen der Himmel. Es ging

gar nicht mehr so sehr um Strafverfolgung. Es ging um die Verdächtigung und Verfolgung ethnischer Herkunft. Einmal angefahren war die Maschine nicht mehr zu stoppen – Strafverschärfung, schnelle Abschiebung, Verteidigung eines „Gastrechtes“ statt eines Asylrechtes ... Und überhaupt kommen die doch alle aus „sicheren Herkunftsländern“. Was wollen die überhaupt bei uns? Einzelfallprüfung unnötig! Die Sache fängt an, Schule zu machen. Man kann sich ja noch anderer FPÖ-Plakate erinnern: „Unser Geld für unsere Leut'“ stand da über einem braungebrannten Griechen (die Flagge zeigt es unmissverständlich) in der Hängematte. Der Grieche ist austauschbar. Auf das Geld kommt es an. Austauschbar ist auch das besitzanzeigende Pronomen „unser“ vor Geld. „Euer Geld für unsere Leut'“ tönt es jetzt den Hilfesuchenden an der Grenze entgegen, dann wird ihnen abgenommen, was Wert hat. „Wir sind nicht das Sozialamt der Welt“, meinen NPD und AfD und Herr

Seehofer unisono schon länger. Für die Variation der FPÖ-Forderung aber gilt jetzt allgemein, was am 29.07.2015 in der Wiener „Presse“ noch allein für die FPÖ gültig zu lesen war: „Wir nehmen uns, was wir bekommen. Und was wir uns einmal genommen haben, geben wir, wem wir wollen“. Statt Ankömmlingen schnellstens Arbeit zu verschaffen, damit sie für ihren Lebensunterhalt aufkommen können, nimmt man ihnen, was sie haben, als wären sie Schmuggler und Diebe – eben Kriminelle. Die Staatskasse füllt das alles nicht wirklich, aber der gewünschte Effekt tritt ein: Diese Menschen können sich mangels eigener Ressourcen nicht mehr eigenständig und selbstbestimmt ernähren und bewegen. Sie werden von unseren Almosen abhängig. Man kann mit ihnen nach Belieben umspringen. In der Not werden manche „erfinderisch“ – Geld für den „guten Heimflug“ wird dann zum letzten Einschnitt in die Gleichheit aller vor dem Gesetz.

Gebundene Realsatire

Helge-Heinz Heinker glossiert Biedenkopfs Tagebücher

„Kann man die Lektüre empfehlen?“ Mit dieser rhetorischen Frage wendet sich Moderator Manfred Neuhaus an Helge-Heinz Heinker. Der Publizist hat für den zehnten Jour fixe im Dezember 2015 am Leipziger Stammsitz der Rosa-Luxemburg-Stiftung die Ochsentour auf sich genommen, Kurt Biedenkopfs Tagebücher von Juni 1989 bis September 1994 durchzuackern. Nach 1462 Seiten Kärrnerdienst im Textgebirge seines einstigen kurzzeitigen Dienstherren fällt sein Urteil, nun ja, wenig ermutigend aus. Ein solches Sammelsurium abstruser Kleingeistigkeit und karnevalstauglicher Stilblüten, diese in Leinen gebundene Realsatire, brauche kein Mensch.

Heinkers Kostproben lassen daran wenig Zweifel und erheitern das Publikum: „Ingrid und ich haben das Vertrauen der Menschen nicht nur behalten, sondern vermehren können“, lautet einer der zahlreichen narzisstischen Sprüche, die dem „König-Kurt-und-Landesmutter“-Gehabe eine hochwohlgeborene Aura verleihen sollen. „Zu Beginn der Vorstellung hielt Ingrid eine kleine Rede. Als sie ihren geliebten Mann, den Ministerpräsidenten, begrüßte und von der Zeit sprach, ‚seit wir Ministerpräsident sind‘, ertete sie herzlichen Beifall.“ So „... werden wir immer mehr gemeinsam als diejenigen gesehen, die dem Land vorstehen. Ingrid ist eine wirkliche Landesmutter geworden ...“

Und als solche kümmert sie sich. „Wir fahren früher in die Oper, um die Suppe zu kosten. Der Küchenchef nahm die Anregungen zur Verbesserung ohne Widerspruch entgegen“. Heinker lässt den sich zu Höherem Berufenen anhand typischer Textstellen gaukeln: „Jetzt kann ich in Deutschland und Europa eine wichtige Rolle spielen. Die Menschen werden die Kraft spüren“. Besonders die ihm Nächste spürt sie, was ihn hochofrenet notieren lässt: „Beim Aufstehen überrascht mich Ingrid mit der Frage, ob es [...] nicht doch bedenkenwert sei, das Amt des Bundespräsidenten anzustreben [...] Auch mir erscheint der Gedanke nicht mehr so abwegig [...] Immer wieder muss ich daran denken, was ich Ingrid 1974 über das Verhältnis von Macht und Geist geschrieben habe. Vielleicht bietet das Amt des Präsidenten eine institutionelle Möglichkeit, beides nebeneinander wirksam werden zu lassen.“

Am „alten“ Kohl, dem nach Ingrid „Mittelmäßigen“, arbeitet sich der gleichaltrige Biedenkopf auf rund 100 Seiten ab, hat Heinker überschlagen. Einst als Konkurrent und Mächtigen-Putschist vom Machtkanzler kaltgestellt, jubiliert er 1990 bei seiner Amtseinführung als sächsischer Ministerpräsident: „... ich bin nicht mehr auf Kohl angewiesen“. Bei so viel Oberwasser liest sich der gockelhafte Eintrag vom 13. September 1993 schon als gewohnte Borniertheit: „CDU-Bundesparteitag in Berlin. [...] Kohls Rede war eine Überraschung. Ingrid bewertete sie als ausgezeichnet

und die beste Rede, die sie von Kohl bisher gehört habe. Sie hätte streckenweise von mir geschrieben sein können“. Der Berichterstatter belässt es bei diesen Selbstzeugnissen eines Eitlen, der in ma-

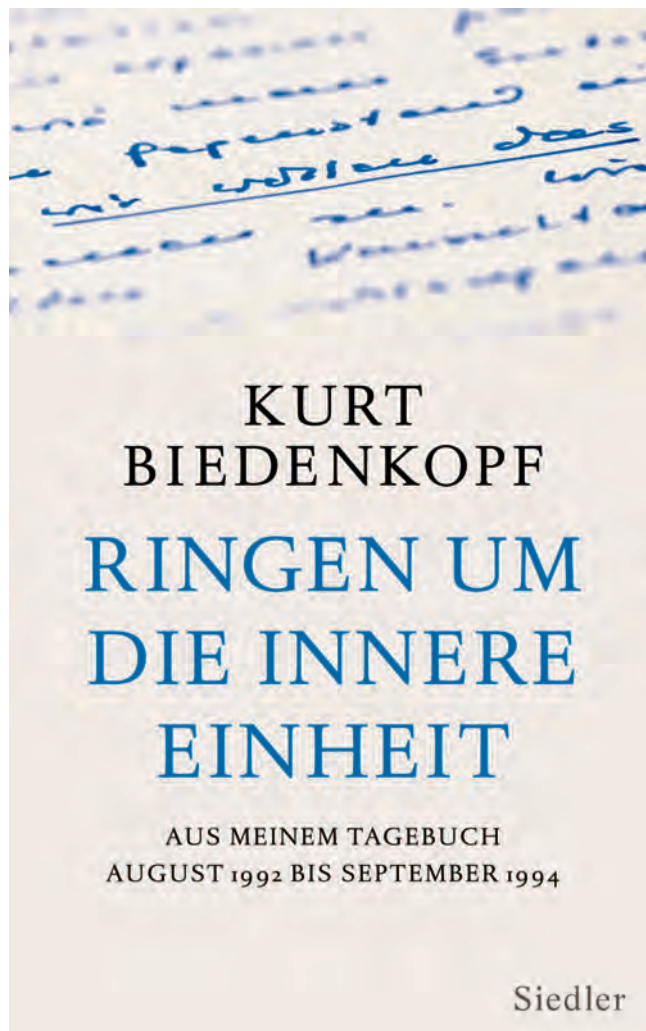
politische Grundordnungen, Markt, Wettbewerb hält der habilitierte Wirtschaftsfachmann Heinker die Genrebezeichnung „Tagebücher“ fast für Etikettenschwindel. Und würde der Freistaat Sachsen

färbte Antwort der Staatskanzlei Dresden, so Heinker, lege die wahre Begründung nahe: Biedenkopfs Aufzeichnungen seien ein politisch willkommener Beitrag zur Geschichtsschreibung des CDU-dominierten Landes. Heinkers werkbezogenes Verdikt fällt deshalb sehr ungeschminkt aus: „Die sogenannten Tagebücher sind ein Kompendium der politischen Unkultur. Biedenkopf kennt keine Hemmschwellen, selbst als sächsischer Ministerpräsident nicht“. Dafür fehlten, wie nicht anders zu erwarten, Reflexionen über eigene Unzulänglichkeiten oder wenig staatsmännischen Verhaltens, wie zum Beispiel die für das Land Sachsen nachteilige Anmietung des Behördenzentrums in Leipzig-Paunsdorf zugunsten eines befreundeten Kölner Bau-Unternehmers beweise. Als „Amigo-Affäre“ irritierte der Schacher bereits Ende 1990 die Öffentlichkeit.

Indessen droht der Autor unverdrossen mit weiteren „Tagebuch“-Bänden, vorerst von 1994–2002. Die Gretchenfrage, ob sie zu empfehlen seien, dürfte sich für Demokraten erledigt haben.

Wulf Skaun

Kurt Biedenkopf: Von Bonn nach Dresden. Aus meinem Tagebuch Juni 1989 bis November 1990; Ein neues Land entsteht. Aus meinem Tagebuch November 1990 bis August 1992; Ringen um die innere Einheit. Aus meinem Tagebuch August 1992 bis September 1994, Siedler Verlag München 2015, 431, 527 und 524 Seiten, je 29,99 €.



nischer Getriebenheit an seinem Nachruhm bastelt. Wegen der immer wieder eingestreuten langatmigen Dozierereien Biedenkopfs über

tatsächlich 307.000 Euro Zuschuss für das Druckwerk übernehmen, handelte es sich um eine klassische Autobiografie? Die parteipolitisch ge-

„Weg mit den Barrieren!“

Unter diesem Titel startete der Sozialverband VdK am 12. Januar seine bundesweite Kampagne für ein barrierefreies Deutschland. Völlig zu Recht erklärte die Präsidentin des VdK Deutschland, Ulrike Mascher: „Menschen mit Behinderungen oder Beeinträchtigungen dürfen nicht länger von ihrem Grundrecht auf Teilhabe ausgeschlossen bleiben. Mit der Unterzeichnung der UN-Behindertenrechtskonvention hat sich die Bundesregierung bereits 2009 verpflichtet, geeignete Maßnahmen für eine barrierefreie Gesellschaft zu treffen. Es wird höchste Zeit, sich für ein barrierefreies Deutschland stark zu machen!“

Viel zu oft hat man dabei ausschließlich Menschen mit Behinderungen, vorzugsweise Rollstuhlfahrer, im Blick. Und

viel zu oft ist die erste Reaktion, dass entsprechende Maßnahmen somit nur einer kleinen Bevölkerungsgruppe zu Gute kommen. Doch ist das so? Bereits jetzt leben 7,5 Millionen Menschen in Deutschland mit Schwerbehinderung. Weitere 17 Millionen Menschen müssen ihren Alltag mit Einschränkungen bewältigen. Das trifft vor allem auf ältere Menschen zu, und natürlich sind dabei nicht nur Gehbehinderte und Rollstuhlfahrer gemeint. Auch Menschen mit Sinnesbehinderungen oder psychischen Beeinträchtigungen haben ein Grundrecht auf Teilhabe, das oft nicht (ausreichend) gegeben ist. Und wenn wir ehrlich sind, dann profitieren wir doch alle von der angestrebten Barrierefreiheit: abgesenkte Bordsteine erleichtern gerade Eltern mit

Kinderwagen die Wege; Aufzüge, ebenerdige Eingänge freuen uns alle, wenn wir uns mal den Fuß verletzen, Rückenbeschwerden oder einfach schwer zu tragen haben, oder es einfach nur bequem haben wollen. Kurz gesagt: Ein barrierefreies Deutschland kommt uns allen zugute. In dem Zusammenhang ist es völlig unverständlich, dass das Bundeskabinett bei der Novellierung des Behindertengleichstellungsgesetzes auch zukünftig die Privatwirtschaft nicht zur Barrierefreiheit verpflichten wird. Die Bereiche Verkehr und Wohnen bleiben völlig außen vor, dabei sind gerade sie es, um die keiner von uns herumkommt. Und obwohl der Bedarf beständig steigt, sind barrierefreie Wohnungen Mangelware, der Mangel stellt viele Mitmenschen vor

ernsthafte Schwierigkeiten. Hier wird deutlich, wie weit wir von dem Ziel der „Barrierefreiheit in allen Lebensbereichen“ noch entfernt sind. Und das gilt auch für den Freistaat Sachsen!

Ich unterstütze ausdrücklich die folgenden Forderungen meines Verbandes: Klare gesetzliche Regelungen, damit Wohnungen, öffentliche Gebäude, Verkehrsanlagen und -mittel sowie private Güter und Dienstleistungen für alle zugänglich werden; verbindliche Fristen zur Herstellung von Barrierefreiheit mit entsprechenden Kontrollen und Sanktionen; ein Investitionsprogramm der Bundesregierung von 800 Millionen Euro pro Jahr und ergänzende Programme in den Bundesländern und Kommunen. Wer behauptet, Barrierefreiheit sei nicht finanzierbar,

irrt. Präsidentin Mascher sagt richtigerweise: „Barrierefreiheit ist finanzierbar und lohnt sich für alle. Die Investitionen in die bauliche Barrierefreiheit wirken wie ein Konjunkturprogramm. Von jedem Euro fließen 40 Cent an die öffentliche Hand zurück, vor allem als Umsatz- und Lohnsteuer“. Weitere Informationen zur Kampagne und dazu, wie man mitmachen kann, finden sich unter: www.weg-mit-den-barrieren.de

Im Freistaat Sachsen wird ein Maßnahmenplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention erarbeitet. Ich erwarte, dass Barrierefreiheit als dringendes Erfordernis für die Schaffung einer inklusiven Gesellschaft erkannt wird und entsprechende Maßnahmen festgelegt werden.

Horst Wehner

Vergiftete Beruhigungsspielle

In regelmäßigen Abständen, so auch kürzlich in einer Studie des Sozialbeirates der Bundesregierung, wird den Rentnerinnen und Rentnern in den neuen Bundesländern vorgerechnet, dass ihre durchschnittlichen monatlichen Zahlungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung nach wie vor über denen in Westdeutschland liegen. Dieser Beruhigungsspielle bedient sich seit Jahr und Tag auch die sächsische Staatsregierung.

Rentenhöhe im Vergleich

Sie kann zunächst darauf verweisen, dass die monatliche Rentenhöhe in Sachsen über dem Bundesdurchschnitt liegt. Dieser betrug bei Männern 1.049 Euro. In Sachsen wurden durchschnittlich 1.059 Euro gezahlt. Bei Frauen war die Differenz weitaus größer. Hier betrug der Bundesdurchschnitt 528 Euro, während in Sachsen durchschnittlich 683 Euro gezahlt wurden. Der relativ große Abstand bei der Rente für Frauen erklärt sich bekanntlich daraus, dass Frauen im Osten wesentlich länger gearbeitet haben und deshalb auch mehr Rentenpunkte erreichen. Die gegenwärtig noch über dem Bundesdurchschnitt liegenden monatlichen Zahlungen in Sachsen dienen zudem der Staatsregierung dazu, sich nicht offensiv für die lange überfällige Angleichung des Rentenwertes Ost an den aktuellen Rentenwert West einzusetzen. Allerdings wird sich der Trend der gegenwärtig noch höheren Zahlbeträge aus der ge-

setzlichen Rentenversicherung der neuen gegenüber den alten Bundesländern alsbald umkehren. Denn schon seit Jahren liegen die Bezüge bei neu in das Rentenalter Eintretenden, insbesondere wegen unterbrochener Erwerbsbiografien, unter denen der Bestandsrentner. Dieser Trend wird sich auch deshalb fortsetzen, weil der in der Statistik immer noch erscheinende sogenannte Eckrentner mit 45 Beitragsjahren kaum noch in der Realität vorkommen wird. Diejenigen, die in Sachsen inzwischen in die Altersrente gehen, können in der Regel nicht einmal mehr 40 Beitragsjahre vorweisen. Eine Personengruppe ist in den neuen Bundesländern besonders benachteiligt – die zu DDR-Zeiten geschiedenen Frauen. Obwohl die Staatsregierung trotz mehrfacher Nachfragen angeblich keine Angaben machen kann, um wie viele Frauen es sich handelt, dürften es in Sachsen allein etwa 100.000 sein, die meist nur eine niedrige Rente erhalten, weil sie im Unterschied zu ähnlich betroffenen westdeutschen Frauen keinen Versorgungsausgleich erhalten und keinen Anspruch auf eine eventuelle Hinterbliebenenrente haben. Alle Anstrengungen dieser Frauen selbst und auch der Linksfraktion zur Gewährung eines Versorgungsausgleiches haben nicht zum gewünschten Ergebnis geführt. Dennoch sollten die Linksfraktionen im Bund und den Ländern erneut die Initiative ergreifen. Die durchschnittliche Rente wäre im Osten bereits seit

Jahren viel niedriger, wenn nicht Berufsgruppen in die gesetzliche Rentenversicherung einbezogen würden, die in Westdeutschland einen Beamtenstatus haben und Pensionen erhalten. Die Pension ist im Durchschnitt nämlich doppelt so hoch wie die durchschnittliche gesetzliche Rente.

Hochwertung der Osteinkommen

Seit 1992 werden die Ostlöhne für die späteren Rentenansprüche höher bewertet. Das ergab damals angesichts erheblicher Unterschiede im Durchschnittslohn zwischen alten und neuen Bundesländern Sinn; und das muss noch für einen relativ langen Zeitraum beibehalten werden. Diese Forderung der LINKEN findet beileibe keine einhellige Zustimmung. So forderte der Vorsitzende des Sozialbeirates der Bundesregierung, Franz Ruland, die Abschaffung dieses Hochwer-

tungsfaktors. Gegenüber den Menschen im Westen sei die derzeitige Praxis ungerecht, zumal sie die höheren Ostrenten mitbezahlen müssten. Für den gleichen Lohn erhalten gegenwärtig Ostdeutsche eine Aufwertung für die spätere Rente um 8,5 Prozent. Im Übrigen entspricht das etwa dem Rückstand Ostdeutschlands beim Rentenwert. Die Kritiker des Hochwertungsfaktors verschweigen allerdings bewusst, dass für die Ostdeutschen nicht etwa ein Vorteil entsteht, sondern eine Gerechtigkeitslücke bleibt. Diese ergibt sich daraus, dass die Ostlöhne nach wie vor ca. 20 Prozent unter denen Westdeutschlands liegen und damit trotz Hochwertung von vornherein niedrigere Rentenansprüche entstehen.

Weitere Alterseinkünfte

Die Zahlungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung haben im Osten einen Anteil von

ca. 90 Prozent an den gesamten Alterseinkünften. Im Westen liegt dieser Anteil lediglich bei etwa zwei Dritteln. Daraus wird bereits deutlich, dass ältere Menschen in Westdeutschland über eine Reihe weiterer Einnahmequellen verfügen, die es so in den neuen Bundesländern bestenfalls ansatzweise gibt. Ein beträchtlicher Teil bezieht in Westdeutschland eine Pension oder Betriebsrenten. Letztere werden zusätzlich zur gesetzlichen Rente gewährt. Wesentlich höher sind im Westen auch die Sparguthaben oder Ansprüche aus privaten Altersversicherungen. Auch der Besitz an Wohneigentum ist in Westdeutschland wesentlich stärker verbreitet. Diese Unterschiede werden noch lange bestehen bleiben. Ein Angleichungsprozess wird sich über mehrere Generationen erstrecken und hängt insbesondere davon ab, ob der Osten langfristig überhaupt die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Westdeutschlands erreicht und ob es insbesondere zur Überwindung der Unterschiede im Lohnniveau kommt. Zudem verheißen alle seriösen Voraussagen, dass in den neuen Bundesländern Altersarmut stärker als in Westdeutschland zunehmen wird. Gerade deshalb ist die Beruhigungsspielle höherer Rentenzahlbeträge im Osten bei genauerer Betrachtung vergiftet. Denn entscheidend für den Lebensstandard sind die gesamten Alterseinkünfte. Und diese liegen im Osten immer noch um ein Fünftel unter denen im Westen. *Dr. Dietmar Pellmann*



Rechtsruck der Gesellschaft und DIE LINKE

In Deutschland und in Europa gewinnen rechte und faschistische Kräfte an Popularität. Mit der Fluchtbewegung zeigen sich auch wieder verstärkt ethnische und rassistische Ab- und Ausgrenzung. Wie schon während und nach der Großen Depression von 1929 werden diese Kräfte systemisch gefördert, erhalten Raum in den Massenmedien, sind dabei, sich als mögliche Machtalternative nicht nur anzubieten, sondern mancherorts zu etablieren. Auch in Deutschland – mit seinem gewachsenen, hochentwickelten Staatswesen – wird solchen Kräften und damit sogar terroristischen Einstellungen und Aktionen Vorschub geleistet. Die Ereignisse rund um den „Nationalsozialistischen Untergrund“ (Nazi-U) oder das Verbot der NPD sind ja nur die Spitze des Eisbergs. Die politisch hilflosen Re-Aktionen von Politik, Verwaltung,

Polizei und Justiz auf die -gida-Bewegungen sind nur bededte Illustration dieser Entwicklung. Die Ursache dafür geht bis in den Aufbau des Adenauerschen „Rechtsstaates“ zurück. Die Reintegration von Nazis im Staatsapparat hat eine Kontinuität von rechtskonservativen und unterschwellig rassistischen Einstellungen im Staatsapparat tradiert: Antikommunismus, 1968 und Notstandsgesetze, Strafjustiz und „Reinigung“ des Hochschulsektors nach der „Wende“, gesetzliche Regeln zur Einwanderung in den „Arbeitsmarkt“, Asylgesetz ... Dieser Geist, diese Ideologie kommt aus der Latenz nun besonders ans Licht, im Staat wie auf der Straße. Auch DIE LINKE war hier überascht und nicht sehr handlungsfähig! Erinnern wir uns an die Exzesse wenige Jahre nach der „Wende“. Diverse Untersuchungen haben seither immer

wieder ein latentes antidemokratisches, rassistisches Potential in unserer Gesellschaft kenntlich gemacht, das sich als Bestandteil von Alltagsbewusstsein bis in die „Mitte der Gesellschaft“ ausdehnt und – in unterschiedlich starker Ausprägung – ein Viertel bis ein Drittel der Bevölkerung ergreift. Zwar gibt es verdienstvolle Träger der Arbeit gegen Rechtsradikalismus, Fremdenhass und Rassismus, aber weder wurde diese Struktur adäquat ausgebaut noch wurde demokratische, solidarische, grundrechtliche Bildung vertieft und verbreitert. Die -gida-„Bewegung“ kann regelmäßig Tausende mobilisieren. Die Gegenposition zählt nur in Hunderten. Woran liegt das? Die parlamentarische Ebene empört sich regelmäßig reflexartig bei entsprechenden Erscheinungen, scheut aber die politisch gesetzgeberischen Konsequenzen in der „Volksbil-

dung“, die selbstverständlich mit höheren Staatsausgaben ins Werk zu setzen wären. Doch auch Politiker der LINKEN reflektieren kaum, dass selbst in den eigenen Reihen Ansichten zu finden sind, die sich kaum von den Besuchern einer -gida-Demonstration unterscheiden. Der neoliberale Ökonomismus, der Menschen auf ihre Eigenschaft Arbeitskraft reduziert, bringt sie in Konkurrenz um Erwerbseinkommen, wenn eine gutbürgerliche Existenz nur mit einem solchen zu haben ist. Die Konkurrenz wird umso größer, wenn nicht alle Arbeitsfähigen auch eine adäquate Arbeit mit Einkommen bekommen können. Bei aller schnöden ideologischen Verbrämung – es herrscht Existenzkampf der Reichen gegen die Armen. Aber die Armen lassen sich gegeneinander hetzen, z. B. mit der Forderung nach einer „Aussetzung des Mindestlohns“, damit

Flüchtlinge schneller in Arbeit kommen. Dabei muss der Mindestlohn gerade für alle gelten, unabhängig von Herkunft, Aufenthaltsstatus und mehr. Sie glauben aber mehr der herrschenden Ideologie. Wie brechen wir das auf? Es kommt nicht darauf an, diese Erscheinungen zu verurteilen und sie richtig („klassenbewusst“, „sozialistisch“ – wie auch immer) zu bewerten. Es kommt darauf an, dagegen wirksam etwas zu tun als „LINKE“ und darin auch als solche erkennbar zu sein. Symbolisches und rhetorisches Handeln, insbesondere von Parlamentariern, reicht hier nicht. Vielmehr müssten die dort und überhaupt vorhandenen Ressourcen stärker auf die in der Öffentlichkeit stattfindenden Auseinandersetzungen und hin zu zivilgesellschaftlichen Trägern der Verteidigung der Grundrechte gelenkt werden. *Ralf Becker*

Herrschaft oder Akzeptanz? Sprache als „selbstredendes Dasein“ der Gesellschaft

Gekonnt dialektisch analysiert macht uns Karl Marx auf eine wesentliche Leistung von Sprache aufmerksam: „Die Sprache selbst ist ebenso das Product eines Gemeinwesens, wie sie in anderer Hinsicht selbst das Dasein des Gemeinwesens, und das selbstredende Dasein desselben“ (MEW, Bd. 42, Berlin 1983, S. 398). Sprache zeigt demnach nicht nur eine einfache Reaktion oder ein trivialen Reflex auf Vorgänge in der Gesellschaft, sondern es findet sich die ganze Dialektik des Gesellschaftlichen auch in Sprache wieder. Am deutlichsten wird das sichtbar im flexibelsten Teilsystem der Sprache, dem Wortschatz.

Wörter verschwinden und es entstehen neue Wörter, neue Kampfbegriffe wie „Leitkultur“ und „Parallelgesellschaft“, wie das abfällige „Gutmensch“ und das herrische „Mehrheitsgesellschaft“. Die Rede von „Wirtschaftsflüchtlingen“ oder „Armutflüchtlingen“ delegitimiert die Flucht vor Elend und Perspektivlosigkeit, welche nicht zuletzt der Ausbeutung durch die reichen Kernländer des Kapitals geschuldet sind. An diesen Wörtern hängen Konzepte des Umgangs mit Eigenem und mit Fremdem. Sie erzählen von gesellschaftlicher Praxis. Noch zu Beginn dieses Jahrtausends – und das ist ja nicht so lange her – waren diese Wörter in keinem Deutschen Wörterbuch verzeichnet. Erst seit etwa zehn Jahren tauchen sie dort peu à peu auf. Zugleich werden alte Wörter, böse alte Wörter und Wendungen wieder lebendig: „Volksverräter“ oder „Volksverhetzer“ zum Beispiel; der „Eiserne Besen“, mit dem Hitler und seine Kumpane die Demokraten, Fremden und Juden aus Deutschland fegen wollten, wird bei Frau Festerling von Pegida zu „Mistgabeln“. Es wird von solchen Leuten nicht nur zum „Rausprügeln“ aufgefordert, sondern man prügelt schon, und man hat „Feinde“, die man mit Ungeziefer vergleicht. Das Wort „Zecken“ hat Konjunktur. „Rechtsstaat“, „Verfassungsstaat“ geraten in Vergessenheit. Dubioses „Gastrecht“ setzt „Grundgesetz“ und „Völkerrecht“ außer Kraft. Solches entspringt der Vorstellung von einer „Volksgemeinschaft“. Die AfD verwendet dieses Wort bereits wieder. Recht wird dann zu dem, „was dem deutschen Volke nützt“. Dies war das grundlegende natio-

nalsozialistische Rechtsprinzip. Es piff auf „Gleichheit“ und „Gerechtigkeit“. Der Weg dahin zurück ist eröffnet. Es ist kein Weg zurück in ein verlorenes „Abendland“. Es ist der Weg zurück in die faschistische Nacht.

Das „selbstredende Dasein des Gemeinwesens“ ist evident. Deshalb lohnt es sich, noch genauer hinzuschauen. In einem System stehen die Elemente in Beziehung zueinander. Das System hat Struktur. Die Struktur hat eine Funktion. In ihrem Zusammenhang erzählen uns die Wörter in der Gesellschaft lebendige Geschichten.

wurde wegen der Sorben so wenig „erfunden“ wie wegen anderer ethnisch-kultureller Minderheiten, seien sie autochthon oder nicht. Warum dann jetzt?

Bei WIKIPEDIA finden wir: „Parallelgesellschaft ist ein politischer Begriff, der eine nicht den wahrgenommenen Regeln und Moralvorstellungen der Mehrheitsgesellschaft entsprechende, von dieser mitunter als ablehnend empfundene gesellschaftliche Selbstorganisation einer Minderheit beschreibt. Der Begriff überschneidet sich in seinem Bedeutungsinhalt mit Gegenkultur und Subkultur“.

in gleichem Abstand nebeneinander [befindlich]“ (alles nach DUWB). Demnach haben „Parallelgesellschaften“ keine Berührung miteinander, „Subkulturen“ sind jedoch einer übergeordneten Gesellschaft nicht nur zu-, sondern auch untergeordnet.

Wenn „Subkulturen“ einer „Leitkultur“ untergeordnet sind, haben sie sich einer Macht gebeugt bzw. hat sie eine Macht gebeugt. Sie unterliegen (zumindest partiell) fremder Herrschaft. Diese „Unterwerfung“ trifft für „Parallelgesellschaften“ per definitionem nicht zu. Das ist für Macht gefährlich. Zumindest

die deren Kultur in bestimmten Teilen ablehnt u. dafür eigene Normen u. Werte setzt“. Feindschaft kommt ins Spiel und damit Macht und Stärke. Solche „Feinde“ gab es auch früher – z.B. die „Juden“, die „Zigeuner“. Das Wort „Parallelkultur“ kommt uns harmlos daher und ersetzt doch nur als Kampfbegriffe unbrauchbar gewordene Wörter, und versucht, den neuen Kampfbegriff selbst noch zu verarmen. Liegen dem – wie oft behauptet – „Angst“ oder „Besorgnis“ zugrunde, so verwandeln sich „Angst“ und „Besorgnis“ in Repression. Die Mehrheitsgesellschaft hat dazu ausreichend Möglichkeiten und nutzt sie auch, weil die definitorische Parallelität keine faktische ist. Warum eigentlich „Angst“ und „Besorgnis“? Diese könnten sich doch auch in Neugierde, Verstehen und Akzeptieren verwandeln. Genau das wäre der Anfang, den Prozess einer „Evolution der Integration“ zu initiieren, einer Evolution, die beide „Parallelen“ betrifft. Soweit unsere Kultur eine Subkultur der Kultur der Menschenrechte, Toleranz, Gleichstellung, sozialer Gerechtigkeit und Demokratie ist, brauchen wir sie nicht ängstlich zu schützen. Sie wird ihre Attraktivität unter Beweis stellen, wenn wir sie niemandem verwehren. Sie braucht sich auch nicht zu verstecken, wenn sie verletzt wird. „Herrschaft“ hat jedoch ein anderes Ziel. Andreas Scheuer, Generalsekretär der CSU, meint: „Die Neuzuwanderer aus anderen Kulturkreisen müssen akzeptieren, dass die deutsche Leitkultur tonangebend und für ihr weiteres Leben in Deutschland der Maßstab ist“. Integration könne nicht bedeuten, „... dass sich die einheimische Bevölkerung und die Flüchtlinge auf halbem Weg treffen und daraus eine neue Leitkultur entsteht ... Es gibt bei der Leitkultur nur eine Richtung: unsere Werte akzeptieren“ (Passauer Neue Presse, 10.10.2015). Hier schlägt Neuzuwanderer nur kalte Macht entgegen, nicht ein Quäntchen Akzeptanz, nur Ausgrenzung, keine Neugier. Es ist zugleich das, was in einschlägiger Literatur „Rassismus ohne Rassen“ genannt wird. Herrschaft geht vor Akzeptanz. Die Sprache bringt es zutage: Sie tritt uns tatsächlich als ein „Produkt“ und zugleich „selbstredendes Dasein“ der Gesellschaft entgegen. *Peter Porsch*



Das Wort „Parallelgesellschaft“ z. B. ist in der 4. Auflage DUDEN – Deutsches Universalwörterbuch (DUWB), Mannheim 2001 noch gar nicht verzeichnet. In der 7. Auflage (2011) finden wir es, in seiner Bedeutung folgendermaßen definiert: „von einer Minderheit gebildete, in einem Land neben der Gesellschaft der Mehrheit existierende Gesellschaft“. So finden wir es auch in der 8. Auflage, 2015. In der Schulausgabe des Österreichischen Wörterbuches (ÖWB, 42. Auflage, Wien 2012) finden wir für „Parallelgesellschaft“, „organisierte eigene gesellschaftliche Struktur (einer Minderheit), Subkultur“. In allen früheren Ausgaben dieses Wörterbuches war es noch nicht verzeichnet. Man kann kaum leugnen, dass das Wort mit diesen Bedeutungsdefinitionen z. B. auch auf Sorben anwendbar wäre. Dennoch wurde das Jahrhundertlang nicht gemacht. Das Wort

WIKIPEDIA und das ÖWB geben uns den Hinweis auf die Überschneidung mit „Subkultur“. Das DUWB bestimmt die Bedeutung des Wortes „Subkultur“ mit: „innerhalb einer Gesellschaft bestehende, von einer bestimmten gesellschaftlichen, ethnischen o.ä. Gruppe getragene Kultur mit eigenen Normen und Werten“. Das ÖWB sagt dazu: „abweichende Kultur- und Lebensformen bestimmter Gruppen der Gesellschaft“.

„Innerhalb einer Gesellschaft“, „bestimmte Gruppen der Gesellschaft“, darin liegt offensichtlich des Rätsels Lösung. Eigentlich liegt sie schon in der Bedeutungsopposition des Präfixes „sub-“ und des Wortteiles „parallel“. „Sub-“ „bedeutet in Bildungen mit Substantiven, Adjektiven und Verben unter, sich unterhalb befindend, niedriger als ... (in räumlicher und hierarchischer Hinsicht)“. „Parallel“ heißt „... an allen Stellen

nimmt sie das an. Ist es aber wirklich und speziell für die Kultur der Mächtigen gefährlich? Diese Frage ist nicht einfach zu beantworten. Es kann doch niemand sagen, dass sich gerade parallel zueinander stehende Konstanten, parallel verlaufende Lebensweisen gegenseitig gefährden. Sie könnten sich akzeptieren und ansonsten in Ruhe lassen. Die Gefährdung tritt erst ein, wenn „Macht“ bzw. Anspruch auf „Herrschaft“ einer Seite in Richtung der anderen ins Spiel kommen. Dann will die eine Kultur die andere „integrieren“, im Sinne einer Unterordnung. Sie will ihre Regeln zu den übergeordneten machen oder die anderen zerstören. Akzeptanz des „Anderen“ wird abgebaut, kommt gar nicht zum Zuge. Das „Anderere“ wird zum gefährlichen „Fremden“. Jetzt wird „Parallelkultur“ zur „Gegenkultur“. Das ist laut DUWB die „Kultur einer Gruppe in einer Gesellschaft,

Wandlung

Ich mag keinen Punk-Rock. Und ich mag schon gar keine Tätowierungen, am allerwenigsten, wenn der ganze Körper damit bedeckt ist.

Die Freunde von Cuba Si sind immer irgendwie aktiv: Sammeln, Veranstaltungen machen ... So auch beim Neujahrstreff im Chemnitzer Rothaus am 29. Januar 2016 und am 31. Januar 2016 im Alternativen Jugendzentrum (AJZ). Im AJZ wurde ein Film über eine Tournee-Tour der Punk-Rock-Band COR auf Kuba gezeigt. Diese Tournee wurde mit aktiver Unterstützung von Cuba Si ermöglicht. Die Musiker hatten auch Instrumente als Spenden für kubanische Bands gesammelt, die aber aufgrund der Schiffsroute und der Zollabfertigung erst Monate später ihre Adressaten erreichten. Ich will hier aber nicht über diesen Tournee-Film berichten, in dem das Engagement der COR-Musiker für die kubanische alternative Musikszene deutlich wurde, wozu auch Matze, der Bassist, noch Rede und Antwort stand. Es geht vielmehr um eine spezielle Wandlung.

Der Sänger der Gruppe, Friedemann, ist genau so eine Type wie oben beschrieben, was ich gar nicht mag – dazu noch mit Glatze! Die Auftrittsszenen im Film sagten mir ganz klar: So ein Konzert werde ich mir nie ansehen! So war ich also fest entschlossen, nach dem Film zu gehen und das anschließende Konzert nicht anzusehen. Silke A., eine gu-

te Bekannte und Aktivistin von Cuba Si, machte mich darauf aufmerksam, dass dies kein Punk-Rock-Konzert werde, sondern Friedemann als Liedermacher zu erleben sei. Ich wollte das gar nicht glauben. Da ich aber ein neugieriger und offener Mensch bin, blieb ich. Zwischen Film und Konzert und bei einer Unter-

ges Wort verstanden hatte, verstand ich hier alles. Es waren teils deutliche Ansagen und teilweise sehr einfühlsame Texte, und keineswegs nur unpolitisch. So etwa in „Djamila will mehr, einem Lied zur Flüchtlingsdebatte, das auffordert, mehr mit dem Herzen zu sehen. Lebenslust, Leiderfahrung, Alltagsreflexionen,

bei oder darüber hinaus. Aber das ist ja, was man von guten Texten erwarten darf – etwa beim Lied „Nichts können, alles machen“, das mehr im individuellen Alltag angesiedelt ist. Ich habe dabei an Politiker gedacht, die mit gefälschtem Dr.-Titel oder ganz ohne Studienabschluss Minister oder mal eben Familienministerin und

in Deutschland, nicht zu reden von den armen Regionen der Erde, zu denken. Die können das eben, nicht, was nicht unwidersprochen bleiben darf. Ich glaube aber nicht, dass ich da einen Dissens mit Friedemann hätte. Denn er meint ja, man solle sich nicht von Konformismus einfangen lassen, nicht aufgeben, aktiv etwas



haltung mit Mochito fragte ich zwei Besucher aus. Sie überzeugten mich schließlich, das Konzert anzusehen. Ja, und dann! Dann war ich nicht bloß gut unterhalten, sondern begeistert.

Während ich bei den Punk-Rock-Ausschnitten im Film buchstäblich nicht ein einzi-

Ironie – alles ist dabei. Friedemann plauderte zwischendrin immer wieder über sein Leben, dazu, wie er zu Anregungen zu den Texten kam, sehr unterhaltsam. Seine Texte sind offen, geben Raum zum Nach- und Weiterdenken, möglicherweise auch an der Intention des Sängers vor-

dann Verteidigungsministerin werden. Ja, und ich dachte mir, mit dieser Grundidee könnte er doch auch einen Text zur aktuellen Politik machen.

Die Aufforderung „Leb doch, wie du willst“ kann ich nicht sehen, ohne an die prekären Lebensbedingungen von Millionen Menschen schon allein

anfangen, so irgend möglich. Schön auch das dosierte Plädoyer für Faulheit, nein, verdientes Ausspannen: „Wie gut, dass ich heute nicht auf Arbeit bin“. Denn „Am Ende muss Glück“ sein. Ja, es war ein entspannter, glücklicher Abend. Danke, Friedemann.

Ralf Becker

Erinnern statt vergessen!

Im Februar 1937 lebten 499 Menschen jüdischen Glaubens in Cottbus. Nach der erneuten Gründung einer jüdischen Gemeinde (1998) sind es nunmehr etwa 420.

Die nationalsozialistischen Machthaber verursachten eine Auswanderungswelle, wobei die jüdischen Bürgerinnen und Bürger zur Zahlung einer „Reichsfluchtsteuer“ verpflichtet waren. So emigrierten allein am 1. Oktober 1936 34 Juden aus Cottbus. Am 28.

Oktober 1938 wurden aus Cottbus mindestens 38 Juden polnischer Herkunft abgeschoben. Im Juni 1939 lebten noch 162 Jüdinnen und

Juden in der Lausitz-Stadt. Diese Angaben stammen aus der Fest-



Eröffnung der Cottbuser Synagoge in der Spremberger Straße, die vor einem Jahr am Holocaust-

Gedenktag – also am 27. Januar 2015 – stattfand.

Ein Jahr nach der feierlichen Umwidmung der einstigen evangelischen Schlosskirche zum jüdischen Gotteshaus besuchte ich nun dort ein Konzert. Es war meine erste intensive Begegnung mit dem jüdischen Glauben, seinem Brauchtum, sowie mit der jüdischen Kultur. Und dann gleich an so einem Tag! Es war ein tiefgreifendes, bewegendes, an manchen Stellen auch ein bis heute beschämtes Ereignis: So unvorstellbar und unentschuldig war die Entrechtung, war die Diskriminierung der jüdischen Bevölkerung mittels 315 Gesetzen allein 1933 und der letztlich an ihnen begangene millionenfache Massenmord u. a. im Vernichtungslager

Auschwitz, das am 27. Januar 1945 von der Roten Armee befreit wurde.

Bis die Rote Armee Kiew einnahm, wurden in der Schlucht von Babi Jar mehr als 100.000 Jüdinnen und Juden ermordet. Im September 1941 begannen „Sicherheitsdienst“ (SD) und Wehrmacht das Morden. Wohl auch deshalb war die Rezitation des Gedichtes „Babi Jar“ von Jewgeni Jewtuschenko durch eine ältere Dame emotional besonders ergreifend. Mehr als einmal versagte ihr die Stimme, Tränen erstickten sie, woanders flossen sie. Aber der Beifall und der Zuspruch des Publikums halfen ihr.

So sehr an diesem Abend auch das Gedenken an die Holocaustopfer im Mittelpunkt stand, um so bewundernswerter waren für mich die Lebensfreude und die Entschlossenheit, auch mit viel Freude zu leben, die während der gesungenen und getanzten Dar-

bietungen immer wieder aufblitzten. Es hätte niemanden verwundert, wenn sie unter der Schwere der Vergangenheit aus Unrecht, Verfolgung und dem Tod in faschistischen Gaskammern erdrückt worden wären. Vielmehr konnten die Besucher ein Programm von tiefer Traurigkeit, aber auch von ansteckender Fröhlichkeit sehen. Ich fand das alles sehr beeindruckend. Woher nehmen Vertreter dieses Volkes jene Kraft? Nun – sie leben, sie tun es wieder mitten unter uns. Und das ist gut so. Sie tun das, ohne dabei ihre gemordeten Brüder und Schwestern der Vergessenheit anheimfallen zu lassen. Dafür zu sorgen, dass dies nie geschieht, ist allerdings nicht nur Aufgabe der jüdischen Gemeinden. Dafür hat die gesamte Gesellschaft die Verantwortung. An jedem Tag – nicht nur am alljährlichen Holocaust-Gedenktag!

René Lindenau

Die ungeliebte Rosa

Im April 2015 hatte der Historiker Klaus Kinner im Leipziger Domizil der Rosa-Luxemburg-Stiftung eine Seminarreihe begründet, um die noch unabgeholte Wirkungsgeschichte der KPD-Mitbegründerin zu erforschen und auf aktuelle Opportunität für heutige Linke zu prüfen. Die ersten drei Kolloquia beleuchteten die Rolle Luxemburgs als anerkannte Revolutionärin und eigenständige Theoretikerin. Resümierende Berichte über diese Foren sind in Heft 12 der Rosa-Luxemburg-Forschungsberichte, Leipzig 2015, versammelt. Das vierte Seminar im November 2015 galt der Editions-geschichte der Schriften Luxemburgs. Die habilitierte Berliner Historikerin Elke Reuter, Mitherausgeberin des Buches „Luxemburg oder Stalin“, nannte ihren Vortrag „Heldenverehrung und theoretische Distanz nach 1945“. Indem sie KPD-Konzeption, „Taufwetter-Periode“ und den inkonsequenten Bruch mit dem Stalinismus nachzeichnete, justierte sie die gesellschafts- und parteipolitischen Determinanten für gescheiterte und verwirklichte Editionen Luxemburgischer Werke. So versuchte die KPD anfangs, Luxemburgs Demokratieverständnis im Parteikonzept von der antifaschistisch-demokratischen Republik zu konsolidieren. Doch mit dem kalten Krieg gewannen die stalinistischen Auffassungen im Sinne des „Luxemburgismus“ wieder die Oberhand. Zwar ver-

sicherte sich die SED von Stalins Gnaden der revolutionären Vorbilder Liebknecht und Luxemburg, doch wurde Rosas Vermächtnis auf ein machtpolitisch unverfängliches Gedenkbild reduziert. Dieser Logik gemäß konnten 1946 ihre „Briefe aus dem Gefängnis“ erscheinen. Mit der Wandlung der SED in eine stalinistische Partei neuen Typs, ihrem Hegemonieanspruch und der Ausgrenzung Andersdenkender lebte auch der offene Feldzug gegen den „Luxemburgismus“ wieder auf. „Wer Rosa anerkannte, konnte kein Leninist sein“, beschrieb Reuter die ideologische Situation jener Tage. Ein Maulkorb auch für Marx-Anhänger, lautete die offizielle Parteidoktrin doch: „Der Leninismus ist der Marxismus unserer Epoche“. Rosas 80. Geburtstag 1951 sollte dennoch mit ihren Gesammelten Reden und einer Biografie gewürdigt werden. Der linientreue Fred Oelßner bereitete die Herausgabe von zwei Bänden mit 96 Arbeiten Luxemburgs vor. Das Vorwort Wilhelm Piecks, wahrscheinlich aus Oelßners Feder, gibt die Lesart vor, Rosas theoretische Sichten als „Fehler“ zu begreifen. Auch die 1952 von Oelßner verfasste Biografie war als Kampfschrift angelegt. Ihr zweiter Teil listete Rosas „Irrtümer“ auf und brandmarkte diese als Demontage des Marxismus und Munition für die Konterrevolution. Der 20. Parteitag der KPdSU 1956 verhiß Hoffnung auf Erneuerung des

Sozialismus in Theorie und Praxis. Doch blieben am zuständigen Institut für Marxismus-Leninismus (IML) kühne Pläne für eine sechsbändige Luxemburg-Ausgabe bis 1961 bloßes Gedankenspiel. Die „Taufwetter-



Clara Zetkin

Rosa Luxemburg

ter-Periode“ verging, die Auseinandersetzung mit den stalinistischen Verbrechen wurde als „Fehlerdiskussion“ und Kapitalantentum diffamiert, und ein Oelßner durfte neue Atta-

cken gegen Rosas Verurteilung jeglicher Diktatur in Partei und Gesellschaft reiten. Die Referentin erinnerte an eine „Luxemburg-Brigade“ Ende der 1950er Jahre am IML, die eine Vorlage für neue Druckwerke ihrer Namenspatronin ans SED-Politbüro entwerfen sollte. Ulbricht höchstselbst erteilte einer Gesamtausgabe

schleppte auch eine 1960 in Aussicht gestellte dreibändige Neuausgabe. Erst 1970, in Vorbereitung auf Rosas 100. Geburtstag, erschien Band 1 der geplanten Gesammelten Werke. 1972 und 1973 kamen die Bände 3 und 4 heraus. Mit „kritisches-aufklärendem“ Vorwort wurde Luxemburgs „Zur russischen Revolution“ in Band 4 aufgenommen. Von Hermann Weber, Kenner der Materie, als „philosophisch-historische Sensation“ empfunden. Eine Gesamtausgabe kam aber in der DDR nicht zustande. „Das hat erst Annelies Laschitzka nach 1990 geschafft“, kam Elke Reuter in der jüngeren Editions-geschichte an. Erst seit der PDS-Gründung habe eine neue Etappe des Verhältnisses zu Luxemburg begonnen.

In der Diskussion erinnerte Klaus Kinner daran, dass sich der 1990 in Leipzig gegründete Bildungsverein im Umfeld der PDS als erster zum Namen Rosa Luxemburg bekannte und damit von Anbeginn Flagge zeigte. Manfred Neuhaus erklärte nicht ohne Stolz, die Leipziger Dependence schreibe die Editions-geschichte seit 2007 mit ihren inzwischen zwölf Rosa-Luxemburg-Forschungsberichten weiter fort. Das sei eine auch international einzigartige Publikationsreihe, an der Wissenschaftler, Autoren und Publizisten des In- und Auslands mitwirken. Volker Caysa würdigte Annelies Laschitzkas Luxemburg-Briefedition. Sie sei so bedeutend wie die über Marx und Engels, ein großes Werk. Schöner Schlussakkord unter ein informatives Kolloquium. *Wulf Skaun*

Eindrücke von einer Gedenkfeier

Ich erinnere mich an einen Parteitag, bei dem sich Kandidaten für den neuen Bundesvorstand vorstellten. Eingangs bezeichnete er sich als inzwischen altes Vorstandsmöbel. Nun war er – Prof. Michael Schumann – selbst Gegenstand einer Gedenkfeier im Landtag. Fünfzehn Jahre nach seinem tragischen Tod am 2. Dezember 2000. Weggefährten aus der PDS mit Gregor Gysi, Dietmar Bartsch, Heinz Vietze erinnerten sich an ihren „Micha“. Ihnen gleich taten dies Peter-Michael Diestel (CDU) und die Landtagspräsidentin Britta Stark (SPD). Unvergleichliches hat Michael Schumann geschaffen und einer linken Nachwelt hinterlassen. So ungemein wichtig war das Referat „Wir brechen unwiderruflich mit dem Stalinismus als System“, das heute als Gründungskonsens der PDS gilt – vorgetragen auf dem Außerordentlichen SED-Parteitag im Dezember 1990. Unschätzbar Schumanns Verdienste um

die Erneuerung der Partei. So wertvoll waren seine Anteile an einer kritischen, wie auch immer auch nach vorn gerichteten Geschichtsarbeit. Ich hatte das Privileg, ihn mit einem klugen Schusswort auf der Konferenz „Realsozialistische Kommunistenverfolgung: Von der Lubjanka bis Hohenschönhausen“ (21. Juni 1997) zu hören. Von ebenso großer Bedeutung war seine Fähigkeit zu strategischem Denken. Bleibend wird sein Anteil an der Erarbeitung einer der modernsten Landesverfassungen sein, zu der er im Verfassungsausschuss beitrug. Wesentlich durch Schumann dürfte die brandenburgische PDS damals zu einer verfassunggebenden Partei geworden sein. Zu seinem Erbe gehört nach wie vor Wegweisendes, Hochaktuelles, Brisantes – ob nun die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus, zur Geschichts- und Programmarbeit der Partei oder zur Landespolitik. Was würde Schumann

z. B. heute zu ROT-ROT sagen, kümmerte ihn doch damals schon die Frage: Sind wir schon zum Regieren bereit, hätten wir genug Leute? Ja, kluge vorausschauende Fragen zu stellen und darüber zum Nachdenken aufzufordern, das zeichnete den Professor auch aus. Britta Stark, früher seine Kollegin im Innenausschuss, würdigte seine Leidenschaft, sein Streiten um die Sache. Zudem war er für sie ein brillanter Kopf. Ähnlich begann Diestel. Er sprach bei seinem ehemaligen Landtagskollegen von ei-



Foto: Linksfaktion Brandenburg

ner „rabiatischen Intelligenz“. Doch nicht deshalb erklärte der letzte DDR-Innenminister, neidisch auf die LINKE zu sein. Er sei neidisch, dass sie eine solche Persönlichkeit hatte, derer sie noch immer gedenkt. Für ihn war Schumann der beste Redner im Landtag jener Zeit. Andersdenkende habe er geachtet und nie beleidigt. Bartsch wandte dazu später ein, er sei wahnsinnig tolerant gewesen, aber Dummheit habe ihn geärgert. Zuhören konnte er auch. Unbestritten ein Markenzeichen des demokratischen Sozialisten Michael Schumann. Übereinstimmend berichteten Podiumsteilnehmer von seinem unendlichen Humor und von seiner Trinkfestigkeit. Gysi hob, wie andere auch, seine hohe Bildung hervor. Er war hochpolitisch, jedoch nie verbissen. Es war eine Mischung aus Humor, Intelligenz und Zuverlässigkeit, die ihn auszeichnete. Gysi meinte, ihm, Schumann, zuzuhören, damit hab er nicht aufhören können.

Bartsch, damals Schatzmeister, bekannte, im Parteivorstand sei er eine große Stütze gewesen. Während des Hungerstreiks (Vermögensstreit, 1994) seien beide richtig zusammengewachsen. Im anfangs gezeigten Beitrag des ORB-Fernsehens über seinen Tod sagte sein „Chef“ Bisky über Schumann, der so „herrlich antiautoritär“ war: „Manche Menschen sind nicht zu ersetzen“. Inzwischen muss man auch über Biskys Ersetzbarkeit nachdenken. Doch zurück zu Schumann. Für Bartsch war er „ein feiner Mensch“. Im Konferenzband zur „Realsozialistischen Kommunistenverfolgung ...“ (Utopie kreativ-Dezember 1997) schrieb Wolfram Adolphs bezogen auf das Tagungsthema von einer Chance zu weiterem Aufgehen. „Sie hat dem trauernden Nachdenken neuen Raum gegeben, und sie kann der PDS (heute LINKE) ein weiteres Stück Zukunftsfähigkeit verschaffen“. *René Lindenau*

Vor 60 Jahren: **XX. Parteitag der KPdSU** – Zwischen Hoffnung und Verzweiflung

Wahrscheinlich waren viele Delegierte des XX. Parteitages der KPdSU in freudiger Stimmung, als sie sich am letzten Tagungstag zum Kreml begaben. Es war der 25. Februar 1956, und am Nachmittag würde der Parteitag enden. Wenn es auch der erste Parteitag nach Stalins Tod war, so waren die bisherigen zwölf Tage in der gewohnten Routine verlaufen. In den Referaten und Diskussionsbeiträgen der vergangenen Tage war die Kontinuität der jetzigen und künftigen Politik mit der Stalinschen herausgearbeitet worden.

Als die Delegierten am Morgen des 25. Februar den Tagungssaal betraten, bemerkten sie, dass es an diesem Tag anders war als in den Tagen zuvor. Die Einlasskontrolle war strenger, irgendwie war eine besondere Stimmung unter den Delegierten vorhanden. N. S. Chruschtschow, seit dem 7. September 1953 Erster Sekretär des ZK, stand an der Rednertribüne, mit düsterem Gesichtsausdruck, angespannt und erregt. Er begann sein Referat „Über den Personenkult und seine Folgen“. Seine anfangs unsichere Stimme wurde immer fester. „Im Saal herrschte Grabesstille. Nichts war zu hören. Kein Sesselquietschen, kein Hüsteln und kein Geflüster. Die Menschen sahen sich nicht an“, beschreibt der Augenzeuge Alexander Jakowlew die Szene. Nach der Rede hielt die Stille weiter an, niemand applaudierte. Die Delegierten verließen mit tief gesenktem Kopf die Sitzung. Für viele brachen Welten zusammen.

Dieses Ereignis vor nunmehr 60 Jahren hat sich in die Geschichte der UdSSR und der KPdSU tief eingegraben. Es hatte weitreichende Auswirkungen auf die sozialistischen Länder, auf die kommunistische und demokratische Bewegung. „Die Kritik an Stalin ... löste ein politisches Erdbeben aus“ (Historische Kommission beim Parteivorstand der Linkspartei). Was waren die wichtigsten Folgen des Parteitages? Für die Sowjetunion waren das zweifelsohne die Entthronung Stalins, die Freilassung von Millionen Menschen aus den Lagern und die Rückkehr ganzer Völker aus der Verbannung. Damit einher ging die Befreiung der Bauern aus einer „sozialistischen Leibeigenschaft“, die ländlichen „Ansiedlungszonen“ wurden abgeschafft, die Bauern bekamen einen Personalausweis und konnten sich frei bewegen. Hunderttausende er-

mordete Kommunisten wurden rehabilitiert. Zugleich leitete die KPdSU eine neue außenpolitische Orientierung ein, die auf Verständigung und Zusammenarbeit auf internationaler Ebene – Stichwort: friedliche Koexistenz – ausgerichtet war. In den sozialistischen Ländern setzte in unterschiedlichem Maße eine sogenannte Tauwetterperiode ein, in der versucht wurde, politische Indoktrina-

demokratisierung des Sozialismus zunichte gemacht worden. Mit dem XX. Parteitag ist unlöslich der Name von Nikita Sergejewitsch Chruschtschow (1894-1971) verbunden, der selbst zu den Vollstreckern der Stalinschen Politik in den 30er, 40er und 50er Jahren gehörte und auch selbst Todeslisten unterschrieben hatte – der aber jetzt den großen Mut aufbrachte, von sich aus, getrieben

und vertiefte Auseinandersetzung mit dem Stalinismus statt. Sie führte aber kaum zu realen Veränderungen im politischen Leben der UdSSR. „Zum Verständnis von ‚Stalinismus als System‘ gelangte auch 1961 weder die KPdSU, noch eine der auf Moskau orientierten Parteien“ (Historische Kommission). Die Reformbemühungen des XX. und XXII. Parteitages boten nicht nur Ansatzpunkte

strichen, diese sollte gestärkt werden.

Mit dem Wissen von heute und mit dem Blick auf die Trümmer des Staatssozialismus sowjetischen Typs ist jedoch über eine systemimmanente Kritik an den Grenzen des XX. Parteitages und seiner Folgen hinauszugehen. So sehr für die Zeitgenossen die Enthüllungen Chruschtschows das Sowjetsystem erschütterten, so unzureichend und systemstützend waren sie. „Der Personenkult und seine Folgen“ reduzierte die Fehlentwicklungen des Staatssozialismus auf den Personenkult. Dass dieser lediglich die marginale Begleiterscheinung eines Herrschaftssystems war, das die gesamte Gesellschaft deformierte, blieb unbeachtet. Der XX. Parteitag rettete dieses System und sicherte ihm noch Jahrzehnte des Überlebens. Es wäre unbillig, diese Kenntnisse den Zeitgenossen zuzumuten. Das Wissen um das zwangsläufige Scheitern dieses ersten Sozialismusversuches in der Weltgeschichte konnte den Kombattanten dieser Schlacht um eine Alternative zum Kapitalismus nicht aberlangt werden. Es bleibt die Hoffnung der Zeitgenossen, mit den Beschlüssen des Parteitages das Tor aufgestoßen zu haben für den Weg zu einem Sozialismus neuen Typs.

Dr. Hartmut Kästner/
Prof. Dr. Klaus Kinner



tion zu überwinden und mehr Demokratie in den politischen Systemen zu verankern. In der DDR distanzierte sich W. Ulbricht sofort nach seiner Rückkehr aus Moskau zwar von Stalin (er sei kein Klassiker des Marxismus-Leninismus), betonte aber zugleich, dass die SED keine Entstalinisierung brauche, da ihre Mitglieder keine Stalinisten seien. Wie auch in den anderen sozialistischen Ländern wurde die „Geheimrede“ Chruschtschows erst Ende der 80er Jahre veröffentlicht und damit erstmals breiten Bevölkerungskreisen zugänglich. In allen europäischen sozialistischen Ländern kam es zu meist heftigen innerparteilichen Auseinandersetzungen, die zu Demonstrationen und Unruhen führten. So wurden in Polen und Ungarn beispielsweise die bisherigen stalinistischen Parteiführer gestürzt und neue, liberalere, übernahmen die Macht. In Ungarn war das Imre Nagy. Weite Teile der ungarischen Bevölkerung demonstrierten für weitgehende politische Freiheiten, gegen Kommunismus und sowjetische Dominanz. Dabei gab es Tote und Verletzte. Chruschtschow ließ Truppen der Sowjetarmee aufmarschieren, „befriedete“ die Situation und stellte politisch die alten Verhältnisse wieder her. Damit war durch die KPdSU selbst der Weg für eine umfassende

auch von inneren moralischen Zwängen, die fast vierzigjährige Fehlentwicklung des Staatssozialismus aufzubrechen und Ausgangspunkte für deren Überwindung zu setzen. Es war seine feste Überzeugung, dass nur die Überwindung des Personenkultes um Stalin die politische, soziale und wirtschaftliche Weiterentwicklung des Landes ermöglichen würde. Der führende Osteuropahistoriker der Humboldt-Universität, Jörg Baberowski, analysierte Chruschtschows Rolle und kommt zu dem Schluss: „Chruschtschows Entstalinisierung war eine Kulturrevolution, eine zivilisatorische Leistung, die das Leben von Millionen veränderte“.

Als Chruschtschow im Oktober 1964 entmachtet wurde, hat er, trotz aller Enttäuschung, in der Art und Weise seiner Entmachtung ein deutliches Zeichen für einen kulturellen Wandel in der Partei gesehen. Er wurde in Rente geschickt und nicht, wie das über Jahrzehnte früher gang und gäbe gewesen war, erschossen. Alexander Jakowlew schreibt: „Unter den Politikern des 20. Jahrhunderts fällt mir keine Persönlichkeit ein, die widersprüchlicher und mit einem dermaßen tragisch gespaltenen Bewusstsein ausgestattet gewesen wäre wie Nikita Chruschtschow“.

Auf dem XXII. Parteitag der KPdSU (1961) fand eine erneute

für das Aufbrechen stalinistischer Verkrustungen, sondern hatten – wie wir heute konstatieren können – auch eine falsche Stoßrichtung: sie war nach rückwärts gerichtet. Die Kontinuität mit der „sozialistischen“ Politik der 20er, 30er und 40er Jahre wurde unter-

Wie kam Chruschtschows „Geheimrede“ in den Westen?

Unmittelbar nach dem XX. Parteitag bekamen die Führer der sozialistischen Länder eine Kopie der Rede ausgehändigt. So bekam auch Edward Ochab (1906-1989), ein hoher Funktionär der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) die Rede in die Hand. Ochab war, nachdem der polnische Parteichef B. Bierut (1892-1956) – wenige Tage nach dem XX. Parteitag – am 12. März 1956 in Moskau verstorben war, für einige Monate 1. Sekretär des ZK der PVAP. Die Sekretärin Ochabs kannte den Journalisten Viktor Grajewski gut, war mit ihm liiert. Dieser sah auf dem Schreibtisch von Ochab einen Hefter mit der Aufschrift „Streng Geheim“. In ihm befand sich die Rede Chruschtschows zum Abschluss des Parteitages „Über den Personen-

kult und seine Folgen“. Grajewski ging in die israelische Botschaft in Warschau und ließ dort die Blätter fotokopieren. Die Botschaft gab die Kopie an den israelischen Geheimdienst weiter. Mit Erlaubnis des israelischen Premiers Ben Gurion wurden die Blätter an die CIA übergeben. CIA-Chef J. F. Dulles übergab das Konvolut an den amerikanischen Präsidenten D. Eisenhower. Von dort gelangte der Text zur New York Times, die ihn am 4. Juni 1956 veröffentlichte. Grajewski emigrierte 1957 nach Israel, arbeitete bis 1971 für den Geheimdienst Shin Bet. Im August 2007 bekam er eine Dankesurkunde für seine Verdienste um den Staat Israel. Wenige Wochen später, im Oktober 2007, verstarb er mit 82 Jahren in Jerusalem. •
Dr. Hartmut Kästner

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG SACHSEN

Termine

Dresden, 10. Februar, Mittwoch 19.00 Uhr

Podiumsdiskussion: Von Macht und Machenschaften der geheimen Dienste und der Rüstungslobbyisten. Mit MdB Martina Renner (Mitglied des NSA-Untersuchungsausschusses für die Fraktion DIE LINKE. im Bundestag), MdB Jan van Aken (ehemaliger UN-Waffeninspekteur und Rüstungsexperte der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag) und MdB Katja Kipping (Moderation). Eine gemeinsame Veranstaltung des Abgeordnetenbüros MdB Katja Kipping und der RLS Sachsen.

Altes Wettbüro, Antonstraße 8, 01097 Dresden

Rüstungsunternehmen und Geheimdienste erzeugen in uns oftmals eine Beklemmung, ein Unsicherheitsgefühl. Beide Branchen behaupten, es ginge um „unseren“ Schutz. Doch wenn dem so ist, warum spionieren Geheimdienste „uns“ dann aus? Wer steckt die Ziele der geheimen Dienste und wie sehen diese aus? Wie schrieb bereits Erich Kästner: „Man darf nicht warten, bis Freiheitskampf Landesverrat genannt wird“. Und was ist Edward Snowden? Ein Freiheitskämpfer oder ein Landesverräter?

Dresden, 16. Februar, Dienstag, 18.00 Uhr

Seminar: Rassismus und Ethnozentrismus in der politischen Kommunikation. REIHE: JUNGE ROSA. Mit Prof. Dr. Peter Porsch (Germanist).

WIR-AG, Martin-Luther-Straße 21, 01099 Dresden

Ethnozentrismus ist „jene Weltanschauung, nach der die eigene Gruppe das Zentrum aller Dinge ist und alle anderen im Hinblick auf sie einstuft und bewertet“ (Sumner 1906). Es geht also um Gruppen, Gruppenbildung und -wahrnehmung, Ein- und Ausgrenzung und Rassismus, der daraus entstehen kann.

Impressum

Links! Politik und Kultur für Sachsen, Europa und die Welt

Herausgeber: Dr. Monika Runge, Verena Meiwald, Prof. Dr. Peter Porsch, Dr. Achim Grunke
Verleger: Verein Linke Bildung und Kultur für Sachsen e. V., Kleiststraße 10a, 01129 Dresden

Dresden, 17. Februar, Mittwoch, 19.00 Uhr

Lesung und Diskussion: „Grüner Kapitalismus?“ Das Ende der Märchenstunde. Mit Kathrin Hartmann (Autorin). Eine gemeinsame Veranstaltung des HdK, der Bildungsinitiative „Sachsen im Klimawandel“, der Arbeitsstelle Eine Welt in der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsen, des BUND – Regionalgruppe Dresden und der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen.

Aula der Sächsische Bildungsgesellschaft für Umweltschutz und Chemieberufe Dresden mbH, Gutenbergstr. 6, 01307 Dresden

Elektro-Autos statt CO2-Schleudern, Biosprit statt Benzin, Aquakultur statt Überfischung?! Dies alles wird subventioniert durch die Politik, unterstützt von Umweltschutzorganisationen, ausgezeichnet mit Nachhaltigkeitspreisen. Wirtschaftswachstum und überbordender Konsum, so die frohe Botschaft der sogenannten dritten industriellen Revolution, sind gut für die Welt. Doch leider ist der Rohstoffhunger des grünen Kapitalismus riesig.

Leipzig, 18. Februar, Donnerstag, 18.00 Uhr

Gespräch: Die Manns – Lahmes Geschichte einer Jahrhundertfamilie und die Debatte über „deutsche Leitkultur“. Jour fixe. Ein unkonventioneller Gesprächskreis. Mit Klaus Pezold (Germanist) und Volker Caysa (Philosoph). Moderation: Manfred Neuhaus und Klaus Kinner.

RLS Sachsen, Harkortstraße 10, 04107 Leipzig

Leipzig, 23. Februar, Dienstag, 18.00 Uhr

Lesung und Diskussion: Philosophie des Geldes. REIHE: Philosophische Dienstagsgesellschaft. Mit Christoph Türcke (Philosoph, Hochschule für Grafik & Buchkunst).

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich das Recht auf sinnwährende Kürzungen vor.

Die Papierausgabe wird in der LR Medienverlag und Druckerei GmbH in Cottbus in einer Auflage von 10.950 Exemplaren gedruckt.

RLS Sachsen, Harkortstraße 10, 04107 Leipzig

Christoph Türcke geht den archaischen Ursprüngen des Geldes nach und entwickelt eine historisch-philosophische Genealogie, die von den sakralen Anfängen bis in die Gegenwart reicht. Er stellt das kapitalistische Geldsystem ebenso auf den Prüfstand wie seine sozialistischen Überwindungsversuche und die Hoffnungen auf einen geldlosen Zustand.

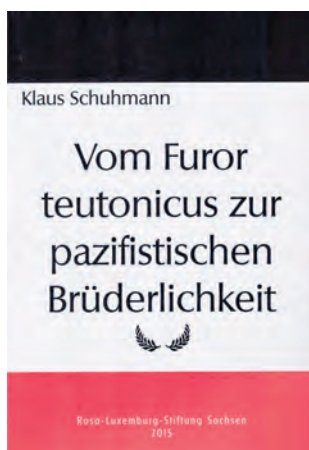
Leipzig, 26.-28. Februar, Freitag, 18.00 Uhr

Vortrag und Diskussion; Sonnabend-Sonntag, ab 11.00 Uhr: Workshop. Einführung in die materialistische Staatskritik. Mit Moritz Zeiler (Historiker und Politikwissenschaftler). Eine gemeinsame Veranstaltung der Gruppe PRISMA – Interventionistische Linke Leipzig und der RLS Sachsen.

RLS Sachsen, Harkortstraße 10, 04107 Leipzig

Die Intros sind einführende Veranstaltungen, die keinerlei Vorkenntnisse voraussetzen. Gewünscht ist eine respektvolle und offene Diskussionskultur. Die Teilnehmer*innenzahl ist begrenzt. Deshalb bitten wir um Anmeldungen ab Januar unter der E-Mail prisma@inventati.org mit dem Betreff „Introanmeldung“.

NEUERSCHEINUNGEN



Redaktion: Kevin Reißig (V.i.S.d.P.), Jayne-Ann Igel, Ute Gelfert, Ralf Richter.

Kontakt: redaktion@linke-bildung-kultur.de
Tel. 0351-84389773

Redaktionschluss: 25.01.2016

Die nächste Ausgabe erscheint am 03.03.2016.

Klaus Schuhmann: Vom Furor teutonicus zur pazifistischen Brüderlichkeit

Ein essayistischer Exkurs in die „Poesie des Krieges“ (1914-1933). Mit einem dokumentarischen Anhang. Texte zur Literatur Heft 12, Leipzig 2015.

„In der Geschichte des geistigen Lebens wird die Haltung der deutschen Dichter während des großen Krieges von Neuzehnhundertvierzehn für immer denkwürdig bleiben. Aus der Art, wie sich das ungeheure Geschehen in den Herzen und Hirnen, in den Worten und Wendungen der Poeten gespiegelt hat, werden Forscher, die nach uns kommen, manches Gesetz aufspüren.“ Josef Luitpold Stern

Klaus Schuhmann hat in diesem Band eben jene Gesetze aufgespürt und sowohl den kriegerischen Patriotismus, den pazifischen Protest als auch die literarisch-politische Nachkriegsstimmung untersucht. Mit zahlreichen, teils verblüffenden Beispielen untermauert und einem dokumentarischen Anhang versehen, dokumentiert und analysiert Klaus Schuhmann die Poesie des Krieges. Ein Personenverzeichnis und das umfangreiche Quellenverzeichnis ergänzen diesen Band. 132 Seiten.

Kostenbeitrag: 8 Euro, für Mitglieder 6 Euro



Die Zeitung „Links!“ kann kostenfrei abonniert werden. Wir freuen uns jedoch über eine Spende, mit der Sie das Erscheinen unserer Zeitung unterstützen. Kostendeckend für ein Jahresabo ist eine Spende in Höhe von 12 Euro.

Sollten Sie an uns spenden wollen, verwenden Sie bitte folgende Kontodaten:

Horst Nalewski: Deutschstunden. Miniaturen zur deutschen Literatur des 18. und 20. Jahrhunderts. Vorgetragenes Erlesenes Wiedergelesenes. Texte zur Literatur Heft 11, Leipzig 2015.

Kostenbeitrag: 8,00 Euro, Mitglieder 6,00 Euro



Dieter Janke, Jürgen Leibiger (Hrsg.): Welcher Kapitalismus, welche Krise? Finanzmarktkapitalismus in der Diskussion. Diskurs Heft 42, Leipzig 2015.

Kostenbeitrag: 8,00 Euro, Mitglieder 6,00 Euro



Klaus Kinner, Manfred Neuhaus (Hrsg.): Im Licht der Revolution. Zwei Texte Rosa Luxemburgs aus dem Jahre 1906 und Paralipomena zu Leben und Werk. Rosa-Luxemburg-Forschungsberichte Heft 12, Leipzig 2015.

Kostenbeitrag: 7,50 Euro, für Mitglieder 5,50 Euro

Verein Linke Bildung und Kultur für Sachsen e.V.
IBAN: DE83 8509 0000 3491 1010 07
BIC: GENODEF1DRS
Bank: Dresdner Volksbank Raiffeisenbank

Aboservice: www.links-sachsen.de/abonnieren, aboservice@links-sachsen.de oder 0351-84 38 9773

Wenn Menschen überflüssig werden

Wir erleben eine Zeit der Re-Politisierung. So ist „Der überflüssige Mensch“ von Ilija Trojanow auch kein literarischer Text, sondern eine politische Stellungnahme. Kurz und bündig auf 85 Seiten – um das zu lesen, braucht es keine gebundene Ausgabe, ein Taschenbuch genügt vollkommen. Es erschien bei dtv im letzten Jahr.

Der eine oder andere mag sich noch erinnern an einen politischen Witz vor dem zweiten Golfkrieg. Die Kriegslüsternden, George W. Bush und Tony Blair, trafen sich im Weißen Haus und luden einen EU-Vertreter ein. Der Krieg war beschlossene Sache zwischen den beiden. Es war nur noch nicht klar, wie die Europäer reagieren würden. Deshalb wollte man einen Testballon starten. Bush kam gleich zur Sache: „Wir werden Saddam Hussein, diesen Mistkerl mit seinen Massenvernichtungswaffen, eliminieren. Leider werden dabei eine Million Iraker mit ins Gras beißen und ein Zahnarzt!“ Der EU-Vertreter schaute pikiert: „Ein Zahnarzt, mein Gott warum denn bloß ein Zahnarzt?“ Daraufhin blinzelte Blair Bush an und flüsterte ihm ins Ohr: „Habe ich es Dir nicht gesagt? Die Million toter Iraker interessiert keinen Menschen...“

Darum geht es in dem Buch, die Masse der „überflüssigen Menschen“. Wer überflüssig ist, definiert keineswegs der Demos, das Volk – es sind die „Entscheidungssträger“ und „Wirtschaftsführer“, und sie entscheiden sich zunehmend in ihren Betrieben für die Technik. Zwar wird jetzt noch über fair produzierte Kleidung diskutiert. Aber wer sagt denn, dass die Mode von

Morgen nicht aus vollautomatischen Fabriken kommt? Was wird dann aus den Frauen? Als die aktuelle Ausstellung „Fast Fashion“ (Schnelle Mode) im Dresdner Hygienemuseum Thema des Gespräches zwischen MDR Figaro und der Kuratorin wurde, ließ die sich vom Moderator in die Enge treiben: „Aber ist es nicht so, dass die Frauen durch diese schlechtbezahlten Jobs das Einkommen für ihre Familien verdienen?“ Die Kuratorin knickte ein und sprach davon, dass es ja das Dilemma sei, egal wie schlimm die Arbeitsbedingungen, wie schlecht die Bezahlung sei – es sei doch immerhin noch wirklich besser als keine Arbeit.

Dahin ist es gekommen: Arbeit ist nichts mehr wert. Es gibt kaum noch einen Arbeiter, der Forderungen stellen kann – wer den Mund aufmacht, wird durch billige und willige Ersatzarbeitskräfte substituiert. Das geschieht auf allen möglichen Tätigkeitsfeldern – von den Handwerksberufen bis zum Journalismus. Durch Automatisierung und Computerisierung verschwinden immer mehr Arbeitsplätze – Kassiererinnen, Lagerarbeiter bei Amazon, Straßenbahnfahrer, Sportjournalisten. Überall dringt die Robotisierung ein, selbst in die Krankenpflege und insbesondere ins Militär, wo längst der nimmermüde Soldat, die Kampfmaschine ohne PTBS-Gefahr, die Kriege führen soll. Die (noch) vom Menschen gelenkte Drohne ist nur ein erster Schritt in diese Richtung. Wozu braucht man noch Menschen, fragt sich die Oberschicht? Denn sie fallen doppelt aus: Als Arbeitskräfte

werden sie immer weniger benötigt und konsumieren können sie ohne Erwerbseinkommen auch nicht. Sie sind überflüssig. Der bulgarischstämmige Autor formuliert es so: „Die meisten Menschen leben im Treibsand zwischen Erfolg und Überflüssigkeit. Sie kämpfen darum, nützlich zu bleiben, wesentlich zu werden – nicht abzustürzen in die spätkapitalistischen Müllhalden, aus denen es keine Ret-

tung gibt. Es geht um alles“.

Leider schwankt der Autor zwischen Resignation und vorsichtiger Rebellion im Schlussteil. Als die DDR die CAD- und CAM-Erfolge in ihren Wirtschaftsnachrichten feierte, gab es noch ein anderes Zukunftsszenario, in dem man auch von vollautomatischen Fabriken ausging: Die Massen würden sich künftig eher anderen kreativen und weniger gesundheitsschädli-

chen oder körperlich schweren Arbeiten widmen können, meinte man damals. Gleichzeitig sinke für die noch in den Fabriken mit Kontrolltätigkeiten und mit Instandhaltungsarbeiten Beschäftigten die Arbeitszeit auf vier oder maximal fünf Stunden. In der Endphase des Kapitalismus erwägt die herrschende Klasse tatsächlich, die Zahl der „Überflüssigen“ zu reduzieren, denn nur man selbst und seinesgleichen ist wichtig. So mögen gewiss nicht alle Superreichen denken, ein großer Teil aber gewiss. So lange sich aber die 99 Prozent der Bevölkerung ihr Leben von einem Prozent diktieren lassen, werden Jahr für Jahr weitere Millionen in den Ruin getrieben. Organisation und Visionen für die Zukunft aber sollten die Massen einen und ihnen Orientierung geben. Seit 1989 haben Gewerkschaften und Linke auf diesem Feld versagt. Armut mit Hilfe der Tafeln zu lindern ist kein Konzept, es ist die Kapitulation vor dem Feind. Solange Grüne und Linke Landtags- und Bundestagsvertreter stolz gemeinsam Appleprodukte kaufen, um dann Facebook und Whatsapp zu nutzen, und ihre Anhänger aufrufen, es ihnen gleich zu tun, wird sich daran nichts ändern. Eines sollte man nie vergessen: Im Dreißigjährigen Krieg wurde in Europa die Hälfte bis zwei Drittel der Bevölkerung vernichtet (wesentlich mehr als im Ersten oder Zweiten Weltkrieg!) – durch simplen Bürgerkrieg ... Syrien, Irak, Afghanistan und Libyen lassen grüßen! Das Buch über „die Würde des Menschen im Spätkapitalismus“ kostet 7,90 Euro.

Ralf Richter



Ilija Trojanow

DER ÜBERFLÜSSIGE MENSCH

dtv

Politikverdrossenheit 2.0

Viel wurde bereits zu den Themen Unzufriedenheit, Misstrauen und Entfremdung in unserer Gesellschaft publiziert. Das sind jene psychosozialen Befindlichkeiten, die sich häufig in Politikverdrossenheit äußern und die meistens durch einen Rückzug ins Private therapiert werden. Die Politikverdrossenen sind nicht willens, sich aktiv zu artikulieren. Sie sind nicht mehr politisch, aber auch noch nicht antipolitisch, sie verharren in einem fragilen Zustand des Unpolitischen. Was aber passiert, wenn sich technophile Eliten der Idee einer direkten Demokratie bemächtigen, mit dem Ziel, die Korruptiertheit der politischen Machteliten zu bekämpfen? Das Resultat ist ein „antipolitischer Reflex“. Das Empörungspotential dissoziiert sich nunmehr in einer grundlegenden Ablehnung des gegenwärtigen Systems, und als Heilsversprechen famu-

lieren die populären Sehnsüchte der New Economy. Die Verdrossenheit hat sich vermittels technophilen Populismus' von einer Nichtpolitik zu einer Antipolitik aufgemacht. „Alle Institutionen sollen beiseitretreten und der direkten Demokratie Platz machen. Dabei wollen sie keine neue Protestpartei sein, sondern das System der repräsentativen Demokratie ersetzen“, analysiert Jacques de Saint Victor, Professor für Rechtsgeschichte und Politik an der Universität Paris VIII, in dem Essay „Die Antipolitischen“ den neuen anti-institutionellen Populismus im Zeitalter der „digitalen Polis“. In seiner Zeit- und Krisendiagnose versucht der Autor auf die Gefahren hinzuweisen, die der repräsentativen „Demokratie vonseiten derer drohen, die drauf und dran sind, sie zu zerstören, unter dem Vorwand, sie retten zu wollen“. Ein Phäno-

men, das der Autor europaweit konstatiert. Er reflektiert am italienischen Beispiel der Fünfsterne-Bewegung die eigentümliche Melange von sich selbst als antipolitisch verstehenden Anti-Establishment-Bewegungen und Webaktivisten, die sich einer Erneuerung der Demokratie verpflichtet fühlen. Diese und andere antipolitischen Bewegungen lehnen demnach die im 18. und 19. Jahrhundert geschaffenen Vermittlungsinstanzen, wie Parlamente, Parteien und Presse, grundsätzlich ab. Als Gegenmodell zur repräsentativen Demokratie propagieren sie die „digitale Agora“. Das interaktive Web wird als neuer öffentlicher Raum begriffen, der ein Ende der Monopolisierung politischer Debatten ermöglichen soll. Allerdings verschleiern die Antipolitischen, so de Saint Victors entscheidender Einwand, dass direkte Demokra-

tie nicht nur der Akt der Volksabstimmung ist, sondern ein Wahlprozedere, das mit Debatten, Stellungnahmen und weiterführenden Diskussionen auf längere Dauer angelegt ist als etwa ein allabendliches Klicken und Häkchen-Setzen am Computer. Die Antwort auf die Vermittlung durch korrupte Eliten ist hier der vollständige Diskussionsverzicht zugunsten einer fragwürdigen Unmittelbarkeit des Urteils. Wenngleich die Wertungen mitunter pauschal erscheinen, so sind seine daraus resultierenden Reflexionen über die Fallstricke einer direkten Mauseklick-Demokratie und zum (Un-)Wert von Transparenz in der Politik durchaus stimulierend. Der Essay vermittelt durchaus interessante Einblicke in das gegenwärtige politische System Italiens und kann als gelungene, materialreiche Fallstudie gesehen werden, wenn auch verein-

zelte pamphletische Züge das Lesevergnügen stören. Absolut lesenswert ist der recht unvermittelt angefügte Beitrag Republik, Markt, Demokratie von Raymond Geuss, Professor für Philosophie an der Universität in Cambridge, zum spannungsvollen Verhältnis von republikanischer Verfassungsstaatlichkeit, Demokratie und kapitalistischer Wirtschaftsform. Auch Geuss fragt nach dem Wohl und Wehe der Digitalisierung für die Demokratie, dem Bestreben, mehr Transparenz und mehr direkt-demokratische Unmittelbarkeit in die Politik zu bringen, sieht aber das eigentliche Problem in der sozioökonomischen Verfasstheit unserer Gesellschaft.

Andreas Haupt

Jacques de Saint Victor: *Die Antipolitischen. Aus dem Französischen von Michael Halfbrodt. Hamburg: Hamburger Edition 2015; 130 Seiten, 12,- Euro.*

Messerscharf, doch melancholisch: Cantautore Pippo Pollina

Pippo Pollina, dessen Seele noch immer für jene brennt, die für eine friedliche gerechte Welt kämpfen, feiert im Mai 2016 seinen 53. Geburtstag. Nach seinem Schulabschluss studierte er Jura, Geschichte und Philosophie, doch zog er es vor, sich stärker der Musik zu widmen. Schließlich war Süditalien, besonders Sizilien, eine Hochburg der Sänger und Troubadure.

Begonnen hat der Cantautore (etwa „dichtender Sänger“), wie er sich gern selbst bezeichnet, 1979 mit dem süditalienischen Ethno-Rockensemble „Agricantus“, nachdem er sich bereits in seiner Heimatstadt Palermo einen Namen machte. Nebenbei arbeitete er als Musik- und Literaturjournalist für verschiedene Zeitschriften und schrieb sozialkritische Artikel für „I Siciliani“, ein linkes Blatt, das speziell die kriminellen Machenschaften der Mafia in den Fokus stellte. Nach der Ermordung des Chefredakteurs Giuseppe Favas verließen die meisten Journalisten Sizilien und gingen nach Rom, Mailand oder Venedig, um dort ihre Existenz weiter zu sichern. Pippo Pollina jedoch fand, nach monatelanger Odyssee durch ganz Europa, während der er seinen Lebensunterhalt durch Straßenmusik verdiente, in der

Schweiz eine neue Heimat. Ende der achtziger Jahre lernte er in Luzern den aus den Bündner Alpen stammenden Schweizer Songpoeten Linard Bardill kennen, der ihn überredete, mit ihm auf Tournee zu gehen. Das war der Beginn einer bis heute dauernden Freundschaft und Zusammenarbeit; man gab Konzerte, Plattenproduktionen folgten, die schon bald auf große Resonanz stießen.

Obwohl sich Pollina nicht unbedingt als politischer Liedermacher bezeichnet, sondern

vielmehr als aufmerksamen kritischen Betrachter empfindet, sind seine Texte durchwoben von philosophischen und sozialen Metaphern. Nie ließen ihn Unzulänglichkeiten im Weltgeschehen kalt.

So protestierte er in den 90er Jahren mit messerscharfen Liedern gegen die skrupellosen Machenschaften des damaligen Regierungschefs Berlusconi. Zum Beispiel erhebt er seine Stimme im Song „Seconda Repubblica“ und beschreibt, wie der „Beinahe-Diktator“ dem

Teufel seine Seele verhört. Auch scheute er sich nicht, das altehrwürdige „Bella Ciao“ neu zu interpretieren.

Anfang 2000 produzierte er das großartige Album „Racconti Brevi“ mit internationaler Besetzung. An seiner Seite spielen Musiker aus Großbritannien, Italien, der Schweiz, Zypern, Ägypten, Dänemark und Irland sowie das „International Symphony Orchestra“ aus Kiew. Auch tourte er wieder mit süditalienischen Kollegen durch Europa, dem Quintett „Louta-

na terra“. 2008 startete er ein neues Projekt mit Linard Bardill. Die CD „Caffé Cafilisch“ wurde produziert. Sie beinhaltet Chansons, die teilweise sehr melancholisch über das Schicksal von Auswanderern berichten, oder von Flüchtlingen auf dem Weg in fremde Länder und den damit verbundenen Problemen wie Ausgrenzung und Fremdenhass, leider immer noch aktuell. Eine mutige Coverversion von Konstantin Weckers „Sage nein!“ bildet den Höhepunkt des erfolgreichen Albums, das mit einigen Ausnahmen sehr rockig klingt.

Pollinas jüngstes Album „L' appartanza“ (Die Zugehörigkeit) erschien vor zwei Jahren im Januar bei „Jazzhaus Records“. Es ist ein sehr stilles Werk, das mehr oder weniger seiner Heimat gewidmet ist, dem Meer, an dem er seine Kindheit verbrachte. Ein Zitat aus dem CD-Begleitheft: „Was die neue Welt ihm niemals geben kann, ist echte Zugehörigkeit. Wie ein verlassenes Haus, das man nicht mehr findet, eine Straße, die man nur einmal befährt, die dann Erinnerung wird. Es gibt Geschichten, die wir gelebt haben, die sich im Wind verloren haben. Für immer“. Wir sind auf weitere Werke gespannt.

Jens-Paul Wollenberg



„Wer flüchtet schon freiwillig“

Viele in der „Berliner Republik“ sehnen einen Politikwechsel in der Flüchtlingsfrage herbei. Das bürgerliche Lager und auch die Sozialdemokratie waren hin und wieder zu einem solchen Kurswechsel bereit: Atomausstieg, Ende der Wehrpflicht, Mindestlohn. Also jetzt ein Kurswechsel zu harten Grenzkontrollen und Obergrenzen? Geschadet hat ein solcher Schwenk der CDU/CSU nicht. Auch diesmal würde die Kanzlerin nur der öffentlichen Meinung folgen: Laut Deutschlandtrend sind aktuell 61 Prozent für eine Obergrenze für Flüchtlinge, 57 Prozent befürworten Grenzkontrollen.

Noch kämpft die Führungsspitze der CDU gegen die rechtspopulistische Welle. Für Bundeskanzlerin Merkel gilt weiter: „Wenn wir jetzt anfangen, uns noch entschuldigen zu müssen dafür, dass wir in Notsituationen ein freundliches Gesicht zeigen, dann ist das nicht mein Land“. Ungewohnt emotional hatte sie Kritik aus den eigenen Reihen an der großzügigen Aufnahme von Flüchtlingen in Deutschland zurückgewiesen. Da auch in der Linkspartei die Angriffe auf die Politik zum Teil Unterstützung finden – man dürfe Frau Merkel ihre Gutmenschen-Tour nicht durchge-

hen lassen –, ist die ausführliche Positionsbestimmung von Katja Kipping zur Flüchtlingsproblematik in einem noch druckfrischen Buch wichtig. In wenigen Wochen erscheint „WER FLÜCHTET SCHON FREIWILLIG“. Die Verantwortung des Westens oder Warum sich unsere Gesellschaft neu erfinden muss“.

Ihre zentrale These: „Wer für weniger Fluchtursachen ist, muss den ökonomischen Imperialismus sowie die soziale Ungleichheit bekämpfen. Nicht nur mehr, sondern ganz anders – so ließe sich daher das Motto einer wirklich hilfreichen Entwicklungszusammenarbeit auf den Punkt bringen. Wir in Europa tun nicht nur nicht genügend für die Entwicklungshilfe. Immerhin erfüllt Deutschland seit Jahren nicht die Vereinbarung, 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in die Entwicklungszusammenarbeit zu investieren. Vielmehr tun Politik und Wirtschaft auch noch das Falsche und sind aktiv beteiligt an sozialen Verwerfungen und der Verelendung ganzer Regionen. Das Schändliche und für Afrikas Entwicklung Schädliche, zum Beispiel die Beteiligung an Land- und Fischraub, zu unterlassen könnte schon mal viel bewirken“ (26).

Kipping deckt in ihrer ausführlichen Argumentation die Verantwortung für das globale Anwachsen der Fluchtbewegung auf. Migration beginnt nicht an Europas Grenzen, sondern dort, wo Konflikte toben, wo schon Krisenländer und ihre Nachbarn nicht mehr in der Lage sind, Notlagen in den Griff zu bekommen. Es grenzt an Heuchelei, wenn die Bundesregierung ihr Engagement in Sachen Bekämpfung der Fluchtursachen herausstellt. Deutschland habe zur Stabilisierung der Krisenregionen seit 2012 mehr als eine Milliarde Euro bereitgestellt. Davon erhalten Flüchtlinge unter anderem Zuschüsse für Nahrungsmittel und Miete, Schulunterricht für Kinder, Berufsbildungskurse oder auch psychosoziale Unterstützung für Gewaltopfer. Diese Mittel für Flüchtlingshilfe und für Fluchtprävention sind viel zu gering. Richtig ist, dass viele Staaten ihre Hilfszusagen an internationale Organisationen nicht erfüllen und das UN-Flüchtlingshilfswerk deshalb seine Essensrationen in Flüchtlingslagern im Irak und im Libanon halbieren oder ganz einstellen musste. Gleichwohl bleibt die Hilfe von der EU und Deutschlands weit hinter den Zusagen zurück. Dies ist ab-

surd, wenn man sich die Aufwendungen für Flüchtlinge im Jahr 2015 mit über 18 Mrd. Euro vor Augen hält.

Die Autorin verweist darauf, dass „die wirtschaftliche und soziale Krise in Europa und die verheerende Austeritätspolitik der EU“ nicht nur die gesellschaftlichen Bedingungen für die Akzeptanz von Geflüchteten verschlechtert und dem Rechtspopulismus in vielen Ländern Auftrieb gegeben haben. „Wer nun allerdings meint, der Rückzug in die nationale Wagenburg oder die Aufkündigung der europäischen Integration seien die passenden Reaktionen darauf, irrt. Denn gerade die Flüchtlingsfrage unterstreicht die Notwendigkeit vertiefter transnationaler Zusammenarbeit. Die viel beschworene nationale Souveränität ist nicht nur keine Entschuldigung für das Missachten von Menschenrechten. Anhand der Flüchtlingsfrage wird auch deutlich, wie illusionär die Vorstellung ist, die großen Menschheitsfragen seien heute noch innerhalb des nationalen Tellerrands zu bearbeiten“ (162/163f.).

Kipping vermittelt nicht nur die Hintergründe, sondern hat den Mut zu einem optimistischen Ausblick. „Der kurze Sommer

der Solidarität an deutschen Bahnhöfen hat gezeigt, was passieren kann, wenn das Bewusstsein des Gemeinsamen bei vielen erwacht und Ländergrenzen verdampfen in einem Mitgefühl, das uns alle vereint. Wenn Menschen aus Parteien, Aktivist*innen aus Bewegungen, Kolleg*innen aus Gewerkschaften, Vereinen und Initiativen zusammenkommen, um deutlich zu machen: Europa können wir selbst anders machen: solidarisch, demokratisch, grenzenlos. Ihnen allen ist klar: So, wie es ist, bleibt es nicht. Es gibt keinen Automatismus. Wir können verlieren. Aber das werden wir mit Sicherheit, wenn wir stillhalten. Die Entscheidung lautet: entweder Aufbruch in einen grenzübergreifenden Postkapitalismus oder eine allmähliche Fragmentierung der Gesellschaft hin zur organisierten Barbarei, zur permanenten Krise und zum weltweiten ökologischen Zusammenbruch“ (175).

Das Buch ist ein wichtiger und sehr fundierter Beitrag zur gesamten Debatte des Flüchtlingsproblems. Es sei den Zweifler*innen und „Kleingeistigen“ innerhalb und natürlich insbesondere außerhalb der Linkspartei zur Lektüre empfohlen. Axel Troost

Januar-Februar 2016

Sachsens Linke

Wir setzen unsere Reihe zu Innensichten am Leipziger Standort von Amazon fort.

Zudem entspinnt sich die Debatte zu Axel Troosts Keynesianismus-Pladoyer in der letzten Ausgabe. Fatma Karahan berichtet von Verbrechen des

türkischen Staates gegen die kurdische Bevölkerung.

Dazu gibt es viele Infos aus den LAGs

und Anekdotisches zur „Säuberung“ der DDR-Hochschullandschaft nach der politischen Wende.

Aktuelle Infos stets auch unter www.dielinke-sachsen.de

Alternativen zu rechter Hetze entwickeln Für konsequente Haltung werben

Nennen Sie es Markenkern oder Grundsätze: Jede Partei braucht, um sich selbst sicher zu sein und die eigenen Stammwählerinnen sowie die politische Konkurrenz zu überzeugen, inhaltliche Konstanten. Gerade die medialen und gesetzgeberischen Entgleisungen der großen Koalition gegen Flüchtlinge sind eine Aufforderung, sich klar zu positionieren. Jedoch sind auch aus der Linken inzwischen mehrmals Forderungen nach sogenannten Obergrenzen zu vernehmen gewesen. Das ist in zweifacher Hinsicht unklug: es ist programmatisch inkonsistent und darüber hinaus strategisch nicht erfolgversprechend. Rechts überholen und links stehen – beides auf einmal geht nicht.

Das Übernehmen von rechten Positionen, Argumenten und Schlagworten verstärkt den Rechtsruck, anstatt ihn einzufangen. Das alte Dogma von Franz-Josef Strauß lautete bekanntlich, dass rechts von der CSU nur noch die Wand komme, sprich, kein Platz für eine rechte Partei sein dürfe. Vielleicht hat diese Strategie in Kombination mit der deutschen Geschichte bis ins 21. Jahrhundert hinein sogar funktioniert. Sie funktioniert allerdings erstens seit der Gründung der AfD offensichtlich nicht mehr, und zweitens war sie noch nie eine Strategie für eine Partei links der CDU. Eine solche kann nicht ernsthaft hoffen, mittelfristig in der Schlamm Schlacht um die irrwitzigsten Grundrechtseinschränkungen und Ressentiments etwas gewinnen zu können. Vielmehr lässt sich zum Beispiel mit einem Vergleich Schwedens und Dänemarks das Gegenteil zeigen. So argumentiert bspw. der Sozialwissenschaftler Jens Rydgren, dass die Rechtspopulisten in Dänemark deshalb erfolgreicher waren als in Schweden, weil das Thema Einwanderung die sozialökonomische Konfliktdimension überlagern und verdrängen konnte. Und zwar obwohl in beiden Ländern die Ausgangslage vergleichbar und einwanderungsfeindliche Einstellungen sowie Politikverdrossenheit weit verbreitet waren. In anderen Worten: In Schweden gelang es linken Parteien und Gewerk-

schaften, Verteilungsfragen auf die Agenda zu setzen und somit auch mittelfristig die Debattenhoheit zu verteidigen. In Dänemark wurden die Themen der Rechtspopulisten durch ähnliche Forderungen aus der Mitte und von links gestärkt. Die Rechtspopulisten wurden dadurch aber erst recht als die Richtigen zur Lösung des vermeintlichen Problems angesehen, erreichten bei der letzten Wahl 2015 21,1 % der Stimmen und treiben die restlichen Parteien thematisch vor sich her.

In Schweden gelang es linken Parteien und Gewerkschaften, Verteilungsfragen auf die Agenda zu setzen und somit auch mittelfristig die Debattenhoheit zu verteidigen

Das Gegenmittel sind zuallererst mittelfristige Strategien und Positionen aus Überzeugung. Damit lassen sich erstens konservative und nationalistische Positionen kontern und zweitens langfristig Gesellschaft verändern – und damit auch der Verbreitung rechtsextremen Gedankenguts etwas entgegenzusetzen. Dass rechts-extreme Einstellungen ein weit in die sogenannte Mitte der Gesellschaft reichendes Phänomen sind und von vielen geteilt werden, ist kein Effekt von Pegida, AfD oder Flüchtlingshysterie – die Leipziger Mitte-Studien dokumentieren dies seit 2002. Unabhängig vom konkreten Inhalt – hier: rassistischer Hetze – ist es ein Irrglaube, dass die kurzfristige Übernahme gefühlter Mehrheitspositionen im politischen Wettstreit zielführend ist. Unterschiedliche Autorinnen wie Chantal Mouffe oder Colin Crouch sehen gerade darin die Gründe für die nun schon Jahrzehnte andauernde Schwäche der europäischen Linken und insbesondere der Sozialdemokratie. Das ist kein Aufruf, in programmatischen Dogmatismus zu verfallen. Im Gegenteil, es geht darum, eindeutige Positionen zu beziehen, ohne sich dabei selbst verhandlungsunfähig und kompromisslos zu machen. Es ging also darum, Ge-

staltungsanspruch anzumelden und die Diskussion mit den eigenen Inhalten in eine andere Richtung zu lenken.

Und Gestaltungsanspruch bedeutet auch, konkret anzupacken und Antworten auf tatsächliche und herbeigeredete Probleme zu geben. Bisher gab es nur einen ernstzunehmenden und konkreten Vorschlag auf Bundesebene, was im Hinblick auf eine stark gestiegene Zahl an Flüchtlingen zu tun sei. Einige SPD-SpitzenpolitikerInnen hatten gefordert, 5 Milliarden Euro in Kitas, Arbeitsmarkt- und Bildungsmaßnahmen zu stecken. Angesichts der Herausforderungen in den Kommunen, der Zustände unter anderem mitten in Berlin (Stichwort LaGeSo), der seit Jahren offensichtlichen Unterausstattung des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge und der gleichzeitig eingefahrenen 12,1 Milliarden Euro Haushaltsüberschuss letztes Jahr könnte und müsste hier viel mehr getan werden. Es wäre mehr notwendig und möglich: Deutschkurse für jeden Neuankömmling, Schulbesuch für alle Minderjährigen sowie aktive Arbeitsmarktmaßnahmen. Die Liste möglicher Forderungen ist lang. Populistischen Grenzschießreflexen müssen problemorientierte, vernünftige Lösungen gegenübergestellt werden – nicht nur reaktiv als Gegenvorschläge, sondern aktiv und inklusive intensiver Auseinandersetzung

mit der Materie.

Was man aus 2015 lernen kann und lernen muss: Ein nach rechts driftender Diskurs inklusive Grundgesetzbeschneidung hat nicht dazu geführt, der Mobilisierung am rechten Rand Einhalt zu gebieten. Im Gegenteil. Die AfD ist, wie Umfragen zeigen, trotz interner Querelen und der Alfa-Abspaltung erfolgreich in die diesjährigen Landtagswahlkämpfe gestartet. Pegida ist trotz unübersehbarer Radikalisierung Anlaufpunkt für sogenannte besorgte Bürger geblieben. Schlimmer noch, während hunderte Neonazis untergetaucht sind und die Aufklärung rechter Gewalt – über 900 Angriffe auf Flüchtlingsheime im Jahr 2015! –, wenn überhaupt, schleppend voran kommt, sind linke PolitikerInnen und AktivistInnen massiven Angriffen in Online-Kommentarspalten, auf ihre Wahlkreisbüros – u.a. in Freital und Leipzig-Lindenau – und teilweise sogar durch Justizbehörden, von Lothar König bis zu Juliane Nagel und Monika Lazar, ausgesetzt. Mit der teilweisen Übernahme und Umsetzung rechts-extremer Forderungen durch die sogenannten etablierten Parteien sind die rechten Stimmungsmacher noch lauter geworden. Deshalb gilt es dagegen zu halten, Bündnispartner zu suchen und die eigenen Positionen zu schärfen, zu stärken und vor allen Dingen nicht aufzugeben. *Johannes Kiess*



Wenn es um Hilfe für Benachteiligte geht, müsse eine linke Partei konsequent bleiben – auch in Wahlkämpfen. Das sagte kürzlich der Berliner Landesvorsitzende Klaus Lederer und fügte hinzu: „Ganz ehrlich: wenn uns das zwei oder drei Prozent kostet, dann ist das eben so“. Dem ist, denke ich, nichts hinzuzufügen. Ja, uns bläst ein rauher Wind entgegen, die Gesellschaft scheint nach rechts zu rücken und alle Parteien – außer uns – scheinen mitzugehen. Vor kurzem noch Undenkbares ist im Mainstream der politischen Parteien angekommen. Wer meint, so der AfD das Wasser abgraben zu können, begeht einen entscheidenden Fehler: Die Übernahme von Positionen der AfD normalisiert deren Argumente und stärkt sie. Das ist falsch und riskant. Deshalb bleiben wir bei unseren Positionen. Wer nach einer gerechteren Gesellschaft strebt, kann die in langen Auseinandersetzungen errungenen Standpunkte nicht mit Blick auf kurzfristige Wahlerfolge schleifen. Sie müssen verteidigt, es muss um Zustimmung geworben werden. Wir kriegen für diese Haltung eben nicht nur Ablehnung. 2015 sind mit fast 200 neuen Mitgliedern überdurchschnittlich viele Menschen in die LINKE. Sachsen eingetreten. Allein seit der letzten Ausgabe dieser Zeitung haben wir 35 MitstreiterInnen gewonnen. Wir haben weiter harte Zeiten vor uns. Aber ich bin froh, dass wir sie mit vielen Menschen durchstehen können, die aufgrund unserer konsequenten Haltung zu uns kommen. Seid herzlich willkommen!

Lino Jellradl



Johannes Kiess ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Siegen. Er studierte an der Uni Leipzig und in BeerSheba Politikwissenschaft, Soziologie und Philosophie und ist seit 2010 Co-Autor der Leipziger Mitte-Studien zu rechtsextremen Einstellungen. Bild: privat.

Meinungen

Zu „Theorie-Fundament für linke Wirtschaftspolitik“ (Sachsens Linke! 12/2015, S. 8)

Ich kann ja verstehen, dass kapitalistische Vorstellungen so herrschend sind, dass sie akzeptiert werden. Dann erscheint der Keynesianismus als kleineres Übel. Dabei wird aber ignoriert, dass in einer endlichen Welt kein unbegrenztes Wachstum möglich ist. Wachstum ist aber unmittelbar an die Kapitalverwertungs-/Profitlogik gebunden und ist schon jetzt umwelt- und gesellschaftszerstörend. Notwendig ist vielmehr eine bedürfnisorientierte Wirtschaft. Voraussetzung dafür ist eine Ressourcenverteilung. Als ersten Schritt sind höhere Kapitalsteuern, Vermögenssteuern, höhere Spitzensteuersätze bei der Einkommens- und Erbschaftsteuer möglich, nicht neue Schulden. Wenn diese Steuern nicht gezahlt werden können, müssen eben die Sachwerte vergesellschaftet werden. Das bedeutet keine Verstaatlichung, sondern eine demokratische gesellschaftliche Kontrolle. Das gilt auch für die Banken/das Finanzsystem. Dann kann auch entschieden werden, welche Kredite zurückgezahlt werden und welche nicht, z. B. weil die Bevölkerung nicht für Waffenkäufe oder sonstige menschenfeindliche Zwecke verantwortlich gemacht werden kann. Überhaupt müssen gewöhnliche Diebe nicht nur ihre Beute abgeben, sondern bekommen eine zusätzliche Strafe. Schon Bert Brecht und seine Mitarbeiterinnen wussten: „Was ist der Einbruch in eine Bank gegen die Gründung einer Bank?“ Warum soll das Prinzip der Beuteentziehung also nicht auch für Kapitalbesitzende gelten? Nur so stehen auch genug Ressourcen für die notwendigen alternativen Wirtschaftskreisläufe und damit für den Erhalt eines menschenwürdigen Lebens und einer intakten Umwelt zur Verfügung. Und nur so lassen sich genug Menschen für eine Änderung gegen die Kapitalbesitzenden mobilisieren.

Uwe Schnabel, Coswig

Wünsche an meine Partei 2016

Klare Kante zeigen zur fehlenden inneren und äußeren Souveränität der Bundesrepublik, d.h. Forderung nach unverzüglichem Abzug amerikanischer und britischer Militärs aus Deutschland und restlose Entfernung amerikanischer Kernwaffen. Beendigung der Sanktionen gegen die russische Föderation. Kriegseinsätze der Bundeswehr nur nach UN- bzw. Sicherheitsratsbeschluss! Beendigung der unkritischen Unterstützung der jetzigen ukrainischen Regierung, humanitäre Hilfe für die Bevölkerung der Ukraine, insbesondere für die im Donbass. Beendigung der Unterstützung und Hofierung mörderischer Regime durch Außenminister Steinmeier. Widerstand gegen jedwede Form von Fremdenfeindlichkeit, woher sie auch kommt. Reimplantierung einer unabhängigen und zur Wahrheit verpflichteten Presse und der öffentlich-rechtlichen Medien (dazu die Morgenpost Chemnitz am 31.12.2015, Seite 3:

„Russen bombardieren syrische Schulen“). Müssen wir uns als mündige Menschen diese geschichtswegende russophobe Druckerschwärze gefallen lassen? Abschaffung des GEZ-Zwangsbeitrages. Der eventuell zu erwartende „Querfrontvorwurf“ darf nicht davon abhalten, zu diesen Themen politisch klare Kante zu zeigen.

Wolfgang Schumann, Chemnitz

Immer wieder versprochen – immer wieder gebrochen. Warten auf die Renteneinheit

Mit einem holden Lächeln versprochen uns Politiker vor Wahlen die längst überfällige Angleichung der Renten und mit einer kaum zu überbietenden Dreistigkeit wollen die Koalitionäre von CDU/CSU und SPD die eigenen Vereinbarungen nun nicht mehr umsetzen. Im Vertragstext steht, den „Fahrplan zur vollständigen Angleichung“ festzuschreiben und zum 1. Juli 2016 zu prüfen, ob ab 2017 eine Teilangleichung notwendig

ist. Das gesamte Problem war der Großen Koalition im Koalitionsvertrag ganze 11 Zeilen wert. Nun kommen „ostdeutsche“ Bundestagsabgeordnete der Union daher und fordern gar einen völligen Verzicht auf eine Rentenanpassung. Sind die Rentner in den neuen Bundesländern nur Stimmvieh ohne Recht auf Gleichbehandlung? Und dies nach 25 Jahren Deutsche Einheit! Diese Ungerechtigkeit sollte den Politikern ins Stammbuch geschrieben werden, indem wir uns direkt an die Bundestagsabgeordneten des Wahlkreises mit der Aufforderung nach rascher Angleichung der Renten und zugleich Aufhebung des Rentenstrafrechts wenden und von ihnen eine schriftliche Antwort einfordern. An ihren Taten/Bekanntnissen sollt ihr sie messen! Dies ist dringend geboten, da der Deutsche Bundestag am 2. Juli 2015 beschlossen hat, das Verfahren von ca. 500 Petitionen (!) zu Problemen der Rentenüberleitung abzuschließen. Damit sind bis Ende der Legislaturperiode Petitionen zum Thema ausgeschlossen!

Raimon Brete, Chemnitz

Solidarität mit Laura von Wimmersperg

Die langjährige Moderatorin der Berliner Friedenskoordination ist aufgrund einer Antidrohnenaktion im Deutschen Bundestag durch die Justiz angeklagt. Sie hatte mit drei anderen Friedensaktivisten im April 2013 eine Bundestagsdebatte genutzt, um mit rot angemalten Händen auf den Zuschauerplätzen gegen die Anschaffung von Kampfdrohnen lautstark zu protestieren. Sind denn Aktionen und der Ruf nach Frieden strafbar? Nein, denn der Frieden ist der Menschheit höchstes Gut! Wir sollten Laura von Wimmersperg unsere Solidarität durch Teilnahme am Prozess bekunden. Wegen des großen öffentlichen Interesses wurde die Hauptverhandlung auf Februar 2016 in Berlin verlegt.

Dieter Siegert/Raimon Brete Sprecherrat IG Frieden-Gerechtigkeit-Solidarität/DIE LINKE Chemnitz

Ralf Richter, Stathis Soudias.

Bildnachweise, wenn nicht gesondert vermerkt: Archiv, iStockphoto, pixelio.

Kontakt: kontakt@dielinke-sachsen.de
Tel. 0351-8532725
Fax. 0351-8532720



TERMINHINWEIS

Kalter Krieg in Europa? Herausforderungen an eine gemeinsame Friedenspolitik – Handlungsoptionen für die Friedensbewegung

13. Strategiekonferenz der Kooperation für den Frieden: 19. bis 20. Januar, Leipzig

Mit dem Krieg in der und um die Ukraine sind in Europa neue Spannungen sichtbar geworden. Das Misstrauen zwischen NATO und Russland ist groß, eine Eskalationsspirale ist in Gang. NATO und Russland führen Militärmanöver an ihrer Ost- bzw. Westgrenze durch. Beide Seiten modernisieren ihr Atomwaffenarsenal, darunter auch die US-Waffen in Büchel. Deutschland, wie auch andere NATO-Staaten und Russland, planen drastische Erhöhungen ihrer Militärausgaben.

Statt einer militärischen Eskalationsspirale brauchen wir dringend eine friedenslogische Politik in Europa, die auf politischen Dialog zwischen Ost und West setzt, auf Kooperationsangebote und eine Strategie der Abrüstung gleichermaßen. Frieden in Europa schließt kooperative Beziehungen zu Russland mit ein. Auf der Strategiekonferenz wollen wir diskutieren, welche Grundzüge eine gemeinsame Friedenspolitik tragen sollte und welche Forderungen wir an die deutsche Bundesregierung stellen müssen.

Neue Propsteikirche St. Trinitatis Leipzig, Nonnenmühlgasse 2, 04107 Leipzig. Tagungstelefon 01 71 / 755 78 26

Redaktionsschluss 25.01.2016

Die nächste Ausgabe erscheint voraussichtlich am 03.05.2016.



Impressum

Sachsens Linke! Die Zeitung der LINKEN in Sachsen

Herausgeberin: DIE LINKE. Sachsen
Verleger: Verein Linke Bildung und Kultur für Sachsen e.V.,

Kleiststraße 10a,
01129 Dresden

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich das Recht auf sinnwählende Kürzungen vor. Termine der Redaktionssitzungen bitte erfragen.

Die Papierausgabe wird in der LR Medienverlag und Druckerei GmbH in Cottbus in einer Auflage von 10.950 Exp. gedruckt.

Der Redaktion gehören an: Ute Gelfert, Jayne-Ann Igel, Thomas Dudzak, Antje Feiks (V.i.S.d.P.), Andreas Haupt,

Hier spricht die Belegschaft

Amazon und die Methoden des Union Busting II

Dem Unternehmen Amazon wird vorgeworfen, eine gewerkschaftsfeindliche Haltung einzunehmen. Diese Haltung bekommen Angestellte in ihrem Arbeitsalltag immer wieder zu spüren. Dabei unterscheidet das Unternehmen zwischen den Mitarbeitern und teilt sie in Gruppen ein. Es wird beispielsweise unterschieden zwischen Nichtstreikenden, Streikenden, Vertrauensleuten der Gewerkschaft und Betriebsratsmitgliedern. Nach der Zugehörigkeit zu einer dieser Gruppen richtet der Umgang von Vorgesetzten mit dem jeweiligen Mitarbeiter. Die einzelnen Gruppen lassen sich auch noch weiter unterteilen – so kann die Gruppe der Nichtstreikenden unterteilt werden in Gewerkschaftsgegner, Unentschlossene und stille Befürworter. Bei den Betriebsratsmitgliedern unterscheidet man danach, auf welcher Liste man sich bei den Wahlen befunden hat, ob Gewerkschaftsliste oder nicht. Bei Streikenden bzw. Vertrauensleuten wird unterschieden, inwieweit sie Kritik am Unternehmen nach innen und außen äußern.

Durch diese Zergliederung der Belegschaft lassen sich Mitarbeiter hervorragend gegeneinander ausspielen. Das fängt beim Gewähren von Urlaub an und setzt sich bei der Einteilung zur Arbeit fort. So werden aktiven Gewerkschaftern beispielsweise immer wieder die unangenehmsten bzw. unbeliebtesten Aufgaben zugeteilt. Oder sie werden für stets dieselben monotonen Aufgaben ein-

geteilt, ohne die Möglichkeit zu haben, etwas Abwechslung in den Arbeitstag zu bringen. Diese Monotonie führt zu körperlichen Beschwerden durch einseitige Belastung. Das lässt sich auch am Krankenstand ablesen. Demnach sind im jährlichen Mittel 20 bis 25 Prozent der Mitarbeiter „krank“ gemeldet. Zum anderen hat die Zuteilung von monotonen Aufgaben das Ziel, den Mitarbeitern die Motivation für den Job zu nehmen, damit sie schlussendlich die Kündigung einreichen. Dann wäre wieder eine Stelle offen, die man auf zwei Jahre befristet kann. Kündigt der Mitarbeiter nicht, wird ihm das zum Teil von Vorgesetzten und Per-

sonalabteilung nahegelegt. Als Folge dessen sinkt die Arbeitsleistung, die sich nach Stückzahlen berechnet, im Gegensatz zu anderen Mitarbeitern. Die eingangs beschriebene Kategorisierung von Mitarbeitern erlaubt dem Amazon-Management nun einen Vergleich zwischen der Arbeitsleistung von Streikenden und der von Nichtstreikenden. Dabei werden Streikende als „Minderleister“ abgestempelt. Hierbei kommt auch ein Computer-Programm zum Einsatz, das von Vorgesetzten und ausgewählten Mitarbeitern genutzt wird. Dieses Programm soll die Arbeitsleistung dokumentieren. Es kommt aber häufig vor, dass dieses Pro-

gramm missbraucht wird, um Streikende und Vertrauensleute zu diskreditieren und innerbetrieblich bloßzustellen. Weiterhin werden vor allem Vertrauensleute durch vorsätzliche falsche Behauptungen unter Druck gesetzt. Dabei wird den betroffenen Personen vorgeworfen, unrechtmäßig lange, nichtproduktive Zeiten zu haben oder Arbeitsverweigerung zu begehen. Der Vorwurf der Unproduktivität fängt schon ab einer Zeit von einer Minute an. Auch gab es Fälle, in denen es den betreffenden Personen zur Last gelegt wurde, dass sie während der Arbeitszeit die Toiletten aufsuchten. Durch zahlreiche Gespräche

der Manager mit ihren Mitarbeitern ist bekannt, welche Personen in die jeweilige Kategorie einzuordnen sind. In weiteren Gesprächen mit Nichtstreikenden wird dann darauf verwiesen, dass an den Streiks nur „Minderleister“ und Arbeitsverweigerer teilnahmen und man doch nicht auch in diese Richtung eingeordnet werden wolle. Dabei wird an ein Ehrgefühl der Arbeitnehmerschaft und an deren Fleißes appelliert, damit es dem Mitarbeiter möglich wird, in irgendeiner Form auf die Streikenden herabzublicken. Ebenso kommt es vor, dass einigen Angestellten damit gedroht wird, dass sie „Privilegien“ verlieren oder sich die Planung von freien Tagen und Urlaub schwieriger gestalten kann, wenn man sich am Streik beteiligt. Für Streikende ist es auch ungleich schwerer, an innerbetrieblichen Weiterbildungs- bzw. Trainingsmaßnahmen teilzunehmen. Hierbei geht der Arbeitgeber jedoch geschickt vor, indem er ein paar Ausnahmefälle an solchen Maßnahmen beteiligt, um den Vorwurf der Benachteiligung von Streikenden zu umgehen. Dies versetzt ihn in die Lage, auf die wenigen Ausnahmen zu verweisen. Dieses innerbetriebliche Verhalten seinen Angestellten gegenüber versucht Amazon mit Imagekampagnen aufzupolieren. Es zeigt aber gleichzeitig, dass das Unternehmen in Bezug auf seine Mitarbeiter kein demokratisches Verständnis besitzt. *Christian Rother • @CrislyLibertas • on.fb.me/1PQfCl7*



Wie kommt es zur Bildung einer Seniorenvertretung?

Für kommunale Seniorenpolitik ist der demografische Wandel der Ausgangspunkt aller Überlegungen. Die älteren Menschen leben heutzutage selbstbestimmter und nach anderen „Altersbildern“ als die vergangenen Generationen und sehen die Zeit nach dem Ausscheiden aus dem Berufsleben als eine Möglichkeit, mit ihren Lebenserfahrungen und ihrem Wissen an einer gesellschaftlichen Tätigkeit teilzunehmen.

Doch wie sind die Kommunen in Sachsen praktisch auf die Anforderungen zur „Teilhabe und Mitwirkung der Senioren“ eingestellt? Was wird getan, damit sich z. B. aus „Selbständiges Wohnen im Alter“ bzw. „Lieber daheim als im Heim“ die notwendigen Aufgaben ableiten? Welchen Stellenwert nimmt die Seniorenpolitik in der Kommune ein? Antworten findet man in den Kommunen, in denen schon Seniorenvertretungen auf sich

aufmerksam machen, wie z. B. in Pirna oder Meißen, den Nachbarkommunen von Freital. Als Bürger und Senior aus Freital stelle ich mir die Frage, warum es in unserer Stadt keine Seniorenvertretung gibt. Das frage ich, weil ich bei Fachkonferenzen der Landesseniorenvertretung für Sachsen (LSVfS) mit Mitgliedern der Seniorenbeiräte oder -vertretungen in einem Erfahrungsaustausch treten konnte. Ein Blick ins Internet zur Geschichte der Seniorenvertretungen zeigt, dass die ersten Gremien einer Seniorenvertretung 1970 in der damaligen BRD gebildet wurden. Ihre Anzahl ist bis heute auf über 1500 angewachsen.

In Pirna wird 2016 ein Jubiläum gefeiert: 25 Jahre Seniorenvertretung. Nicht ganz so lange, aber immerhin schon seit 2002 gibt es in Meißen eine Seniorenvertretung. Allein diese Beispiele zeigen, dass es doch möglich

sein sollte, ähnliches in Freital zu organisieren.

Als erstes nahm ich Kontakt mit dem Koordinationsbüro für Soziale Arbeit der Stadt Freital auf. Die Aufgaben und Ziele dieses Büros verbinden sich u.a. damit, dass – Zitat – „jeder Bürger unabhängig von Wohnort, Alter, Herkunft, Geschlecht und sozialem Status Zugang zu bedarfsgerechten sozialen Angeboten hat“. Die nächsten Schritte führten mich zu den Leitungen der Seniorenvereine in Freital. Dabei ist mir aufgefallen, dass jeder Seniorenverein allein für sich eine hervorragende Arbeit in seinem Stadtgebiet leistet. Aber auch hier die Feststellung, dass eine gewisse Mitwirkung in der kommunalen Seniorenpolitik nur im Bedarfsfall und dann als Einzelaktion in Anspruch genommen wird. In Pirna und Meißen haben die Gleichstellungsbeauftragten die Belange der Seniorenarbeit übernommen.

Damit gibt es einen „kurzen Weg“ zwischen der Basis in der Seniorenarbeit über die Stadtverwaltung bis hin zum Oberbürgermeister.

Senioren sind heute bis ins hohe Alter fit und erwarten keine Seniorenpolitik FÜR, sondern MIT den Senioren. Im Ergebnis aller Gespräche kam zum Ausdruck, dass es auch in Freital nötig ist, eine Seniorenvertretung zu bilden. Deshalb luden wir zur Informationsveranstaltung – auch das Koordinationsbüro für Soziale Arbeit, die LSVfS, Seniorenvereine, Pflegedienste und die Stadtverwaltung. Auch der seniorenpolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Landtag, Horst Wehner, erhielt eine Einladung. Bei dieser Veranstaltung bestand allgemeine Übereinstimmung darüber, dass das Vorhaben „Seniorenvertretung in Freital“ im Blick bleiben muss. Dieses Signal ist auch bei dem Oberbürgermeister und

dem 1. Bürgermeister angekommen. So fand am 19. Januar 2016 ein Gespräch mit beiden statt. Es wurde der Standpunkt der Stadtverwaltung zu dem Thema „Seniorenvertretung“ dargelegt und betont, dass gegenwärtig keine Defizite in der Seniorenarbeit in der Stadt Freital bekannt seien und die Seniorenvereine sowie insbesondere das Koordinationsbüro für Soziale Arbeit eine gute Arbeit leisteten. Deshalb sehe die Stadtverwaltung keine Notwendigkeit, gegenwärtig ein weiteres Gremium zu bilden. Es wurde besprochen, zunächst mit den bisher zur Mitarbeit bereiteten Bürgern/Senioren über das weitere Vorgehen zu beraten. Auch eine Öffentlichkeitsarbeit kann dabei in Betracht gezogen werden. Die Unterstützung des Koordinationsbüros ist dafür gegeben. Für diesen Vorschlag gab es Zustimmung.

Peter Müller, LAG Senioren

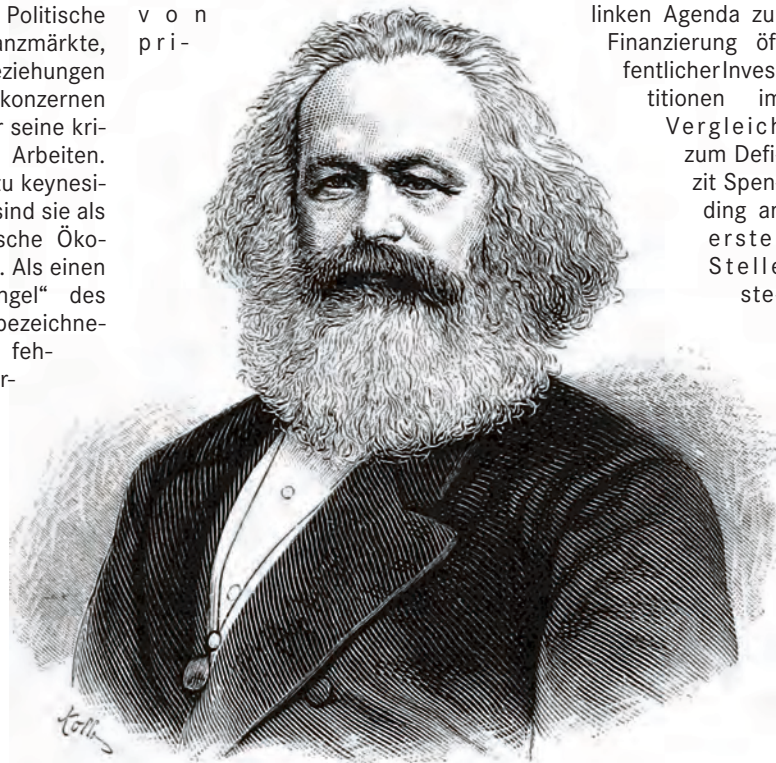
Linke Wirtschaftspolitik ohne marxistische Wirtschaftstheorie?

Wie Axel Troost neulich in dieser Zeitung schrieb, gehören viele Erkenntnisse des Keynesianismus, insbesondere seiner linken Variante, zum theoretischen Werkzeugkasten einer „pragmatischen und anschlussfähigen linken Wirtschaftspolitik“. Dem ist unbedingt zuzustimmen und die jährlichen, auch von mir unterstützten Memoranden der Arbeitsgruppe „Alternative Wirtschaftspolitik“, zu deren Fundament der Linkskeynesianismus gehört, sind geradezu ein Muss für linke Wirtschaftswissenschaftler und -politiker. Axel kommt zu seiner Forderung, linke Wirtschaftspolitik vor allem an Keynes auszurichten, nachdem er bezüglich der Texte von Marx und Engels, die angeblich von den meisten sächsischen Mitgliedern der LINKEN studiert worden seien, festgestellt hatte, ihre Analysen hätten zwar auch „heute noch große Aktualität“ und böten „viele Erkenntnisse“, lieferten aber angesichts ihrer Entstehungszeit für viele Fragen des 21. Jahrhunderts keine Antworten. Das ist zwar kaum zu bestreiten, erweckt aber angesichts der Forderung nach einer „klaren theoretischen Orientierung“ mit dem „Keynesianismus als bewährtes Fundament“ den Eindruck, marxistische Wirtschaftstheorie lasse sich auf Marx und Engels reduzieren, habe keine weitere Entwicklung erfahren und sei im Grunde nicht auf der Höhe der Zeit. Und die gewählten Beispiele für eine „pragmatische und anschlussfähige linke Wirtschaftspolitik“ täuschen ein wenig darüber hinweg, dass linke Wirtschaftspolitik sich nicht auf Finanz-, Geld- und Konjunkturpolitik beschränkt, sondern einen Spagat zwischen linker „Tagespolitik“ auf der einen und einer auf sozial-ökologische Transformationen gerichteten Wirtschafts- und Gesellschaftsstrategie auf der anderen Seite zu bewältigen hat. Zur Begründung einer solchen Politik muss natürlich weit über den originalen Marx, aber auch über Keynes hinausgegangen werden. Marxistische Wirtschaftstheorien sind dafür eine, keinesfalls die einzige Grundlage, aber eine strategisch orientierte linke Wirtschaftspolitik kommt an den „Marxismen“, die sich im Verlauf der letzten hundertfünfzig Jahre entwickelt haben (und dabei Keynes und die Vielfalt der Keynesianismen keineswegs ignorierten), nicht vorbei.

Das breite Spektrum marxistischer Wirtschaftstheorien kann hier nicht behandelt werden. Auf einen wichtigen Beitrag sei jedoch hingewiesen. Jörg Huffschmid, der vor einigen Jahren verstorbene Mitbegründer der Memoranden-Gruppe und enger Freund von Axel, war einer jener marxistischen Wirtschaftswissenschaftler, dessen Arbeiten Bausteine für eine linke Wirtschaftspolitik enthalten. Dazu gehören seine Politische Ökonomie der Finanzmärkte, die Analyse der Beziehungen zwischen den Großkonzernen und dem Staat oder seine krisentheoretischen Arbeiten. Trotz ihrer Bezüge zu keynesianischen Theorien sind sie als marxistische politische Ökonomie zu verstehen. Als einen „gravierenden Mangel“ des Keynesianismus bezeichnete Huffschmid „die fehlende Auseinandersetzung mit den Macht-, Klassen- und Kräfteverhältnissen kapitalistischer Gesellschaften“. Marxistische Wirtschaftstheorie ist kritische Theorie und es hat eminente Bedeutung, zu zeigen, welche Grenzen eine diese Verhältnisse ignorierende, allein konjunkturpolitisch ausgerichtete Politik hat und wo, wie und wann über sie hinausgegangen werden muss. Mit dem Linkskeynesianismus ist die Linke „anschlussfähig“ zu bestimmte Strömungen in der Sozialdemokratie, in den Gewerkschaften und einigen sozialen Bewegungen, aber darin kann sich linke Wirtschaftspolitik nicht erschöpfen. Keynes jedenfalls wollte trotz seiner Kritik am Kapitalismus und an der ökonomischen Theorie und Politik seiner Zeit ausdrücklich auch an die heute als „neoklassisch“ bezeichnete Theorie anschlussfähig bleiben und darüber hinaus an die – wie er sich ausdrückte – „gebildete Bourgeoisie“, auf deren Seite er sich in einem „Klassenkrieg“ stellen würde. Trotz dieser differenzierenden Sicht auf Keynes' Theorie bleibt unbenommen, dass eine keynesianisch begründete Konjunkturpolitik notwendig und sinnvoll sein kann. Einige Anmerkungen zu den von Axel

verwendeten Beispielen dazu sind jedoch angebracht.

• Zweifellos engen die Schuldenbremse und die Politik der „schwarzen Null“ die Handlungsspielräume und Flexibilität der Finanzpolitik erheblich ein; kreditfinanzierte öffentliche Ausgaben können sinnvoll sein. Sie haben aber auch eine Kehrseite, weil sie zu einer Abhängigkeit öffentlicher Finanzen von privaten



Karl Marx.

vaten Gläubigern und deren Anlagestrategien sowie von der Anarchie der Finanzmärkte führen können. Günstige Kreditbedingungen ergeben sich für den Staat dann, wenn den potentiellen Kreditgebern andere Anlagesphären weniger sicher und profitabel erscheinen. Deutschland ist diesbezüglich momentan in einer günstigen Lage; andere

Länder haben aber schmerzliche Erfahrungen mit dieser Abhängigkeit gemacht, als es ihre Kreditgeber für opportun hielten, ihr Kapital abzuziehen und woanders anzulegen. Der Anstieg der Staatsschuldenquote in allen hochindustrialisierten Ländern seit dem Ende der 1970er Jahre von durchschnittlich unter 50 auf über 110 Prozent war die Folge

der neoliberalen Wende jener Jahre, die das Wachstum der Staatseinnahmen begrenzte und unter anderem mit einem dramatischen Rückgang öffentlicher Investitionen bis hin zu Desinvestitionen verbunden war. Eine Einnahmepolitik mit deutlich höheren Steuern auf Kapital und Gewinne, auf Spitzeneinkommen und die Top-Vermögen sowie

deren Vererbung sollten deshalb in einer linken Agenda zur Finanzierung öffentlicher Investitionen im Vergleich zum Defizit Spending an erster Stelle stehen.

hen.
• Axel befürwortet die Bankenrettung, hätte sich aber unter anderem eine Verstaatlichung der Problembanken und ihre effizientere Regulierung gewünscht und dazu an anderer Stelle bemerkenswerte Vorschläge gemacht. Eine solche Politik hätten sich viele Linke gewünscht, aber dass Keynes dies befürwortet hätte, darf bezweifelt werden. Er hatte sich gegen Verstaatlichungen ausgesprochen und

Missverständnisse zu vermeiden – mit „Steuerung“ übersetzt wird.

• Die Niedrigzinspolitik und die expansive Geldpolitik der Europäischen Zentralbank werden von Axel positiv bewertet. Diese Politik mag in der schweren Krise 2008/2009 geholfen haben, einen noch tieferen Absturz zu verhindern. Aber heute fördert sie offensichtlich nicht wie beabsichtigt das Investitionsgeschehen, sondern die Kapitalanlage auf den Finanzmärkten, weil die dort trotz der Null-Zinsen erzielten, viel zu gering besteuerten Renditen vor allem aus Kursgewinnen einfach immer noch zu hoch und die Wertungsrisiken im Vergleich zu Realinvestitionen gering sind. Eine expansive Geldpolitik entfaltet ihre expansive Wirkung nur im Verein mit höheren Gewinnerwartungen im produktiven Bereich. Fehlt diese Bedingung, geht der Schuss nach hinten los und statt einer Überwindung der deflationären Situation steigen nur die Kurse der Finanztitel und die Gefahr der Bildung von Finanzblasen. Hier muss auch ange- merkt werden, dass es laut Keynes auf den Finanzmärkten infolge des Kapitalüberschusses überhaupt keine Renditen mehr geben dürfte; mit ihrem Sinken sei der „sanfte Tod der Rentiers und der Macht der Kapitalisten“ verbunden. Aber obwohl die Zinsen inzwischen seit Jahrzehnten sinken, wuchsen die von Keynes zu Recht kritisierten „leistungslosen Einkommen“ und mit ihnen die Macht der Finanzmarktakteure.

• Für höhere Investitionen fehlt natürlich auch der dafür erforderliche Nachfrageschub. Ein Prozent mehr Lohn entspricht einem um ungefähr 8 Milliarden Euro höheren Nettoeinkommen der abhängig Beschäftigten und etwa 4 Milliarden Mehreinnahmen des Staates an Steuern und Abgaben. Damit wäre eine Art der Nachfrageausweitung verbunden, die von den Ökonomen der Memoranden-Gruppe immer wieder gefordert wird. In dieser Frage bewegt sie sich vielleicht doch eher auf marxistischen Bahnen. Keynes jedenfalls nahm in dieser Frage expressis verbis eine neoklassische Position ein und sprach sich gegen steigende Reallöhne aus, weil dies angeblich zur Senkung der Beschäftigung führe. Dr. Jürgen Leibiger

erachtete die Frage der Besitzverhältnisse überhaupt als nebensächlich. Es ist in diesem Zusammenhang interessant, dass in der von der deutschen Keynes-Gesellschaft besorgten teilweisen Neuübersetzung des Keynes'schen Hauptwerkes seine Forderung nach einer „socialisation of investment“ nicht mehr mit „Sozialisierung“, sondern – wohl um

Emanzipation oder Kolosseum

Es ist leicht zu sagen, man sei der Flüchtlings-Herausforderung nicht gewachsen, wenn man nichts oder das Gegenteil dafür getan hat, um ihr gewachsen zu sein – ja, wenn man sogar viel dafür getan hat, dass man ihr gar nicht erst begegnet. Dementsprechend reaktionär sind die meisten Lösungsvorschläge. Sie sollen nur Menschen davon abhalten, in die EU oder nach Deutschland zu kommen. Sie sind nur die Fortführung einer Politik, die der mitverschuldeten Kriegs- und Armutsmigration den Stinkefinger zeigt. Um dennoch das Wort Humanität in den Mund nehmen zu können, ist oft von einer notwendigen Atempause die Rede, um zur humanitären Hilfe, die da noch kommen soll, imstande zu sein. Welche langfristigen Konzepte dahinterstecken, bleibt unklar. Dabei haben sich viele gesellschaftliche Akteure seit Jahrzehnten den Mund darüber fusselig geredet. Seien es der überdurchschnittliche Lebensstandard der reichsten Staaten, ihre Weltwirtschaftspolitik oder die Ökologie: Überall vollstreckt sich derselbe irrationale Mechanismus. Wer Geld hat, kann alles kaufen, ungeachtet der Konsequenzen für die Umwelt und die Mitmenschen.

Die Migration ist nur eine Form, wie die Konsequenzen auf uns zurückzuschlagen. Wenn es in dieser Frage so etwas wie ein „Uns“ oder „Wir“ gibt, dann ist es eine Art Erbschuld, die wir auf uns geladen haben, weil wir auf der Sonnenseite des Planeten geboren worden sind. Wir tragen eine Mitverantwortung dafür, was auf dem Planeten passiert, denn wir sind bisher die größten Nutznießer eines weltweit an-

haltenden Konkurrenzkampfes um Ressourcen, Arbeitskräfte und Wohlstand. Diese Schuld auch für sich als individuelle Schuld anzuerkennen, obwohl man selbst nichts bewusst verschuldet hat, ist ein wichtiger Schritt hin zu einem verantwortungsvollen Standpunkt. Das Gegenteil davon ist es, diese Schuld zu leugnen und den eigenen Wohlstand durch Leistung, Nation und Kultur rechtfertigen zu wollen, die, so verwendet, ahistorisch sind und von allen

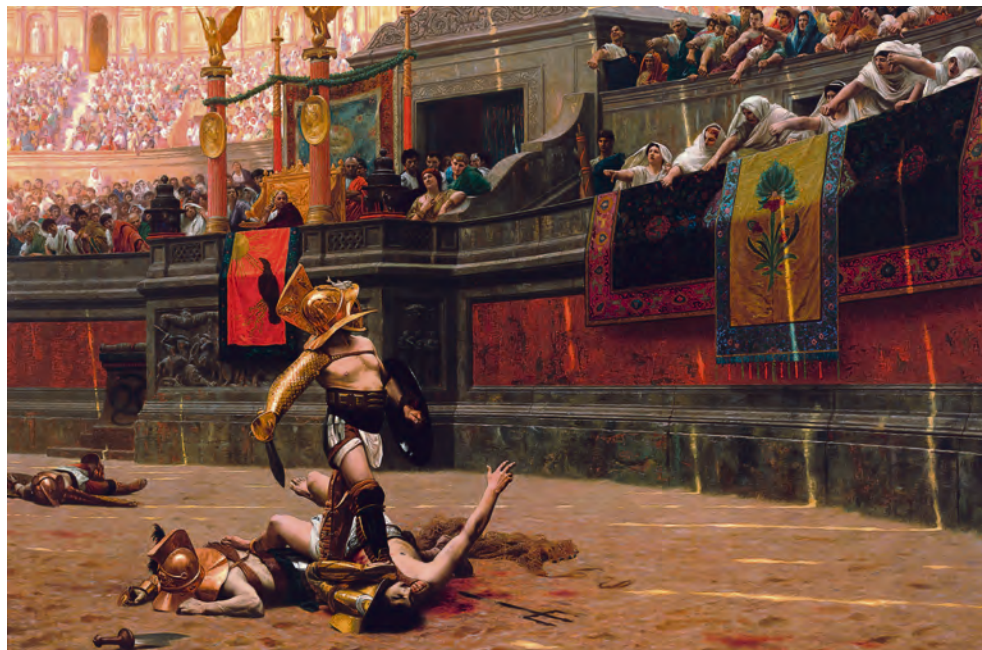
lichkeit abhängt, macht es einen Unterschied, wo man sich auf der Welt anstrengt. Ebenso sind die Staatsbürgerrechte nur die Rechte des Bürgers eines Staates, obwohl z. B. die Grundrechte des Grundgesetzes sich explizit auf die Menschenrechte beziehen, die ihrem Wesen unabhängig der Staatszugehörigkeit gelten sollen. Nun ist es zwar nicht möglich, von heute auf morgen überall auf der Welt gerechtere Zustände herbeizuführen. Aber gerade an die

land leben, allein aufgrund ihres Wohnortes Staatsbürgerrechte zu verleihen. Dass es in Ansätzen trotzdem geht, zeigen die EU-Staatsbürgerschaft, Völkerrechtsverträge und diverse Asylgesetzgebungen, die allerdings wieder verschärft worden sind. Wenn dann nach den Kosten gefragt wird, müsste man antworten: Wenn nicht die reichsten Länder, wer dann? Auch ein anders gedachter Freihandel könnte Geld kosten, aber die Versorgung in ande-

oder die Weltwirtschaft als römisches Kolosseum. Auch hier hängt es von den reichsten Ländern ab, ob man das Kolosseum abschafft oder sich untereinander zerfleischt. Entweder man nutzt das Wachstum des Kapitalismus zum Aufbau von Infrastruktur und Versorgung in anderen Ländern und stoppt das eigene, oder die Konflikte werden zunehmen.

Man kann die Schuldfrage als religiösen Unsinn abtun, vor allem wenn von Erbschuld oder Erbsünde die Rede ist. Manchen ist das Wort „Verantwortung“ lieber. Die alte Erbsünde war noch sexistisch und einem Gott verpflichtet, der dafür da war, Herrschaft zu legitimieren und viele Menschen klein zu halten. Doch der Verweis auf jene Sünde, die wir als Gesellschaft mit fast jeder Lebensregung an vielen anderen Ländern begehen, meint das Gegenteil: die Aufhebung von Herrschaft und die Emanzipation der Menschen.

Als Bertolt Brecht im Lied „Denn wovon lebt der Mensch“ schrieb, zuerst komme das Fressen und dann die Moral, griff er auch die herrschende Moral an, die eine Moral der Entsagung und Bescheidenheit ist – aber nur für die Armen. Eine ähnliche Moral wird oft gegen Geflüchtete angewendet. Der Satz von Brecht bedeutet aber auch umgekehrt, dass eben jene, die zu fressen haben, moralisch sein sollten. Angesichts des Überflusses, den viele in den reichsten Ländern genießen, müsste die Welt voll von Heiligen sein. Dass sie es nicht ist, ist wohl trotz der Verstaubtheit des moralischen Vorwurfs der einzige, den man von moralischer Seite aus noch erheben kann. *Enrico Pfau*



Umständen abstrahieren.

Leistung und Nation hatten ihr progressives Moment im Kampf gegen Erbmonarchie und Stände-Gesellschaft. Sie beschworen Wohlstand durch Arbeit und gleiche Chancen durch Staatsbürgerrechte für alle Einwohner eines Landes. Abgesehen davon, dass der Leistungsbegriff trotz seiner Verheißungen von Kriterien der Wirtschaft-

bisherige Asylpolitik muss der Vorwurf gehen, dass nicht einmal Versuche unternommen werden, die Zustände zu verbessern. Stattdessen werden nationalistische und daher reaktionäre Lösungen umgesetzt. Andere Lösungen werden oft als unrealistisch oder als unfair wahrgenommen. So erscheint es nicht verkraftbar, allen Menschen, die in Deutsch-

ren Ländern verbessern, solange man die dort einheimischen Produzenten subventioniert und nicht die eigenen. Das ist eine der wirksamsten Methoden gegen sogenannte Wirtschaftsflüchtlinge, die auch nichts anderes tun, als ihr Leistungsumfeld verbessern zu wollen. Wer das für unwirtschaftlich hält, der sieht Wirtschaft entweder nur als nationales Projekt

Lernen, lernen und nochmals lernen!?

„Wir brauchen mehr Politische Bildung!“, ist eine häufige Forderung in unserer Partei. „Wir haben ein sehr gutes Angebot!“ ist mindestens meine Antwort darauf – sei es durch die Bildungsträger*innen im LINKEN Umfeld, aber auch durch die Partei und unseren Jugendverband. Das erfolgreiche Mentoringprogramm, das jährlich stattfindende Pfingstcamp und die auch für 2016 geplante Sommerakademie sind nur drei große Projekte, die erfolgreich durchgeführt und ständig weiter entwickelt werden. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen wirbt bereits jetzt mit einem Ganzjahresprogramm, und das Kommunalpolitische Forum hat einen Jahresplan aufgestellt. Termine der beiden Bildungsträger*innen stehen ja

auch immer in dieser Zeitung. Doch was heißt für uns politische Bildung? Wir sollten immer wieder unsere Konzepte selbst hinterfragen und gegebenenfalls weiterentwickeln. Bildung sollte, wie es der Historiker Howard Zinn mal formulierte, „gefährlich“ sein. Sie sollte auf die Kritik und Überwindung von Herrschaft zielen und zwar sowohl gesamtgesellschaftlich als auch im Bildungsprozess selbst. Hier sei auch an einen Ort in Baden-Württemberg erinnert, der sich Beutelsbach nennt. Mit dem sogenannten „Beutelsbacher Konsens“ wurden Grundlagen der politischen Bildung erarbeitet, die auch unser Maßstab sein sollten. Menschen dürfen – mit welchen Mitteln auch immer – im Sinne erwünschter Meinungen nicht

übrumpelt und damit an der „Gewinnung eines selbständigen Urteils“ gehindert werden. Hier genau verläuft die Grenze zwischen Politischer Bildung und Indoktrination. Indoktrination aber ist unvereinbar mit unserem Ansatz politischer Bildung in einer demokratischen Gesellschaft und der – rundum akzeptierten – Zielvorstellung von der Mündigkeit des Menschen.

Die machtvolle Belehrung im Namen der Aufklärung steht einem Lernen gegenüber, das Selbstermächtigungsräume schaffen sollte. So etwas wie das Parteilehrjahr in der DDR will doch heute niemand mehr. Oder? Aber wir müssen fragen, ob nicht solche Traditionen in unserer Bildungspraxis fortwirken.

Unsere Angebote richten sich an alle, die sich kritisch-konstruktiv mit ihrer eigenen Politik auseinandersetzen wollen und die ihren Bildungsprozess auch als Organisationsprozess verstehen wollen, um individuelle und soziale Emanzipation zu verbinden. Es gibt keinen Kanon, kein fertiges Wissen, das nur noch zu vermitteln ist. Lernziele werden bei uns zusammen mit den Teilnehmenden entwickelt.

Folgt aus der richtigen Theorie notwendigerweise auch eine erfolgreiche linke Praxis? Die neue Unübersichtlichkeit und Komplexität der Welt machen eine solche Position fragwürdig. Wir brauchen Bildung, die einen Beitrag zu einer linken Wissenskonstruktion leistet, und zwar über eine Arbeit an exemplari-

schen Fällen und über die Vermittlung entsprechender Methoden.

Was in Wissenschaft und Politik kontrovers ist, muss auch im Unterricht kontrovers erscheinen. Diese – ebenfalls in Beutelsbach formulierte – Forderung ist mit der vorgenannten aufs engste verknüpft. Denn wenn unterschiedliche Standpunkte unter den Tisch fallen, Optionen unterschlagen werden, Alternativen unerörtert bleiben, ist der Weg zur Indoktrination beschritten.

Unsere Bildungsträger*innen können und sollten hier Knotenpunkte sein. Ich werbe für die Nutzung der bestehenden Angebote. *Lars Kleba ist Mitglied im Landesvorstand und dort für politische Bildung verantwortlich*

Keynesianismus – Fundament für linke Wirtschaftstheorie?

Rudolf Hickel, führender Linksk Keynesianer und Mitglied der Memorandum-Gruppe, stellt klar: Keynes hat mit seiner Marktregulationstheorie nicht für die Abschaffung kapitalistischer Marktwirtschaft plädiert. Es geht um einen „klug geleiteten Kapitalismus“ (John Maynard Keynes). „Klug geleitet“ meint eine kapitalistische Marktwirtschaft, die durch staatliche Interventionen reguliert und stabilisiert wird. Das soll das Theorie-Fundament für linke Wirtschaftspolitik bilden? Axel Troost lässt in seinem Beitrag (Sachsens Linke! 12/2015) diese grundlegende Charakterisierung der Wirtschaftstheorie von Keynes vermissen. Der Staat soll eingreifen und regulieren, auch von Verstaatlichungen ist die Rede. Was für ein Staat ist gemeint? Es hätte zumindest von ihm die demokratische Frage gestellt und beantwortet werden müssen. Ohne eine linke Antwort droht ein Etatismus, der die bürgerlich-kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung nicht antastet.

Folgend drei weitere grundsätzliche Kritiken – es gibt mehr:

Erstens: Nach Marx gilt es, die Erwerbs-/Lohnarbeit als Produktions- und Distributionsprinzip zu überwinden. Verbesserungen der Löhne verändern nichts Grundsätzliches an der Lohnsklaverei, so Marx. Diese Überwindung ist mit der erwähnten Demokratiefrage verbunden: Wer entscheidet, was oder was nicht und wie produziert wird? Wer entscheidet nach welchen Kriterien, wem in welchem Umfang Anteile am produzierten Reichtum zustehen? Marx fragt weiter: Welche Auswirkungen hat eine Arbeit auf die gesamten (Produktions-)Verhältnisse von Menschen, die wegen individueller Existenzsicherung erzwungen ist? Bei der der Einzelne seine Arbeitskraft verkaufen/einsetzen muss, um überleben zu

können? Marx meint: Die existenziell erzwungene Arbeit, also Erwerbs-/Lohnarbeit, entfremdet den Menschen vom Menschen. Damit sei keine menschliche Produktion zu gestalten, keine menschliche Gesellschaft. Für Marx sind eine grundlegende Demokratisierung der Produktion und Gesellschaft sowie ein verändertes Distributionsprinzip (die Absicherung der Bedürfnisse und der Fähigkeitsentwicklung eines jeden einzelnen Menschen) nötig, um eine menschliche Produktionsweise und Gesellschaftsform zu ermöglichen. Diese hat eine an sozialen und instrumentellen Fähigkeiten reiche Individualität zum Ziel. Die Frage lautet: Welchen Beitrag kann das an Marx orientierte Denken für die Formulierung eines Theorie-Fundaments linker Wirtschaftspolitik leisten? Zweitens: Die Frage nach dem Sinn und der Funktion von Wirtschaft sowie nach ethischen Maßstäben zur Beurteilung von Wirtschaft(spolitik) geht bei Keynes-AnhängerInnen aller Couleur verloren. In der Regel wird auch un hinterfragt ein wirtschaftlicher Mangel unterstellt. Keynes aber meint in seinem berühmten Essay „Wirtschaftliche Möglichkeiten für unsere Enkelkinder“, veröffentlicht im Jahr 1930, dass „die Menschheit dabei ist, ihr wirtschaftliches Problem zu lösen“. Nach hundert Jahren würden wir im Überfluss leben. Die „absoluten Bedürfnisse“ aller Menschen wären mit minimalstem Arbeitszeiteinsatz zu befriedigen (Diese unterscheidet Keynes von positionalen Bedürfnissen, die das Verlangen nach Überlegenheit gegenüber anderen Menschen befriedigen). Das Problem: „Zum ersten Mal [...] wird der Mensch damit vor seine wirkliche, seine beständige Aufgabe gestellt sein – wie seine Freiheit von drückenden wirtschaftlichen Sorgen zu verwenden, wie seine Frei-

zeit auszufüllen ist“. Mit einer technischen Lösung, der Arbeitszeitverkürzung („Drei-Stunden-Schichten oder einer Fünfzehn-Stunden-Woche“), könne das Problem zwar eine Weile hinausgeschoben werden, das kulturelle Problem bleibt aber bestehen. Dies könne nur von solchen Menschen gemeistert werden, „die [...] eine höhere Perfektion der Lebenskunst kultivieren, sich nicht für die bloßen Mittel des Lebens verkaufen, die in der Lage sein werden, den Überfluss zu genießen

usw. seien nützliche, aber „widerliche“ Mittel zur Lösung der wirtschaftlichen Aufgabe: die Sicherung der Befriedigung der grundlegenden Bedürfnisse aller Menschen. Die Lösung der wirtschaftlichen Aufgabe ist die Voraussetzung für das eigentliche Ziel: eine gute Gesellschaft und wirtschaftliche Aktivitäten von Menschen, die die Bedürfnisse der anderen Menschen im Blick haben. „Denn es wird vernünftig bleiben, wirtschaftlich zielgerichtet für andere zu handeln, nachdem es für einen selbst

vollsten hergestellt, verteilt und ge- oder verbraucht werden“. Keynesianismus aller Couleur verfehlt das „Ganze der Wirtschaft“ (Adelheid Biesecker), weil er nur Marktwirtschaft bzw. marktförmige Arbeit, also Erwerbs-/Lohnarbeit, als wirtschaftliche Aktivität kennt. Die linke feministische Kritik lautet: Unbezahlte, nicht marktförmige ökonomische Aktivitäten zur Befriedigung von Bedürfnissen, zur Lebenserhaltung und Sicherung der Lebensqualität, werden vollkommen ausgeblendet – Erziehungs- und Sorgearbeit sowie Eigenarbeit in Familie, Nachbarschaft und Gemeinschaft, bürgerschaftliches Engagement als politische und sozial-integrative Tätigkeit. Die hauptsächlich von Frauen geleisteten unbezahlten Erziehungs- und Sorgearbeiten bilden nach Auffassung linker FeministInnen das ökonomische Fundament der Gesellschaft, weil sie in fundamentaler Weise (qualitativ als auch quantitativ) der Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse dienen. Sie werden allerdings kostenlos von allen MarktteilnehmerInnen angeeignet. Die Frage lautet: Welchen Beitrag kann die linke feministische Kritik an patriarchalen Wirtschaftstheorien und -politiken für die Formulierung eines Theorie-Fundaments linker Wirtschaftspolitik leisten?

Meine Thesen sind: Ein Theorie-Fundament linker Wirtschaftspolitik kann nicht auf eine linke Beantwortung der Demokratiefrage, auf die Erwerbs-/Lohnarbeitskritik von Marx, auf Keynes Thesen vom Überfluss, vom abgesicherten Genug für alle und auf Keynes Wirtschaftsethik, sowie auf die linke feministische Kritik an patriarchalen Wirtschaftstheorien verzichten. Eine Marktregulationstheorie gibt kein Theorie-Fundament, keine Basis linker Wirtschaftspolitik ab. *Ronald Blaschke*



[...]“ Außerdem wären ethische Werte und Zwecke wieder zu entdecken: „Wir werden die Zwecke wieder höher werten als die Mittel und das Gute dem Nützlichen vorziehen“. Mit dem aufkommenden Überfluss gäbe es die Freiheit, „uns aller Arten von gesellschaftlichen Gewohnheiten und wirtschaftlichen Mächtigkeiten zu entledigen, die die Verteilung des Reichtums und der wirtschaftlichen Belohnungen und Strafen betreffen, und die wir [...], so widerlich und ungerecht sie auch sein mögen, mit allen Mitteln aufrechterhalten, weil sie ungeheuer nützlich für die Förderung der Kapitalakkumulation sind“. Die herrschenden Wachstums-, Leistungs- und Konsumideologien, die positionalen Triebe und Bedürfnisse

aufgehört hat, vernünftig zu sein“. Die Frage lautet: Welchen Beitrag können die Thesen vom Überfluss, vom abgesicherten Genug für alle sowie die ethische Bewertung von wirtschaftlichem Handeln und von Wirtschaft(spolitik) für die Formulierung eines Theorie-Fundaments linker Wirtschaftspolitik leisten?

Drittens: Keynesianer, linke wie rechte, haben wie Keynes einen sehr einseitigen Wirtschaftsbegriff. In Lehrbüchern wird definiert: „Wirtschaften ist eine gesellschaftliche Veranstaltung zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse der Lebenserhaltung und der Lebensqualität“. Oder: „Es ist Aufgabe der Wirtschaftslehre zu untersuchen, wie die Mittel zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse am sinn-

Wir müssen über Geld reden! – Strukturdebatte startet

Die Strukturdebatte für die folgenden Jahre ist eröffnet. Vor allem mit Blick auf die Finanzen unseres Landesverbandes gibt es viel Beratungs- und Entscheidungsbedarf. Ich lade hiermit alle interessierten GenossInnen zu folgenden Terminen ein:

16.02.16, 18:00 Uhr, Haus der Begegnung, Dresden
Grundsätzliche Finanzierung des Landesverbandes und der

Kreisverbände (Aufteilungsverhältnis oder vollkommen neue Finanzierungsregelung)

23.02.16, 18:00 Uhr, Haus der Begegnung, Dresden
Finanzierung der Geschäftsstellen; gegenseitige Unterstützung von Stadt- und Kreisverbänden

08.03.16, 18:00 Uhr, Haus der Begegnung, Dresden
Finanzierung und Struktur

der Landesweite Zusammenschlüsse

15.03.16, 18:00 Uhr, Haus der Begegnung, Dresden
Finanzierung der jeweiligen Gremien und Beratungen der Landespartei (Landesvorstand, Landesrat, LandessenorInnenkonferenz, Landesparteitage ...)

22.03.16, 18:00 Uhr, Haus der Begegnung, Dresden

Diskussion zu den Einnahmen (Mitgliedsbeiträge, Spenden, weitere Einnahmen), Mitgliedererwerb

29.03.16, 18:00 Uhr, Haus der Begegnung, Dresden
Kommunikation + Zeitungen + Fahrtkostenerstattungen

05.04.16, 18:00 Uhr, Haus der Begegnung, Dresden
Verhältnis von Landtagsfraktion und Partei; Mandatsträger-

beiträge; Wahlkampfkosten

12.04.16, 18:00 Uhr, Haus der Begegnung, Dresden
Personalkosten

Bernd Spolwig

*Landesschatzmeister
DIE LINKE.Sachsen*

0351-8532727

Bernd.Spolwig@dielinke-sachsen.de

Verbrechen gegen die Menschlichkeit an Kurden in der Türkei

LAG-Gründung am 12. März

In der Stadt Cizîr (Cizre), das zu der türkischen Provinz Şîrnex (Şîrnak) gehört, kam es am 22. Januar zu einem gezielten Angriff mit Mörsergranaten auf ein Wohngebäude, in dem sich ausschließlich ZivilistInnen befunden haben. Durch dem Angriff wurden 19 der insgesamt 28 Personen schwer verletzt. Diese Personen befinden sich seither im Keller des Gebäudes. Sechs Opfer sind mittlerweile an ihren Verletzungen verstorben, weil türkische Sicherheitskräfte seit dem Angriff die medizinische Versorgung verhindern. Medizinisches Personal sowie Krankenwagen werden nicht durchgelassen. Es kann weiterhin weder jemand das Gebäude verlassen, noch kann sich jemand dem Gebäude nähern, weil die Umgebung von Scharfschützen umstellt ist, die auf jeden schießen. Die Opfer leiden akut an Wassermangel und Nahrungsknappheit. Die Stromleitungen sind gekappt.

Der Versuch der Kommunalverwaltung von Cizîr, einen Krankenwagen zu den Verletzten zu schicken, scheiterte daran, dass türkische Sicherheitskräfte diesen an der Weiterfahrt hinderten. Das medizinische Personal wurde festgenommen und in die örtliche Polizeistation gebracht, später aber wieder freigelassen. Die Angriffe auf das Gebäude halten an. Das Gebäude ist von mehreren gepanzerten Fahrzeugen umzingelt und wird in bestimmten Abständen unter schweren Maschinengewehrbeschuss genommen. Der HDP-Abgeordnete der

Provinz Şîrnex (Şîrnak), Faysal Sariyıldız, teilte die SMS-Nachrichten, die er von der Gruppe, die im Gebäude eingeschlossen ist, erhält, über seinen Twitter-Account. Darin heißt es unter anderem, dass das Wasser seit zwei Tagen so gut wie ausgegangen sei. „Ein Freund, dessen einer Arm noch unverletzt ist, hat mit

staatlichen Kräfte gehindert. Unterdessen befinden sich die HDP-Abgeordneten Osman Baydemir, Meral Daniş Beştaş und İdris Baluken mit der Forderung nach einem Ende der Belagerung des Wohnhauses seit drei Tagen im Gebäude des türkischen Innenministeriums im Hungerstreik. Seit der Belagerungen der kur-

te der Betroffenen einen Antrag an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte und bekamen Recht. Der Gerichtshof mahnte in diesem Zusammenhang die Türkei, dass sie ihrer Pflicht nachkommen muss, den eigenen StaatsbürgerInnen Schutz zu gewähren. Eine Delegation der Demokratischen Partei der Völker (HDP)

dass die Menschen von Cizîr sich nicht ergeben werden, führt die AKP einen Krieg gegen jegliche Prinzipien in der Region durch und wird laut Erklärung der AKP auch wegen humanitärer Prinzipien nicht Halt machen“. Sariyıldız sagte ferner: „Eines Tages werden sich die AKP, die türkischen Sicherheitskräfte und das Para-



einem Schraubenzieher das Wasserdepot im Keller aufgeschraubt, wo wir etwa einen Liter Wasser auffinden konnten. Mit diesem Wasser feuchten wir unsere Lippen an. Alle wimmern, keiner kann mehr reden“. Die Fraktion der HDP (Demokratische Partei der Völker) hat versucht, die Regierung durch Gespräche dazu zu bewegen, die Verwundeten in Cizîr medizinisch zu behandeln. Obwohl der türkische Ministerpräsident Davutoğlu erklärt hat, man würde die Menschen behandeln, ist noch nichts geschehen. Krankenfahrzeuge werden weiterhin durch die

dischen Städte im Südosten der Türkei/Kurdistans sind zahlreiche ZivilistInnen (vor allem Kinder, Frauen, ältere Menschen und Jugendliche) getötet worden. Mehr als 200.000 Menschen sind innerhalb der Region auf der Flucht vor dem Staatsterror der Türkei. Bezirke der Städte sind zerstört und jegliche Grundversorgung wie Strom, Wasser und Nahrungsmitteln werden aufgrund der Belagerungen nicht durchgelassen. Städte wie u. a. Sûr in Amed (tr. Diyarbakir), die unter dem Schutz des UNESCO-Weltkulturerbe stehen, sind komplett niedergebombt. Inzwischen stellten die Anwäl-

traf sich aufgrund dieses Notzustandes mit Vertretern des türkischen Innenministeriums. HDP-Abgeordneter Faysal Sariyıldız äußerte vor Ort, dass der Delegation versichert worden sei, dass die Verwundeten das Gebäude verlassen dürfen, woran sich der türkische Staat aber bis jetzt nicht hält. Der Gouverneur von Şîrnex (tr. Şîrnak) erklärte, dass niemand nur in die Nähe der Verletzten gelangen könnte. Nach dieser Äußerung intensivierten sich die Angriffe auf das Viertel, in dem die türkische AKP-Regierung die Bevölkerung von Cizîr in die Knie zwingen wollte. „Nachdem sie gesehen hat,

militär vor Menschenrechtsgerichten zu diesen Verbrechen gegen die Menschlichkeit verantworten müssen“. Aus diesen Gründen wollen wir eine Arbeitsgemeinschaft mit der sächsischen LINKEN aufbauen, da man politische Lösungen nur mit politischen Beziehungen und vor allem auch durch die Vielfalt der Herkunft und Erfahrungen finden kann. Das erste Treffen findet am 12. März um 16 Uhr im Gewerkschaftshaus am Schützenplatz in Dresden statt. Weitere Auskünfte erteilt der Landtagsabgeordnete Mirko Schultze.
Fatma Karahan

Jeder Tag ein Frauentag!

Auch 2016 beteiligen wir uns als LINKE in Sachsen an Aktionen rund um den Internationalen Frauentag am 8. März. Deshalb möchte ich euch ein paar Informationen geben. Neben öffentlichkeitswirksamen Aktionen in den Kreis- und Stadtverbänden wird das Aktionspaket in Form von Informationsmaterialien wieder zur Verfügung stehen. Es beinhaltet Infomaterial zum Thema: 365 Tage – Jeder Tag ein Frauentag! Dazu gehören Postkarten, Handzettel, Flyer, eine Musterpressemittteilung, Banderolen und ein Anzeigenlayout zum Thema Frauenrechte und Gleichstellung. Die Materialien stehen euch für Aktionen rund um den Frauentag zur Verfügung und können über Robert Wünsche in der Landes-

geschäftsstelle bestellt werden. Die Kosten für den Druck und die Fertigung müssen allerdings selbst getragen werden. Alle Bestellungen müssen bis zum 23. Februar erfolgen. Nur so können die Materialien rechtzeitig bei euch sein. Solltet ihr noch Unterstützung oder Informationen zu geplanten Aktionen oder bei euren Vorhaben benötigen, könnt ihr euch gern bei mir melden! Des Weiteren möchte ich euch über die Aktionen unserer Bundespartei informieren. Unter dem Motto „Frauen ohne Grenzen – für das Recht auf Bewegungsfreiheit für Alle“ findet vom 5.-6. März 2016 im GLS Campus Berlin, Kastanienallee 82, 10435 Berlin, die Bundesfrauenkonferenz der LINKEN statt. Im

Mittelpunkt stehen das Thema Flucht/geschlechtsspezifische Flucht und die Kampagne „Das muss drin sein!“ zum Themenschwerpunkt Gesundheit und Pflege. Unsere Europaabgeordnete Cornelia Ernst wird ebenfalls in einem Workshop vertreten sein. Die Anmeldung und weitere Informationen findet ihr unter www.gleft.de/195. Am 4. März, findet zudem die Verleihung des Clara-Zetkin-Preises der LINKEN statt. Natürlich gibt es auch in Sachsen verschiedene Aktionen. So wird in Dresden am Nachmittag des 8. März eine Demonstration des Bündnisses für Frauenrechte stattfinden. Zudem wird es über die jeweiligen Gruppen der LAG LISA Veranstaltungen geben, u.a. ei-

ne Straßenaktion in Chemnitz und eine Fachkonferenz zum Thema Gewalt gegen Frauen, die gemeinsam mit feministischen Akteur_innen des dortigen Frauenbündnisses und internationalen Gästen stattfindet. Zudem wird in Leipzig auch dieses Jahr wieder zum Frauenkampftag mit Demonstration aufgerufen. Als emanzipatorische Partei streiten wir für tatsächliche Geschlechtergerechtigkeit. Doch gerade jetzt erleben wir auf allen Ebenen einen konservativen Roll-Back, gekoppelt an den Versuch, Erträgliches rückgängig zu machen. Deshalb ist es von besonderer Bedeutung, sich unablässig öffentlichkeitswirksam und deutlich zu Frauenrechten zu bekennen und unsere

Forderungen im Kampf für die Gleichheit der Geschlechter am Internationalen Frauentag, und darüber hinaus an jedem Tag, deutlich nach außen tragen. Zugleich sollte uns der Internationale Frauentag Anlass sein, uns bei allen Streiter_innen für Frauen- und Freiheitsrechte für ihre wertvolle Arbeit zu bedanken und diese wertzuschätzen. Darüber hinaus stehen weitere Termine an: die Aktion zu One Billion Rising am 14. Februar, der Equal Pay Day am 19. März sowie der Girls Day am 28. April. An diesen Tagen und darüber hinaus gilt für uns: Jeder Tag muss ein Frauentag sein! Also packen wir's an! Ich freue mich darauf und hoffe, dass es euch ebenso geht.
Anja Eichhorn

Wahl des Bundessprecher*innenrates der AG Betrieb und Gewerkschaft

Schwerpunkt der Bundesdelegiertenkonferenz der Arbeitsgemeinschaft Betrieb und Gewerkschaft am 31. Oktober bis 1. November 2015 in Berlin waren die Neuwahlen des Bundessprecher*innenrates. Nachdem vor einem Jahr Sven Scheidemantel (Sachsen) seinen Rücktritt erklärt hatte, vor einem halben Jahr bereits Gerald Kemski (Hamburg), Ursula Weisser-Roelle (Braunschweig) und Gertrud Moll (Stuttgart) wegen ihres (bevorstehenden) Einstieges in die Rente ihren Rückzug angekündigt, und Sabine Wils (Hamburg) am Samstag überraschend den Rückzug ihrer Kandidatur bekannt gab, standen spannende Wahlgänge an. Im Frauenwahlgang wurden bei vier Kandidatinnen in der Reihenfolge der Ergebnis gewählt: Marianne Küng-Vildebrand (Ver.di, Leipzig), Cornelia Barth (GEW, Bremen), Äne Geltner (IG BCE, Hamburg) und Gabriele Ungers (Ver.di, Saarbrücken).

Im gemischten Wahlgang wurden in der Reihenfolge der Ergebnisse gewählt: Jochen Dürr (Ver.di, Schwäbisch Hall), Flo-

rian Witte (EVG, Berlin), Jan Richter (Ver.di, Berlin) und Nico Limprecht (IG Metall, Hammeln).

Nach den Wahlen gab es sehr

und hat die AG immer vorange- trieben. Sein Rückzug reißt eine große Lücke. Er hat aber seit vielen Jahren dafür gekämpft, das jetzt junge Genoss*innen

paparlamentes der BAG zuarbeitete und viele Anfragen zu gewerkschaftlichen Themen im Parlament mit uns vorantrieb. Gertrud Moll aus Stuttgart (IG

Wir danken auch Ursula Weisser-Roelle aus Braunschweig (IG Metall) für ihre Impulse im Bundessprecher*innen und Benedikt Frank aus Köln (Ver.di), der nicht mehr gewählt wurde, für seine internationalen Impulse.

Nominiert als unsere Vertreter*innen für den Bundesausschuss wurden mit größter Zustimmung Barbara Borchardt (Mecklenburg-Vorpommern) und Bernd Tenbensen (NRW). Nils Boehlke (NRW) kandidierte nicht mehr; wir danken Nils für sein großes Engagement in unserem Sinne.

Letzte Wahlen gab es schließlich für die sechs Delegiertenmandate der AG b&g für die Bundesparteitag der nächsten beiden Jahre: Gewählt wurden Barbara Borchardt (Mecklenburg-Vorpommern), Katharina Kaupp (Baden-Württemberg), Diana Theil (Sachsen-Anhalt), Nils Boehlke (NRW), Jochen Dürr (Baden-Württemberg) und Murat Günes (Hamburg). Ersatzdelegierte sind Äne Geltner (Hamburg), Kersten Artus (Hamburg) und Florian Witte (Berlin).

Marianne Küng-Vildebrandt



bewegende Verabschiedungen: Gerald Kemski gehörte fast 25 Jahre lang der AG Betrieb & Gewerkschaft im Bundessprecher*innenrat an

in unser BAG aktiv sind! Genau so bewegend verabschiedeten wir Sabine Wils, die über einen langen Zeitraum vor allem in ihrer Zeit als Mitglied des Euro-

Metall) danken wir vor allem für ihre Mitarbeit im Netzwerk der Gewerkschafts-Linken, wo sie sehr zielstrebig unsere Themen/Positionen einbrachte.

1. Tagung der 18. Bundeskonferenz der KPF in Berlin

Ich komme aus einem kleinen Dorf bei Riesa. Seit einem halben Jahr bin ich Mitglied der LINKEN. Trotzdem beschäftige ich mich schon seit langen mit den inhaltlichen Schwerpunkten und Personen der Partei, vor allem mit der Arbeit der kommunistischen Plattform, in die ich aufgrund meiner Überzeugung auch eige-

treten bin. In diese Richtung zu gehen, Partei zu ergreifen und gleichgesinnte Genossinnen und Genossen kennenzulernen, sie in ihrem Kampf zu unterstützen, waren Gründe, aber auch private Erlebnisse und mein tiefer Wunsch, dieses unmenschliche, heuchlerische System zu beseitigen. Von der KPF-Gruppe in Chem-

nitz wurde ich als Delegierte gewählt, um an der KPF-Bundeskonferenz teilzunehmen. So ging es für mich nach Berlin, nach Jahrzehnten. Im Gebäude des „neuen deutschland“ begann pünktlich um 10 Uhr die Tagung. Aus dem gesamten Bundesgebiet waren Genossinnen und Genossen mit ihren Berichten und Referaten gekommen. Eröffnet wurde die Tagung mit der Wahl des Gremiums und des Bundessprechers. Zunächst verlas Wulf Kleus, Bundessprecher der KPF, den Bericht des Bundessprecherrates. Ellen Brombacher, Bundessprecherin der KPF, hielt ihren Bericht zum Thema „Der Bundeswahlkampf und die Friedensfrage“. Dabei ging es um die Bewahrung der friedenspolitischen Grundsätze der Linken und eine Regierungsbeteiligung, bei der DIE LINKE Gefahr läuft, einer „Strategie des kalkulierten Umfallens“ zum Opfer zu fallen.

Weiter wurden im „Beschluss der Bundeskonferenz der kommunistischen Plattform“ die Arbeitsschwerpunkte der KPF beschlossen. Neben Ellen und Wulf kamen viele Delegierte zu Wort. Trotz der langen Dauer war mein Interesse

ungeteilt und ich war sehr beeindruckt von der Energie und Überzeugung vieler GenossInnen. Für mich völliges Neuland, kämpfen die meisten Genossen schon viele Jahre in den Reihen der Partei. Um 17 Uhr endete die Tagung mit der einstimmigen Annahme des Beschlusses der Bundeskonferenz. Zum Schluss erhoben sich alle Genossinnen und Genossen und wir sangen gemeinsam die Internationale. Für mich war es ein beeindruckendes Erlebnis, als Delegierte dabei gewesen zu sein. Dank der KPF-Gruppe in Chemnitz!

Katrin Jakulat

GEGEN KRIEG UND FASCHISTEN!

In eigener Sache: Gedenkstätte Ernst Thälmann in Hamburg unterstützen!

Die Gedenkstätte wird ausschließlich ehrenamtlich betrieben. Sie erhält keine Zuschüsse von Bund, Ländern oder Kommunen. Aber der Betrieb der Gedenkstätte ist nicht kostenlos. Zur dauerhaften Sicherung dieser in Deutschland einzigartigen

Einrichtung braucht die Gedenkstätte Förderer, die den Verein zum Erhalt der Gedenkstätte unterstützen. Informationen über die Gedenkstätte, ihre Geschichte und ihre Positionen, Fotos und Veranstaltungshinweise gibt es unter www.gedenkstaette-ernst-thaelmann.de. Adresse: Förderverein zum Erhalt der Gedenkstätte Ernst Thälmann e.V., Tarpenbekstrasse 66, 20251 Hamburg.



Bundesarchiv, Bild 102-12940 / CC-BY-SA 3.0

Am 27. Februar 2016 feiern wir den **85. Geburtstag** von **Gustav-Adolf »Täve« Schur**.

Die Feier im Sportzentrum Kleinmühlungen beginnt um 14:00 Uhr und endet 18:00 Uhr.

Gäste sind herzlich willkommen.



Radsportmuseum Course de la Paix

Radsportmuseum „Course de la Paix“, Grabenstraße 20, 39221 Bördeland OT Kleinmühlungen
Tel.: 039291465570 – Fax: 039291465571 – mail: info@radsportmuseum.de

Der Extremist ist raus!

Peer Pasternack analysiert bei Jour fixe die Abwicklung der DDR-Wissenschaft vor 25 Jahren

Bewegende Themen oder namhafte Referenten bescherten Jour fixe, dem von Klaus Kinner und Manfred Neuhaus vor Jahresfrist gegründeten „unkonventionellen Gesprächskreis“ an der Leipziger Dependence der Rosa-Luxemburg Stiftung Sachsen, stets die höchsten Teilnehmerzahlen. Für das zehnte Diskussionsforum am 17. Dezember 2015 traf beides zu: Zur Debatte stand der komplexe Transformationsprozess inklusive „Abwicklung“ vor 25 Jahren an ostdeutschen Hochschulen. Die Vorlage lieferte mit Peer Pasternack kein Geringerer als der legendäre Sprecher des Studentenrats an der Karl-Marx-Universität Leipzig (KMU) und heutige Direktor des Instituts für Hochschulforschung (HoF) Halle. So reichten die Stühle für die Besucher, darunter Emeriti und Absolventen der KMU, nicht aus. Manfred Neuhaus erinnerte einleitend an die inzwischen historischen Ereignisse vom Dezember 1990, da streikende Studenten die Rektoratsetage am Augustusplatz besetzt und von der Universitätsleitung gefordert hatten, gegen den Abwicklungsbeschluss der Landesregierung zu klagen, für eine wissenschaft-

liche Selbstüberprüfung in allen Bereichen und eine demokratische Umgestaltung der Universität einzutreten. Pasternacks Rolle in jenen Tagen illustrierte der Historiker vermöge einer Anekdote: Am 13. Dezember 1990 hatten rund 2000 Studenten und Mitarbeiter sächsischer Hochschulen vor dem Sächsischen Landtag in Dresden gegen die Abwicklungspläne protestiert. Dem Studentensprecher war es endlich gelungen, die Forderungen der angereisten Abgesandten aus Leipzig und Meißen am Rednerpult des Parlaments vorzutragen. Als er geendet hatte, rief Matthias Rößler jene seiner Parteifreunde in den Saal zurück, die Pasternack boykottiert hatten:

„Die CDU kann wieder reinkommen, der Extremist ist raus!“

25 Jahre später interpretiert der einstige „Barrikadenkämpfer“ gegen das Kahlschlagkonzept – in der Geschichte des geistig-kulturellen Lebens nicht nur in Sachsen ohne Beispiel – den radikalen Angleichungsprozess an das westdeutsche Wissenschaftssystem. Als Hochschulforscher, der auf zahlreiche empirische Untersuchungen und Publikationen zum Thema verweisen kann, nimmt er einen anderen Blickwinkel als den des früheren Akteurs ein.

„Heute spreche ich aus der Perspektive eines Analytikers, der sich um eine objektivierte Darstellung zu bemühen hat.“ Folglich manifestiert sich sein Vortrag als sachlich-faktische Dokumentation und Bewertung der Ereignisse ohne größere emotionale Schwüngen. Allgemeine Entwicklungen in der ostdeutschen Hochschullandschaft macht er an Spezifika der Alma Mater Lipsiensis und der Berliner Humboldt-Uni fest. Erkenntnisgewinn erwächst auch für mit der Materie vertraute Hörer immer dort, wo sich ihnen bekannte Tatsachen im Ergebnis systematischer und ganzheitlicher Beleuchtung durch die einschlägige Hochschulforschung neu bewerten lassen. Pasternack erklärt, dass der ostdeutsche Wissenschaftsumbau zur Anpassung an das normsetzende westdeutsche Muster unter vielen Schwächen litt. So kennzeichnet er die Abwicklungen 1990/91 als einen individualisierten Vorgang. Bloße Mitgliedschaft in einem aus westdeutscher Sicht politisch problematischen oder sachlich überflüssigen Institut bedeutete als Kollektivmerkmal das berufliche Aus für den Einzelnen. Personalkommissionen entschieden über die Zumutbarkeit weiteren universitären Wirkens. Die Beurteilung ihrer biografischen Vergangenheit bildete den Maßstab über die Eignung auch der verdienstvollsten ostdeutschen Wissenschaftler für den Öffentlichen Dienst der Bundesrepublik Deutschland. Der Hochschulforscher beklagt, dass der Personal- und -abbau viele ostdeutsche Professoren zugunsten westdeutscher Kollegen ihrer Lehrstühle und noch mehr Vertreter des wissenschaftlichen Mittelbaus ihrer akademischen Zukunft beraubte. Das habe für die Naturwissenschaften aber weniger gegolten. Als Plus des Transformationsprozesses bewertet er freien Studienzugang, neugegründete Hochschulen und wiederbelebte Fächer. In der Diskussion billigen, ergänzen, korrigieren, widersprechen ein Dutzend Redner Pasternacks Ausführungen. Jetzt kochen auch Emotionen der von der „Abwicklung“ Betroffenen hoch. Der letzte DDR-Rektor der KMU, Horst Henning (Chemiker), wendet angesichts tragischer Schicksale ausgewiesener und dennoch abgewickelter Wissenschaftler ein, man müsse „auch schärfer formulieren“.

In Arno Hechts Büchern würde das Thema bislang am gültigsten reflektiert. Vielleicht werde der willkürliche Transformationsprozess in hundert Jahren wahrheitsgemäß bewertet. Die Annahme, die Abwicklung habe Naturwissenschaftler weniger getroffen, sei ein Fehlschluss. Wie der Altrektor an Beispielen veranschaulicht, sei es in der Medizin besonders rigide zugegangen, „weil dort die größten Pfründe zu holen waren“. Scharf kritisiert Horst Henning das aktuelle Desaster um das Rektoramt. „600 Jahre hat die Uni ihre Rektoren aus dem Kreis ihrer Professoren gewählt. Heute erleben wir einen Eingriff in die Hochschulautonomie“. Cornelius Weiss,

Fachminister Meyer zurückgeschickt“.

„Ich habe sie an Fachminister Meyer zurückgeschickt“

Monika Runge, langjährige Landtagsabgeordnete, ergänzt, die „schwarzen Listen“ mit annähernd 1000 Namen kursierten sogar international, „auch in den USA“. So hätten zum Beispiel sächsische Mediziner im Ruhestand keine Chance gehabt, weiter zu lehren und zu forschen. Mit Selbstvorwürfen plagt sich der Historiker Klaus-Peter Matschke. „Die Abwicklungen machen mir noch heute zu schaffen. Ich bedauere, dass wir vor allem für unsere jun-



erster Nachwende-Rektor der Uni Leipzig, leitet sein Statement mit diesen an Pasternack gerichteten Worten ein:

„Ich kann mir mehr Emotionalität erlauben als Sie“

Den Personalkommissionen wirft der Chemiker vor, oft den Rechtsgrundsatz der Verhältnismäßigkeit verletzt zu haben. Als Rektor habe er Einsicht in „schwarze Listen“ der Landesregierung gehabt. Sie hätten namentliche Vorgaben für Einzelfallprüfungen ostdeutscher Wissenschaftler, aber auch für vernichtende Pauschalbeurteilungen enthalten. „Ich habe sie an

gen Kollegen des Mittelbaus nicht mehr getan haben“. Roland Wötzel berichtet, dass seine Rechtsanwalts-Kanzlei Prozesse, in denen wissenschaftliche Begründungen für die Kündigung von Wissenschaftlern fehlten, erstinstanzlich meist gewonnen habe. „Die sächsische Staatsregierung legte dann Berufung ein, und das Oberlandesgericht kassierte etwa die Hälfte der rechtsstaatlich gefällten Urteile“. Peer Pasternack dankt am Ende den in diesem Bericht genannten und ungenannten Debattanten. „Ergänzungen und Details sprechen für sich, auch in der Kontrastierung.“ Wulf Skaun



Plauen – Freiräume im braunen Hinterland

Auch in der vogtländischen Stadt greifen rassistische Mobilisierungen um sich

2015 dachte man in Plauen noch, man bleibe von den krassen sächsischen Zuständen, wie in Freital und Co., verschont. Zwar gab es auch zuvor rassistische Mobilisierungen von NPD und Co., jedoch blieben die TeilnehmerInnenzahlen stets im Keller. Im Februar 2014 starb Ahmed J. im Plauener Asylbewerberheim in der Kasernenstraße – wegen unterlassener Hilfeleistung eines Wachmanns und mangelnder medizinischer Versorgung. Ebenfalls häuften sich 2014 die Angriffe auf Geflüchtete. Auch 2015 wurde von zwölf rassistisch motivierten Übergriffen auf Asylsuchende und deren Unterkünfte begleitet. Neben lange bekannten rechten Gruppierungen bauten sich Neonazis von der neu gegründeten neofaschistischen Partei „Der Dritte Weg“ einen neuen „Stützpunkt“ in und um Plauen auf. Diese Partei soll als ein Sammelbecken für Nazis aus ehemaligen freien Kameradschaften und frustrierte NPD-Mitglieder dienen und präsentiert sich inhaltlich mit

einem völkischen Antikapitalismus und einem Bekenntnis zum Nationalsozialismus. Im September standen sie mit 200 Personen vor dem Asylbewerberheim in der Kasernenstraße in Plauen. Doch der hohe Zuspruch blieb da-

„Wir sind Deutschland“ (WsD) schimpft. In kürzester Zeit versammelten sich 2.000, 5.000, 7.000 und sogar noch mehr Menschen aus Plauen und dem Umland. Das Grundsatzprogramm von WsD lieferte von

chentlich die „Angst vor der Überfremdung“, ihren Nationalismus und reproduzierten Ressentiments gegenüber Geflüchteten. Doch es kam noch schlimmer. Im Oktober nutzte die Rappergruppe „Die Bandbreite“, welche die antisemiti-

RassistInnen und Neonazis. Mittlerweile gehört auch Andreas Müller zum WsD-Team und prahlt in öffentlichen Diskussionsrunden mit seiner „Erfahrung mit Asylanten“. Müller war in der Nacht, als Ahmed starb, Wachmann in der Kasernenstraße. Es ist einfach nur eine Schande, wie am Ende alles zusammenkommt. Ein Schlag ins Gesicht für alle AntifaschistInnen in Plauen ist es zudem, dass der Plauer OB Ralf Oberdorfer die Protestbewegung begrüßt und sie für ein Paradebeispiel der Demokratie und Meinungsfreiheit hält. Doch gibt es eigentlich auch noch Gutes an Plauen? Zum Glück ja! Seit fast 22 Jahren besteht in Plauen das selbstverwaltete alternative Hausprojekt „Projekt Schuldenberg“. Hier treffen sich wöchentlich immer mehr junge Menschen, die keinen Bock auf die Gesamtscheiße haben. Zusätzlich entsteht momentan ein zweites Hausprojekt. „la gata negra“ soll es heißen und noch mehr Freiräume schaffen. Es bleibt dabei: Alternative Freiräume schaffen und stärken – Nazis stoppen! Es gibt kein ruhiges Hinterland!

Paul Gruber



nach aus. Mittlerweile kommen zu den Kundgebungen dieser Kleinstpartei nur noch 40 RassistInnen. Das liegt jedoch kein bisschen an einem Stimmungswandel im Vogtland, sondern daran, dass sich parallel dazu eine Protestbewegung gebildet hat, die sich

Anfang an kaum Angriffspunkte, sodass selbst die lokale Presse in den ersten Wochen keine Vergleiche mit Pegida in Dresden ziehen wollte. Das wäre jedoch seit der ersten Kundgebung angebracht gewesen. Die RednerInnen auf der Bühne propagierten wö-

rsche PEGADA-Bewegung unterstützt, die Plauerer Bühne von WsD für ihre wirren Texte. Im November durfte Ken Jebson vor Tausenden auf der Plauerer Bahnhofstraße ans Mikrofon. WsD wurde zu einer Versammlung von Verschwörungsnazis, AntisemitInnen,

Strategiekonferenz von Dresden Nazifrei

Am 15. und 16. Januar fand im Dresdner TU-Hörsaalzentrum die „Konferenz der Dresdner Zivilgesellschaft zum Thema: PEGIDA“ statt. Ausgerichtet wurde diese Konferenz vom Bündnis „Nazifrei! Dresden stellt sich quer“, den meisten besser als Dresden Nazifrei bekannt. Die Konferenz startete am Freitag mit zwei spannenden Eingangsvorträgen zum Thema „Gegenproteste – Eine Bestandsaufnahme“ und einer ethnologischen Analyse mit anschließender Diskussionsrunde. Dabei erschienen am Freitagabend über 150 Teilnehmer_innen. Am Samstag wurden in 13 Doppel-Workshops vormittags verschiedene Problemstellungen analysiert und nachmittags

versucht, Lösungsansätze zu finden. Die Workshops sollten dabei verschiedene Bereiche der Zivilgesellschaft ansprechen. Dabei wurden Workshops zu den Themen Kunst und Kultur, Bildung, Journalismus sowie zur „richtigen“ Art von Protestkultur durchgeführt. Die Teilnehmer_innenzahl blieb leider unter den Erwartungen und den eigentlichen Anmeldungen. Von über 200 angemeldeten waren nur 100 Menschen anwesend. Während der Pausen wurden die Workshop-Ergebnisse im Foyer ausgestellt, konnten diskutiert oder aber die Zeit zur Vernetzung genutzt werden. Dabei wurde deutlich, dass viele Menschen ein großes Bedürfnis zum Austausch haben.

Am Samstagabend folgten die Vorstellung der jeweiligen Workshopergebnisse und die Diskussion im großen Plenum. Dabei wurden verschiedene Probleme deutlich. Zum einen muss ganz klar gesagt werden, dass es an neuen Ideen mangelt und nicht von heute auf morgen eine „Zauberformel“ gegen PEGIDA gefunden werden kann. Zum anderen liegt der Fokus bei vielen Diskussionen auf Dresden bzw. Sachsen, anstatt den Rechtsruck deutschlandweit bzw. europaweit zu betrachten. Besonders auffallend war, dass „zugezogene“ Menschen von der Einstellung Dresdner Aktivist_innen demotiviert werden, die als Lethargie oder auch teilweise schon als Kapitulation

charakterisiert werden kann – sei es in Bezug auf die „sächsischen Verhältnisse“ oder die geringe Anzahl von Protestierenden. Positiv hervorzuheben ist, dass sich die Menschen innerhalb der Workshops vernetzen und kleinere Projekte bereits ihren Ursprung finden konnten. Dabei sind auch witzige Ideen entstanden – wie der Vorschlag, eine Petition einzureichen, um Leipzig zur Landeshauptstadt zu machen. Auf Basis der Konferenz wird nun ein Reader mit den Ergebnissen der Workshops und der Plenumsdiskussionen erstellt. Die Konferenz hat sicherlich nicht das „Geheimmittel“ gegen PEGIDA entwickelt, jedoch für einige Menschen neue Sichtweisen und Hoff-

nung geschaffen, dass es anders weitergehen kann.

Franziska Fehst

Termine

13.02.2016:

Täterspurenmahngang, Dresden, Infos: www.dresden-nazifrei.com

20.02.2016, 12:00 Uhr:

Sitzung des Beauftragtenrates, Rosenplatz 4, Chemnitz

27./28.02.2016:

Landesjugendplenum in Dresden. Hallo ihr Lieben, wir veranstalten wieder mal ein Landesjugendplenum, um die Delegierten für den Bundeskongress im April zu wählen. Zudem wollen wir euch die Möglichkeit geben, die LAKs (Landesarbeitskreise) kennen zu lernen und ihnen wieder mit neuen Mitgliedern ihren alten Glanz zu verleihen :-) Start ist Samstag mit der Anmeldung ab 17 Uhr im Gewerkschaftshaus am Schützenplatz. Alle weiteren Infos erfahrt ihr auf unserer Homepage www.linksjugend-sachsen.de. Wir freuen uns auf euch!

We want you for Pfingstcamp-Orga

Wenn Du Lust hast, Dich an der Organisation zu beteiligen, sei es im Plenum, in einer der Arbeitsgruppen, beim Aufbau, oder wenn Du eine Aufgabe vor Ort übernehmen möchtest, sind wir hochofret. Wende Dich an pfingstcamp@linksjugend-sachsen.de



Cornelia Ernst: Happy new year?

Das neue Jahr hat gleich mit zwei Paukenschlägen begonnen. In der ersten Plenarsitzung im Januar war die polnische Premierministerin Szydlo im Parlament und begründete unter dem Beifall der konservativen Fraktionen, warum die Politik von PIS zur Gleichschaltung der Medien und des Verfassungsgerichtes völlig demokratisch und europäisch sei. Einen Tag später lehnten es Europäische Volkspartei (Bündnis christlich-demokratischer und christlich-konservativer Parteien im Europäischen Parlament, d. Red.) und S&D (Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament, d. Red.) ab, sich mit dem Ausfall Dänemarks gegenüber Flüchtlingen zu befassen. Die Wertsachen von Geflüchteten sollen künftig beschlagnahmt werden, um damit Hilfsleistungen des dänischen Staats zu finanzieren. Das solle erst nach der Beschlussfassung des Gesetzes erfolgen und, so Fraktionschef Weber (CSU) für die EPP, damit würde man Dänen und Flüchtlinge ja nur gleichstellen. Bayern lässt grüßen. Außerdem solle die Kommission, so blökte ein Faschist aus der letzten Reihe, den Mund halten und sich nicht dauernd in innere Angelegenheiten einmischen.

Es ist wie mit dem Zauberlehrling, dem die Dinge aus dem Ruder laufen. Die seit Jahren forcierte nationalistische Politik im Europäischen Rat hat mit der Degradierung Griechenlands ihre vollendete Gestalt bekommen und ergießt sich nun in ganz Europa. Die Fürsten einer zur Farce ver-

kommenden Union ziehen die Zollgrenzen wieder hoch und Angela Merkel erntet das, was sie gesät hat. Die vielbeschworrenen Werte der EU verrotten zur Worthülse. Und das Parla-

Szydlo lediglich die Fraktionsvorsitzende der Vereinigten Linksfraction vor einem Zurück zum Nationalen und Nationalismus eindringlich warnte. Der Europäische Rat ist da-

dem die Mitgliedsstaaten im Rat immer mehr Dinge unter sich entscheiden, bar jeder demokratischen Mitsprache des Parlamentes. Momentan dreht sich der Streit allein darum,

weile als der bestgehasste Abgeordnete des Parlamentes. Auf sein Geheiß hin wurde die Abstimmung darüber im Plenum verhindert, sich mit dem dänischen Gesetzentwurf vor seiner Beschlussfassung zu befassen und ein Votum gegen dieses Vorhaben zu erhalten. In Dänemark wird gegenwärtig darüber befunden, wieviel Gold der Ehering eines Flüchtlings haben darf, um nicht beschlagnahmt zu werden. Im letzten Innenausschuss habe ich den Migrationskommissar gefragt, ob er erst dann auf solchen Irrsinn reagiert, wenn Flüchtlingen die Goldzähne aus dem Gebiss geschlagen werden. Man prüfe das dänische Gesetz, ob es gegen EU-Recht verstoßen würde, seine Antwort. Ich weiß nicht, was es da noch zu prüfen gibt. Soviel Feigheit ist schwer zu ertragen.

Die von vielen Seiten gestellte Frage, was vom neuen Jahr 2016 zu erwarten wäre, kann ich nicht wirklich beantworten. Ich weiß nur, dass es endlich Zeit wird, dass sich die Linke in Europa, egal ob Kommunisten, Sozialisten, Grünen aus dem Norden, soziale Bewegungen und regionale Initiativen aus den Süden und andere – egal, welcher mehr oder weniger sinnvollen Strömung man innerhalb des eigenen Clubs angehört –, zusammen tun muss. Bevor es zu spät ist.
Cornelia Ernst



ment? Es wankt und erinnert eher an die Frankfurter Nationalversammlung 1849, die mit ihrer Reichsverfassungskampagne realen Fortschritt anstrebte. Auch damals waren es die großen Einzelstaaten, die diese Kampagne boykottierten, ihre Abgeordneten unter die Fuchtel nahmen, später zum Verlassen des Parlamentes zwangen, so dass am Ende nur noch linke Abgeordnete übrig blieben, bis im Juni 1849 das Parlament mit dem württembergischen Militär davon gejagt wurde. Es war schon schockierend, dass in der Erwiderung der Fraktionsvorsitzenden auf die national-katholisch verbrämte Rede von Frau

bei, seinen Allmachtanspruch gegen die europäische Ebene, in erster Linie gegen das Parlament, auszuspielen. Momentan wird unter dem Label „better regulation“ überlegt, wie man das Zusammenspiel der europäischen und nationalen Ebene weitergestalten soll. Die meisten Mitgliedsstaaten wollen ihren Spielraum zulasten der Parlamente erweitern. Das europäische Leitprinzip „Geeint in Vielfalt“ wird durch das Prinzip „Geld her und Klappe halten“ ersetzt. Statt Europäische Union jetzt „Union der Nationalstaaten“. Ein Paradigmenwechsel ist im Gange. Dieser soll die Schwächung des Parlamentes einschließen, in-

welche Vorlagen die Kommission mit dem Rat allein durchboxen kann und welche mit dem Parlament zusammen. Nach Willen der Kommission wird es statt der ursprünglich geplanten mehr als 100 Gesetzesinitiativen nur noch 23 geben, die dann auch mit dem Parlament verhandelt werden müssen. Eine besonders miese Rolle in diesem Tauziehen spielt der EP-Präsident Martin Schulz, der mehr und mehr seine Macht gegen das Parlament ausspielt und glaubt, sich damit Meriten zu verdienen, die ihn für welches Amt auch immer qualifizieren könnten. Bis in die Runde der Fraktionsvorsitzenden hinein gilt er mittler-



Einladung zum Auftakttreffen LAG Migration und Asyl am 19. Februar in Dresden, Haus der Begegnung

Seit mindestens einem Jahr tobt bundesweit die Debatte um die Aufnahme von Geflüchteten. Inzwischen nimmt sie immer schrillere Töne an: Obergrenze vs. Menschenrecht, Integration vs. Abschottung, Willkommenskultur vs. rassistische Mobilmachung. DIE LINKE ist die Partei, die sich bisher vorbehaltlos für Asyl als Menschenrecht positioniert, auf allen Ebenen gegen die Verschärfung von Asylgesetzen eintritt und rassistischer Gewalt sowie Diskriminierung die Stirn bietet. In Sachsen haben im vergan-

genen Jahr mit Abstand die meisten Angriffe auf Unterkünfte von Geflüchteten stattgefunden, wöchentlich fanden mehrere Dutzend rassistische Aufmärsche im Freistaat statt. Nazis laufen mit den eigenen NachbarInnen Seite an Seite, wenn es um die Abwertung einer der schwächsten Gruppen dieser Gesellschaft geht. Durch eine Politik der Abschottung und Desintegration hat insbesondere die CDU dafür über Jahre den Nährboden für rassistische Mobilisierungen bereitet, insbesondere in Sachsen.

Doch es geht längst nicht nur um die Frage von Asyl. Es geht darum, wie offen wir unsere Gesellschaft gestalten wollen und wie wir mit Veränderungen, die die Zuwanderung von Menschen aus anderen Ländern unweigerlich mit sich bringt, umgehen wollen – sowohl auf Ebene der Gesetze als auch gesellschaftlich. Es geht um Fragen von Einwanderung, Einbürgerung, Arbeitsmigration, Freizügigkeit, der interkulturellen und interreligiösen Öffnung und Antidiskriminierung. Zahlreiche Mitglieder und

Freund*innen der sächsischen LINKEN engagieren sich in Willkommensinitiativen und bieten Rassist*innen die Stirn. Dies ist eine Grundlage dafür, uns zusammenzuschließen, die Fragen von Migration und Asyl aufzuwerfen, in den Erfahrungsaustausch zu treten und konzeptionell zu arbeiten. Mit der Neubelebung der Landesarbeitsgemeinschaft Migration und Asyl wollen wir dafür eine Plattform bieten. Gemeinsam mit unserer Europaabgeordneten Dr. Cornelia Ernst lade ich deshalb für Freitag, 19. Februar 2016, 15:00

Uhr ins Haus der Begegnung, Großenhainer Str. 93, in Dresden ein. Hier wollen wir den Startschuss für die Arbeit der Landesarbeitsgemeinschaft geben. Es warten zahlreiche Herausforderungen auf uns – seien es die Fragen von Integration/Inklusion in den Städten und Gemeinden, eine menschenrechtskonforme Ausgestaltung der Erstaufnahme oder die Schaffung eines offenen, solidarischen Klimas. Lasst uns die Herausforderungen gemeinsam angehen. Wir freuen uns auf euch!
Juliane Nagel

Geheimdienste sind Fremdkörper in einer Demokratie

Im Wahlprogramm der LINKEN für die Bundestagswahl 2013 heißt es: „Geheimdienste ... schützen die Demokratie nicht, sondern gefährden sie. Wir verteidigen die Demokratie und wollen deswegen die Geheimdienste einschließlich des Verfassungsschutzes abschaffen“. Dazu hat die Fraktion einen Antrag (DS 18/4682) in den Bundestag eingebracht, der von CDU/CSU und SPD bei Stimmenthaltung der Grünen abgelehnt wurde. Eine umfassende Geheimdienstreform und eine wirksamere parlamentarische Kontrolle der Nachrichtendienste sind gleichwohl überfällig. DIE LINKE hat dazu rund 20 konkrete Änderungen vorgeschlagen.

Eine zentrale Forderung ist der komplette Verzicht auf den Einsatz von V-Leuten, wie er in

Thüringen bereits praktiziert wird. Wir brauchen mehr Befugnisse für das Parlamentarische Kontrollgremium (PKGr), gerade auch für die Vertreter der Opposition, und wir brauchen das Recht für Mitarbeiter der Dienste, sich bei Missständen oder Rechtsverstößen ohne Information an Vorgesetzte an das PKGr zu wenden. Die PKGr-Mitglieder müssen endlich ihre Fraktionsvorsitzenden über wichtige Vorgänge informieren dürfen, und es muss möglich sein, von den Sitzungen des Gremiums einen Tonbandmitschnitt anzufertigen, um später eventuelle Falschaussagen der Regierung feststellen zu können.

In der Bundestagsdebatte erklärte Clemens Binninger (CDU/CSU), wer für die Abschaffung der Geheimdiens-

te sei, habe nicht das Recht, Änderungsvorschläge zu machen. Das ist ein mehr als fragwürdiges Demokratieverständnis. Auch wenn es derzeit keine



Mehrheit für die Auflösung der Dienste gibt, lassen wir uns

nicht verbieten, konkrete Vorschläge zu machen, was an der jetzigen Situation verbessert werden kann. Binninger sagte weiter, man könne die Nach-

die Auflösung in seinem Parteiprogramm vorgesehen hat. Ich halte dagegen: Die deutschen Geheimdienste haben in den letzten Monaten und Jahren durch Pannen und Skandale selbst alles dafür getan, ihre eigene Existenzberechtigung infrage zu stellen.

Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen: Geheimdienste lassen sich – wenn überhaupt – nur sehr eingeschränkt kontrollieren. Sie sind ein Fremdkörper in einer Demokratie und müssen deswegen überflüssig gemacht bzw. aufgelöst werden. Solange sie noch existieren, setzen wir uns für die Ausweitung und Verbesserung der parlamentarischen Kontrolle der Geheimdienste ein. Die Vorschläge der LINKEN liegen auf dem Tisch.

André Hahn

Richtungswechsel oder leere Worte?

Mitte Januar schlug das Operative Abwehrzentrum der sächsischen Polizei (OAZ) in einem internen Papier Alarm: Der Rechtsextremismus habe sich 2015 in Sachsen flächendeckend ausgebreitet. Fremdenfeindliche und neonazistische Gewalttaten seien landesweit eines der größten Probleme. Allein zwischen Januar und September 2015 wurden 66 Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte registriert – 2014 waren es im gesamten Jahr nur 27. Und das sind nur die offiziell als rechtsmotiviert geführten Straftaten. Die Entwicklung in Sachsen entspricht der Entwicklung in ganz Deutschland. Nicht weniger als 12660 rechtsextreme und fremdenfeindliche Straftaten hat das Bundesinnenministerium von Januar bis November 2015, also in weniger als in einem Jahr, gezählt. Die Zahl stieg mit jedem Monat an. Diese Entwicklung hat mit der verstärkten Zuwanderung von Flüchtlingen nach Deutschland erheblich zugenommen, doch neu ist sie nicht. Neonazistische Strukturen haben bereits vorher existiert, rechte Einstellungen waren auch vorher verbreitet. Das wissen wir in Sachsen nur zu gut. Die politischen Entscheidungsträger*innen, in Sachsen wie im Bund, haben den zivilgesellschaftlichen Kampf dagegen viel zu lange im Stich gelassen.

Unter Kristina Schröder, der von 2009 bis 2013 zuständigen CDU-Bundesministerin, stand der Feind links. Zivilgesellschaftliche Projektträger gegen Rechts wurden sogar mit Schikanen wie der „Extremismusklausel“ sabotiert. Diesen ideologischen Unsinn hat

Familienministerin Manuela Schwesig (SPD) beendet. Doch wurden zwei zentrale Forderungen der Projektträger, die wir als Linksfraktion seit Jahren im Bundestag unterstützen, von der Großen Koalition auch weiterhin nicht erfüllt: Zum einen blieb die finanzielle Ausstattung des neuen Bundesprogramms „Demokratie leben!“ mit zunächst 40 Millionen Euro und 50 Millionen Euro für 2016 weit hinter den Erfordernissen zurück. Zum anderen wurde der Förderzeitraum zwar auf fünf Jahre verlängert, doch weigerte sich die Bundesregierung, die Förderung auf eine dauerhafte, gesetzlich gesicherte Basis umzustellen. Die Rolle des Bremsers in der Großen Koalition hat dabei erneut die CDU eingenommen.

Beinah parallel zum Alarmruf des OAZ hat nun der SPD-Parteivorstand beschlossen, sich für eine Verdoppelung der Mittel für „Demokratie leben!“ auf 100 Mio. Euro einzusetzen. Das wäre endlich eine angemessene

Summe. Auch die „Verstärkung“ der Förderung ist Teil des Vorstandsbeschlusses der SPD. Das Problem ist und bleibt jedoch die Umsetzung im Bundestag. Dort blockiert weiter eine CDU/CSU, die zivilgesellschaftliche Projekte gegen Rechts nicht nur bei uns in Sachsen eher kriminalisiert, anstatt ihnen endlich politische Priorität einzuräumen. Wir setzen uns als Linksfraktion seit Jahren in den Haushaltsberatungen dafür ein, dass die Initiativen gegen Rechts auf einer vernünftigen Grundlage arbeiten können. Bislang standen wir damit allein. Sollte Ministerin Schwesig jetzt unsere Forderungen übernehmen und versuchen, den SPD-Vorstandsbeschluss in den Beratungen zum Bundeshaushalt 2016 umzusetzen, verdient sie unsere Unterstützung. Das Thema ist angesichts der eingangs genannten Zahlen zu ernst, um mit ihm parteitaktische Spielchen zu spielen.

Michael Leutert

Selbstbestimmung auch für SexarbeiterInnen!

Dem Thema Prostitution begegnete ich bei der LINKEN erstmalig durch Conny Ernst, die als damalige Abgeordnete im Landtag eine Anhörung anstieß, bei der verschiedene Sachverständige gehört wurden. Ich selbst arbeitete zu dieser Zeit in einem Forschungsprojekt an der Universität Leipzig zum Thema grenzübergreifende Prostitution, und unsere Professorin sowie weitere Wissenschaftlerinnen des Projekts waren an der Diskussion beteiligt. Das Prostitutionsgesetz, kurz ProstG, schuf 2002 einen Meilenstein in Sachen Entkriminalisierung von SexarbeiterInnen. Damit galt das Prostitutionsgewerbe nicht mehr als sittenwidrig und die Grundlagen für faire Arbeitsbedingungen oder Beschäftigungsschutz wurden gelegt. Nun, nach über 13 Jahren, gibt es Änderungsbedarf am Gesetz. So sind beispielsweise SexarbeiterInnen, die in großen Teilen als FreiberuflerInnen arbeiten, kaum sozial abgesichert. Sehr wohl müssen sie Steuern zahlen, aber der Zugang in die Sozialversicherungssysteme, also Renten- wie Arbeitslosenversicherung oder auch bezahlbare Gesundheits- bzw. Pflegeleistungen bleiben ihnen verwehrt. Es gibt noch weitere Ecken, an denen das bestehende ProstG im Sinne von vernünftigen Arbeitsbedingungen und dem Selbstbestimmungsrecht von SexarbeiterInnen verändert werden sollte. Doch die öffentliche Diskussion ist leider oftmals nicht ziel- oder lösungsorientiert, sondern ein in weiten Teilen emotional geführter Diskurs, der sowohl teilweise auf

falschen Annahmen basiert als auch Sachverhalte vermischt. Um es deutlich zu formulieren: SexarbeiterInnen verkaufen nicht ihren Körper; sie verkaufen, so schwierig das manchmal zu denken und dann auch abzugrenzen ist, eine Dienstleistung. Zum zweiten sind die Straftatbestände des Menschenhandels und der Zwangsprostitution von der selbstbestimmten Sexarbeit und damit vom Prostitutionsgesetz klar abzugrenzen. Beides hat mit den Regulierungen des ProstG nichts zu tun, sondern ist eben strafbar.

Nun könnte man die Position einnehmen, dass Prostitution bzw. Sexarbeit ein moralisch verwerfliches Gewerbe sei und verboten gehöre. Daran schließt sich allerdings die Frage an, ob nach einem Verbot tatsächlich keine Prostitution mehr stattfände. Erfahrungen und Untersuchungen aus der Vergangenheit verdeutlichen vor allem eines: Verbote machen jene DienstleisterInnen gesellschaftlich „unsichtbar“. Sie hätten kaum Schutz und würden wiederholt stigmatisiert und letztlich diskriminiert. Es braucht eine Stärkung der Rechte von SexarbeiterInnen. Deshalb fordert DIE LINKE im Bundestag in diesem Sinne gesetzlich verankerte Verbesserungen, um die Selbstbestimmung dieser Berufsgruppe zu garantieren. • Susanna Karawanskij





Flüchtlinge

Schätzungen zu Ausgaben für Flüchtlinge im Gemeindefinanzbericht des Dt. Städtetags

Seite 2

Klimaschutz vor Ort

Erneuerte Förderrichtlinie des Bundesumweltministeriums

Seite 3

Förderbedingungen

Richtlinie des SMI zur Förderung kommunalpolitischer Bildung

Seite 3

Neuer Leitfaden

Neues Heft des KFS zur Kommunalen Asylpolitik

Seite 4

Ablehnung des Ehrenamts

Die verantwortliche Teilnahme an der bürgerschaftlichen Selbstverwaltung der Gemeinde ist nicht nur das Recht, sondern eine Pflicht aller Bürger der Gemeinde.¹ Und nach § 17 der Sächsischen Gemeindeordnung (SächsGemO) sind die Bürger der Gemeinde ausdrücklich zur Übernahme und Ausübung einer ehrenamtlichen Tätigkeit verpflichtet. Insbesondere gilt das für jene Personen, die nach einer Gemeinderats- bzw. Kreistagswahl in ein kommunales Mandat gewählt wurden, sofern sie nicht sogenannte Hinderungsgründe für die Mandatsübernahme nach § 32 SächsGemO geltend machen können.

Wer die Übernahme des Ehrenamts, des Mandats ohne wichtigen Grund ablehnt oder sich weigert, es weiter auszuüben, dem kann vom Gemeinderat nach § 19 Abs. 4 ein Ordnungsgeld bis zu 500 EUR auferlegt werden.

Die Pflicht zur Übernahme und Ausübung einer ehrenamtlichen Tätigkeit besteht nur für Bürger der Gemeinde. Anderen Personen, also etwa Einwohnern der Gemeinde, die nicht das Wahlrecht bei Gemeinderatswahlen besitzen, kann von der Gemeinde eine ehrenamtliche Tätigkeit nur mit deren Einverständnis übertragen werden.

Ablehnung aus wichtigem Grund

Die Verpflichtung zur Übernahme und Ausübung einer ehrenamtlichen Tätigkeit für Bürger der Gemeinde besteht jedoch nicht absolut. Bei Vorliegen wichtiger Gründe kann die Übernahme einer ehrenamtlichen Tätigkeit abgelehnt oder die Beendigung dieser Tätigkeit verlangt werden.

In § 18 Abs. 1 SächsGemO werden „wichtige Gründe“ in fünf Punkten (s. unten) beispielhaft aufgezählt. Jedoch ist das keine abschließende Aufzäh-

lung, auch andere Gründe wären denkbar, so denn eine fundierte Begründung dafür geliefert werden kann. Ganz allgemein wird als „wichtiger Grund“ anzuerkennen sein, wenn das öffentliche Interesse an der Übernahme oder Fortsetzung der ehrenamtlichen Tätigkeit hinter die Persönlichkeitsrechte und –interessen des Bürgers zurückzutreten sind. Das wird insbesondere dann der Fall sein, wenn bei Abwägung aller Umstände des Einzelfalls die weitere Ausübung der ehrenamtlichen Tätigkeit nicht mehr zumutbar ist.

„Außer Art und Umfang der vorliegenden ehrenamtlichen Tätigkeit werden in die Abwägung einzubeziehen sein auf der einen Seite etwa die persönlichen, beruflichen und Familienverhältnisse, die Interessen des Arbeitgebers, die bisherige Heranziehung zu ehrenamtlicher Tätigkeit sowie auch die sonstige Beteiligung am Gemeinschaftsleben und auf der anderen Seite die Bedürfnisse der Gemeinde und ihrer Verwaltung.“

Bei der Bewertung können die in der SächsGemO aufgeführten fünf Tatbestände (s. unten) als Anhaltspunkte für die Beurteilung anderer vorgebrachter Gründe beachtet werden.

Im Grunde geht es darum, „ob die zeitliche Inanspruchnahme durch die ehrenamtliche Tätigkeit unzumutbar ist. Ist dieses Kriterium auch sehr bedeutsam, so ist es doch nicht immer ausschlaggebend. Vielmehr können unter besonderen Umständen auch sonstige persönliche Gründe als Ablehnungsgrund geltend gemacht werden. So kann etwa auch ein Gewissenskonflikt geeignet sein, die Unzumutbarkeit einer ehrenamtlichen Tätigkeit zu begründen. Im Übrigen dürfen die vorgebrachten Umstände nicht nur vorübergehender Natur oder rein subjektiv

empfunden sein.“²

Einzelne Ablehnungsgründe

In der SächsGemO werden in einer beispielhaften gesetzlichen Aufzählung fünf Ablehnungsgründe genannt. Als „wichtige Gründe“ gelten nach § 18 Abs. 1 insbesondere, wenn die betreffende Person

1. älter als 65 Jahre ist,
2. anhaltend krank ist,
3. zehn Jahre dem Gemeinderat oder Ortschaftsrat angehört oder ein anderes Ehrenamt bekleidet hat,
4. durch die Ausübung der ehrenamtlichen Tätigkeit in seiner Berufs- oder Erwerbstätigkeit oder in der Fürsorge für seine Familie erheblich behindert wird,
5. ein öffentliches Amt ausübt und die oberste Dienstbehörde feststellt, dass die ehrenamtliche Tätigkeit hiermit nicht vereinbar ist.

Bei einigen Ablehnungsgründen (Nr. 2 und 4) lässt die Entscheidung darüber eine abwägende Beurteilung zu. Bei den anderen Gründen (Nr. 1, 3 und 5) wird angenommen, dass dies eher nicht der Fall ist; sie gelten als sog. „absolute“ Ablehnungsgründe³, da hier die Kriterien eine hinreichende konkrete Bestimmtheit aufweisen.

□ Wenn jemand das 65. Lebensjahr vollendet hat, dann liegt hier ein ausreichend bestimmter Ablehnungsgrund vor, der keiner weiteren abwägenden Betrachtung bedarf und deshalb jederzeit die Beendigung der ehrenamtlichen Tätigkeit verlangt werden kann, auch dann, wenn dieses Alter bei Übernahme der Tätigkeit bereits erreicht war.

□ Von einer ähnlich klaren Situation ist auszugehen, wenn die betreffende Person zehn Jahre einem Gemeinderat oder einem Ortschaftsrat ange-

hört oder über diese Zeitspanne ein anderes Ehrenamt bekleidet hat. Als Ehrenamt zählt hier jedes öffentliche Ehrenamt, sei es im Dienste einer Gemeinde, eines Landkreises, aber auch des Bundes oder eines Landes (z.B. als Schöffe) oder einer sonstigen öffentlich-rechtlichen Körperschaft. Dabei werden die Zeiten der verschiedenen Ehrenämter zusammengerechnet.

□ Die Ausübung eines öffentlichen Amtes ist für sich genommen allein kein Grund, eine ehrenamtliche Tätigkeit oder ein Mandat abzulehnen. Das gilt nur dann, wenn die oberste Dienstbehörde für die betreffende Person eine Unvereinbarkeit mit dem Ehrenamt feststellt. Sofern die oberste Dienstbehörde eine solche Feststellung trifft, ist der Gemeinderat daran gebunden. Wer oberste Dienstbehörde im Einzelfall ist, bestimmt sich nach den einschlägigen Vorschriften, so insbesondere nach § 2 des Sächsischen Beamtengesetzes.

□ Leidet jemand an einer anhaltenden Krankheit, wird im Einzelfall zu beurteilen sein, ob dem oder der Betreffenden die Übernahme oder Weiterführung einer ehrenamtlichen Tätigkeit oder eines Mandats zugemutet werden kann. Eine nur vorübergehende Erkrankung ist im Allgemeinen kein gesetzlicher Ablehnungsgrund, wohl aber, wenn mit ihrer Überwindung erst nach einer längeren Zeit (etwa nach einem Jahr) zu rechnen ist.

□ Im Einzelfall wird ebenso zu beurteilen sein, ob jemand in seiner Berufs- oder Erwerbstätigkeit erheblich behindert wird, wenn er das Ehrenamt ausüben müsste. Eine erhebliche Behinderung in der Berufs- oder Erwerbstätigkeit wird dann angenommen,

Fortsetzung auf folgender Seite

Ausgaben für Flüchtlinge

Im kürzlich veröffentlichten Gemeindefinanzbericht 2015 des Deutschen Städtetags wird versucht, eine Abschätzung über höhere Ausgaben im Zusammenhang mit der Entwicklung der Zahl der Asylbewerber vorzunehmen. Den vereinbarten Regelungen werden Berechnungen zur erwartenden Ausgabenbelastung von Ländern und Kommunen gegenübergestellt.

Grundsätzlich wird eingeschätzt, dass „eine genaue Aussage zur Änderung der Ausgaben nicht möglich ist, da die Ausgaben von der nicht sicher vorhersagbaren Zahl der im Verfahren befindlichen Flüchtlinge abhängen. Diese wiederum hängt von der Zahl der ankommenden Flüchtlinge und dem Ka-

pazitätsaufbau im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) ab.“

Außerdem wird festgestellt, dass auch bei einem Fortbestehen des für dieses Jahr prognostizierten Zuzugs von Flüchtlingen die fiskalische Herausforderung an den öffentlichen Gesamthaushalt zwar sehr groß ist, aber seine Stabilität nicht gefährdet ist. Diese Aussage gilt jedoch nicht für jeden einzelnen öffentlichen Haushalt.“

In diesem Zusammen wird die Frage aufgeworfen, inwiefern es sich bei diesen fiskalischen Belastungen um eine der im Artikel 109 des Grundgesetzes als Ausnahme von der Schuldenbremse vorgesehenen „außergewöhnliche(n) Notsituationen“ handelt, die sich der

Kontrolle des Staates entziehen und die staatliche Finanzlage erheblich beeinträchtigen“.

Ziel der Berechnungen sei es, insbesondere in Abhängigkeit von der Zahl der eintreffenden Flüchtlinge, Annahmen über Verfahrensdauer und Anerkennungquoten etc. zu schätzen, welche Kosten für Länder und Kommunen entstehen (unabhängig von der Frage, welches Übermaß der Ausgaben von den Kommunen getragen werden muss). Die Kostenschätzung diene deshalb ausschließlich haushaltswirtschaftlichen Zwecken und der Vorbereitung fiskalpolitischer Entscheidungen. Sie diene „nicht etwaigen Entscheidungen in Bezug auf die Fortentwicklung der Asyl- und Einwanderungspolitik.“

Für die Abschätzung wurden zwei

Szenarien erstellt, bei denen sich jahresdurchschnittlich 500.000 bzw. 1.200.000 Flüchtlinge im Verfahren des BAMF befinden. Dabei gehen drei Arten von Ausgaben, die von Ländern und Kommunen zu leisten sind, in die Berechnungen ein:

erstens die direkten Kosten im Zusammenhang mit der Unterkunft und Versorgung der ankommenden Flüchtlinge für die Dauer des Asylverfahrens; zweitens werden die Integrationskosten mit betrachtet;

drittens werden die Kosten für den allgemeinen Bevölkerungszuwachs sowie die Abfederung von Belastungen sozial schwacher Gruppen quantifiziert, die sich z.B. am Wohnungs- oder Arbeitsmarkt ergeben können. Es wird also zwischen einerseits *migrations-*

Fortsetzung auf Seite 4

Fortsetzung

... Ablehnung Ehrenamt

wenn daraus schwerwiegende Nachteile für die Betroffenen entstehen oder die Ausübung der Berufstätigkeit schwerbehindert oder gar verhindert wird. Das trifft insbesondere zu, wenn jemand sehr häufig oder langandauernd berufsbedingt von der Gemeinde abwesend sein muss (z.B. Handelsvertreter, auswärtiger Beschäftigungsort, auswärtige Aus- und Fortbildung).

□ Auch im Einzelfall zu beurteilen wäre, ob jemand durch die ehrenamtliche Tätigkeit in der *Fürsorge für seine Familie* erheblich behindert würde. Der Begriff „Familie“ ist hier weit zu fassen, hier gehören z.B. auch vom Gesetz her anerkannte familienähnliche Lebensgemeinschaften dazu. Ein gemeinsamer „Hausstand“ (Haushalt) muss nicht vorhanden sein. „Von ausschlaggebender Bedeutung sind etwa Zahl und Alter minderjähriger Kinder, ferner die Sorge für ständig zu betreuende kranke oder alte Menschen. Entscheidend ist die faktische unmittelbare Verantwortlichkeit für diese Menschen, wobei die Fürsorge persönlich ausgeübt werden muss. Die Behinderung muss erheblich sein, eine nur geringfügige Beeinträchtigung der Familienfürsorge genügt noch nicht.“⁴

Ablehnung aus kommunalpolitischen Anlässen

Bei kommunalpolitischen Auseinandersetzungen in Gemeinderat oder Ortschaftsrat kommt es zuweilen vor, dass Gemeinde- und Ortschaftsräte aus purer Verärgerung oder politischem Ohnmachtsempfinden ihr Mandat „hinschmeißen“ wollen. Die Niederlegung des kommunalen Mandats allein aus diesen Motiven stellt keinen „wichtigen Grund“ dar, die Niederlegung des Mandats ist deshalb nicht möglich und widerspricht der gesetzlichen Verpflichtung zur Übernahme des Ehrenamts nach § 17 SächsGemO.

Ebenso ist ein kollektiver Rücktritt eines Gemeinderats oder eines Ortschaftsrats (etwa wegen tiefergehender Differenzen mit dem Bürgermeister oder zur Auflösung eines anders nicht zu überwindenden Patts) kommunalrechtlich nicht vorgesehen und daher nicht möglich.

Lediglich diejenigen Gemeinderäte bzw. Ortschaftsräte könnten in den hier



beschriebenen Situationen ihr Amt niederlegen, wenn sie sich gleichzeitig auf einen „wichtigen Grund“ berufen können. Politische Unstimmigkeiten oder Konflikte innerhalb des Gemeinderats oder mit dem Bürgermeister werden generell nicht als „wichtige Gründe“ anerkannt.

Auch die Ablehnung oder Niederlegung eines kommunalen Mandats, um eine sog. Rotation zu ermöglichen, also einem „Nachrücker“ die Gelegenheit zur Mandatsübernahme zu ebnen, kann nur dann erfolgen, wenn ein „wichtiger Grund“ im Sinne des Gesetzes geltend machen kann.

Etwas anders, wenn auch nicht ganz unumstritten, liegen die Einschätzungen, ob beim Ausscheiden (dem Austritt oder dem Ausschluss) eines Gemeinderats oder Ortschaftsrats aus der Partei oder Wählervereinigung, auf deren Wahlvorschlag er in den Gemeinderat oder Ortschaftsrat gewählt wurde, ein „wichtiger Grund“ zur Mandatsniederlegung vorliegt.

Als Einwände werden dagegen vorgebracht:

□ Ein solcher Gemeinderat oder Ortschaftsrat würde nicht kraft Gesetzes aus dem Gemeinderat oder Ortschaftsrat ausscheiden, da weder ein Verlust der Wählbarkeit noch ein sog. Hinderungsgrund gegeben wären (§§ 31 u. 32 SächsGemO).

□ Nicht irgendetwelche zuständigen Parteiorgane sollen durch einen Partei-ausschluss auch gleichzeitig bewirken, dass ein kommunales Mandat aberkannt wird, denn kommunale Wahlen seien auch durch starke Momente der Persönlichkeitswahl geprägt.

□ Angenommen wird auch, dass beim Ausscheiden aus einer Partei noch kein „wichtiger Grund“ entstehe, da dies mitunter auch nur von vorübergehender Bedeutung sein könnte oder rein subjektive Empfindungen im Vordergrund stehen.

Als vorherrschende Meinung wird

diesen Argumenten entgegengehalten:

□ dass ein Bewerber nicht nur als Person, sondern auch als Vertreter seiner Partei gewählt wurde,

□ dass das kommunale Wahlsystem der freien Liste mit Kumulieren und Panaschieren trotz seiner Annäherung an eine Persönlichkeitswahl im Rahmen der Verhältniswahl bleibt und der Bewerber damit von der Gesamtstimmenzahl seiner Partei, aber auch von deren politischem Gewicht Nutzen gezogen hat und es daher

□ grundsätzlich zu bejahen sei, dass in solchen Fällen ein wichtiger Grund vorliege, der die Niederlegung des Mandats rechtfertigt.⁵

Hingegen kann das Ausscheiden eines *ehrenamtlichen Bürgermeisters* aus seiner Partei nicht als „wichtiger Grund“ anerkannt werden, auch wenn zur Bürgermeisterwahl von Parteien und Wählervereinigungen Wahlvorschläge eingereicht werden können. Bei einer Bürgermeisterwahl steht doch recht eindeutig die Persönlichkeit der Bewerber im Vordergrund. Ebenso rechtfertigt ein Misstrauensvotum des Gemeinderats nicht die Ablehnung des Ehrenamts als Bürgermeister.

Erklärung und Entscheidung

Die Ablehnung oder Niederlegung des kommunalen Ehrenamts oder Mandats bedarf einer Erklärung, die an keine besondere Form gebunden ist. Die Erklärung muss der Gemeinde zugehen und den für die Ablehnung maßgeblichen wichtigen Grund sowie die diesen Grund stützenden Tatsachen enthalten. Es reicht nicht aus, wenn sich der Bürger der ehrenamtlichen Tätigkeit einfach entzieht, die Ablehnung des Ehrenamts verlangt die Abgabe einer entsprechenden Erklärung.

Das Ausscheiden aus der ehrenamtlichen Tätigkeit kann auch nicht infolge einer einseitigen Ablehnungserklärung des Bürgers erfolgen, sondern erst dadurch, dass der Gemeinderat den geltend gemachten „wichtigen Grund“ anerkannt hat. Bei ehrenamtlichen Bürgermeistern entscheidet über das Vorliegen eines wichtigen Grundes für ein Ausscheiden die Rechtsaufsichtsbehörde.

Bei der Entscheidung darüber, ob ein „wichtiger Grund“ vorliegt; müssen alle maßgeblichen Aspekte geprüft werden; dies gilt vor allem, wenn Ablehnungsgründe geltend gemacht werden, die einer abwägenden Beurteilung un-

terliegen (Nr. 2 und 4). Liegen „absolute“ Ablehnungsgründe (Nr. 1, 3 und 5) vor, bleibt dem Gemeinderat kaum eine andere Möglichkeit, als diese auch anzuerkennen, hier gibt es im Grundsatz keinen abwägenden Bewertungsspielraum.

Wurde das kommunale Mandat mit Entscheidung durch den Gemeinderat niedergelegt, gibt es keine Möglichkeit, in das Mandat zurückzukehren, auch dann nicht, wenn im Nachhinein der „wichtige Grund“ weggefallen ist (z.B. Gesundung von einer anhaltenden Krankheit, Heimkehr aus dem auswärtigen Beschäftigungsort).

Wird der Antrag auf Ausscheiden aus dem Ehrenamt abgelehnt, ist die Entscheidung schriftlich zu begründen und mit einer Rechtsmittelbelehrung zu versehen.

Gegen die Entscheidung, mit der ein Antrag auf Anerkennung eines wichtigen Grundes abgelehnt wird, kann verwaltungsgerichtlich vorgegangen werden. Als unbestimmter Rechtsbegriff unterliegt der Begriff des „wichtigen Grundes“ der vollen verwaltungsgerichtlichen Nachprüfung.

AG

¹ Entsprechend gilt das für die Landkreise nach den Bestimmungen der Sächsischen Landkreisordnung

² Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen. Ergänzbarer Kommentar mit weiterführenden Vorschriften, Erich Schmidt Verlag, Kommentar zu § 18, Randnummer (Rdn.) 2.

³ Vgl. ebenda, Rdn. 3.

⁴ Ebenda, Rdn. 8.

⁵ Vgl. ebenda, Rdn. 11.

Impressum

Kommunalpolitisches Forum Sachsen e.V.
Großenhainer Straße 99

01127 Dresden

Tel.: 0351-4827944 oder 4827945

Fax: 0351-7952453

info@kommunalforum-sachsen.de

www.kommunalforum-sachsen.de

Red., Satz und Layout: A. Grunke

V.i.S.d.P.: P. Pritscha

Die Kommunal-Info dient der kommunalpolitischen Bildung und Information und wird aus finanziellen Zuwendungen des Sächsischen Staatsministeriums des Innern gefördert.

Noch mehr Klimaschutz vor Ort

Die Förderung von Klimaschutzmaßnahmen in Kommunen im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative ist ausgeweitet worden: Am 1. Oktober trat die novellierte „Richtlinie zur Förderung von Klimaschutzprojekten in sozialen, kulturellen und öffentlichen Einrichtungen“ (Kommunalrichtlinie) des Bundesumweltministeriums (BMUB) in Kraft.

Bereits seit 2008 geschieht die Förderung von Klimaschutzmaßnahmen für Kommunen durch die Kommunalrichtlinie. Die Novellierung dieser Richtlinie bietet nun noch mehr Handlungsmöglichkeiten. Neben längeren Antragsfristen und der Ausweitung der Antragsberechtigungen gibt es erhöhte Förderquoten für investive Maßnahmen und einen neuen Förderschwerpunkt.

Wichtigste Änderungen

☐ Gefördert wird die Sanierung von Außen-, Straßenbeleuchtungs- und Lichtsignalanlagen durch LED-Beleuchtung.

☐ Für Klimaschutzinvestitionen in Anlagen und Gebäuden von Kindertagesstätten, Schulen, Jugendfreizeiteinrichtungen, Sportstätten und Schwimmhallen wurde ein neuer Förderschwerpunkt mit erhöhten Förderquoten eingeführt.

☐ Die Förderung nachhaltiger Mobilität wurde erweitert und erhöht. Hier profitiert insbesondere der Radverkehr.

☐ Für die aerobe Insitu-Stabilisierung von stillgelegten Siedlungsabfalldeponien ist eine höhere maximale Zuwendung möglich.

☐ Bei Energiesparmodellen wurde ein Starterpaket eingeführt, mit dem Ausgaben für pädagogische Arbeit und geringinvestive Maßnahmen bezuschusst werden.

☐ Erhöhte Förderquoten für finanzschwache Kommunen gelten jetzt auch im investiven Bereich.

☐ Gefördert werden projektbegleitende Ingenieurdienstleistungen der Leistungsphase acht gemäß Honorarordnung für Architekten- und Ingenieurdienstleistungen (HOAI) im Bereich investiver Maßnahmen Mobilität und Siedlungsabfalldeponien.

Förderschwerpunkte

☐ Kommunen, die am Anfang ihrer Klimaschutzaktivitäten stehen, erhalten im Rahmen der Einstiegsberatung weiterhin die Möglichkeit eines strukturierten Einstiegs mit Hilfe von externen Beratern. Das Kernstück der Kommunalrichtlinie bildet nach wie vor die Erstellung von Klimaschutzkonzepten. Es wird unterschieden zwischen integrierten Klimaschutzkonzepten, die alle relevanten Handlungsfelder erfassen, und Klimaschutzteilkonzepten, die sich auf einen einzelnen klimarelevanten Bereich wie Erneuerbare Energien, Abwasserbehandlung oder Anpassung an den Klimawandel beziehen.

☐ Klimaschutzmanager unterstützen die Umsetzung der in den Klimaschutz(teil)konzepten erarbeiteten Maßnahmen vor Ort. Das BMUB fördert die Einrichtung einer Personalstelle in der Kommune sowie ein mögliches Anschlussvorhaben und bezuschusst einmalig die Umsetzung einer ausge-

wählten Maßnahme mit bis zu 200.000 Euro. Bei der Ein- und Weiterführung von Energiesparmodellen erhalten neben Kindertagesstätten (Kitas) und Schulen neuerdings auch Jugendfreizeiteinrichtungen, Sportstätten und Schwimmhallen Unterstützung. Zusätzlich wurde der Förderzeitraum auf maximal vier Jahre verlängert.

☐ Die Kommunalrichtlinie bietet weiterhin finanzielle Unterstützung für investive Maßnahmen: Gefördert wird die Sanierung von Innen- und Hallenbeleuchtung, von Außen- und Straßen-



beleuchtung sowie von Lichtsignalanlagen mit LED. Auch die Sanierung und der Austausch raumluftechnischer Geräte können bezuschusst werden. Die Insitu-Stabilisierung von stillgelegten Siedlungsabfalldeponien zur Reduzierung der Methanbildung und unterschiedliche Maßnahmen der nachhaltigen Mobilität werden weiterhin gefördert.

☐ Ein *neuer Förderschwerpunkt* wurde für ausgewählte investive Klimaschutzmaßnahmen in den Anlagen und Gebäuden von Kitas, Schulen, Jugendfreizeiteinrichtungen, Sportstätten und Schwimmhallen geschaffen. Gefördert werden beispielsweise der Austausch alter Pumpen oder der Einbau einer Gebäudeleittechnik.

Antragstellung

Anträge auf Zuwendung können in den folgenden Antragszeiträumen eingereicht werden:

☐ Oktober 2015 bis 31. März 2016

☐ Juli bis 30. September 2016

☐ Januar bis 31. März 2017

☐ Juli bis 30. September 2017

Ganzjährig beantragt werden können: eine Personalstelle für das Klimaschutzmanagement, das entsprechende Anschlussvorhaben, die ausgewählte Maßnahme sowie die Energiesparmodelle und Starterpakete in Kitas, Schulen, Jugendfreizeiteinrichtungen, Sportstätten und Schwimmhallen.

Fragen rund um die Kommunalrichtlinie können direkt an das Service- und Kompetenzzentrum Kommunaler Klimaschutz (SK KK) gerichtet werden: www.klimaschutz.de/kommunen (*Difu-Berichte*, Nr. 4/2015; www.difu.de)

Förderbedingungen für kommunalpolitische Bildung

Seit 1995 wird vom Sächsischen Staatsministerium des Innern die kommunalpolitische Bildung gefördert. Dafür erhalten kommunalpolitische Bildungsvereinigungen wie das Kommunalpolitische Forum Sachsen e.V. (KFS) finanzielle Zuwendungen als institutionelle Förderung. Dadurch war es dem 1991 gegründeten KFS möglich, ab 1996 eine Geschäftsstelle mit beschäftigtem Personal einzurichten, um die Bildungsarbeit zu organisieren.

Jeder der mit Fördermitteln mal zu tun hatte, der weiß, dass das immer an strenge Regeln gebunden ist. Nicht anders ist das bei der Förderung der kommunalpolitischen Bildung. Deshalb gibt es auch hier wie auf anderen Fördergebieten entsprechende Förderbestimmungen, hier die Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über die Gewährung von Zuwendungen an kommunalpolitische Bildungsvereinigungen (KomPolFörRL), die nun wieder mal novelliert wurde.

Als grundlegende Förderbedingungen werden in der Richtlinie bestimmt:

☐ Gefördert wird die kommunalpolitische Bildungsarbeit. Durch die Vermittlung von Kenntnissen über kommunale Institutionen, Willensbildungsprozesse und Politikfelder sollen die aktive Teilnahme am kommunalpolitischen Leben gefördert und Bürger zur Übernahme kommunalpolitischer Verantwortung befähigt werden. Kommunale Bildung wird regelmäßig durch Bildungsveranstaltungen, zum Beispiel Schulungen, Tagungen und Konferenzen, sowie durch Publikationen vermittelt.

☐ Maximal 20 Prozent aller in einem Jahr geplanten Bildungsveranstaltungen dürfen ausschließlich allgemeinbildende Themen aus den Bereichen Rhetorik, Kommunikation, Verhandlungsführung sowie Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zum Inhalt haben. Unabhängig davon dürfen fachspezifische Bildungsveranstaltungen, insbesondere bei mehrtägigen oder Großveranstaltungen, in untergeordnetem Umfang einzelne Anteile zu allgemeinbildenden Themen aus den Bereichen Rhetorik, Kommunikation, Verhandlungsführung sowie Presse- und Öffentlichkeitsarbeit mit umfassen.

☐ Angebote kommunalpolitischer Bildungsvereinigungen müssen allen interessierten Bürgern zugänglich sein. Soweit sich Angebote ausdrücklich insbesondere an Erstwähler richten, ist auch die Teilnahme von Jugendlichen ab 16 Jahren förderfähig.

☐ Für Bildungsveranstaltungen ist in der Regel ein Teilnehmerbeitrag zu erheben und eine Mindestteilnehmerzahl von sechs Personen nachzuweisen. Dabei sind Mitarbeiter der kommunalpolitischen Bildungsvereinigungen nicht zu berücksichtigen. Die Bildungsveranstaltungen sind grundsätzlich im Freistaat Sachsen durchzuführen, Ausnahmen davon sind zulässig, soweit ein sachlicher Grund vorliegt; sie bedürfen der vorherigen Zustimmung des Staatsministeriums des Innern.

Dabei wird vorausgesetzt, dass die kommunalpolitischen Bildungsvereinigungen rechtlich selbstständige und organisatorisch unabhängige Organisationen sind. Inhaber von hervor gehobenen Funktionen in den ihnen nahe stehenden Parteien oder Wählervereinigungen dürfen nicht gleichzeitig hervorgehobene Funktionen in den Organen der kommunalpolitischen Bildungsvereinigungen ausüben. Kommunale Bildungsvereinigungen dürfen keine Leistungen für die ihnen nahe stehenden Landesverbände erbringen, insbesondere dürfen Personal sowie Sach- und Haushaltsmittel der kommunalpolitischen Bildungsvereinigungen nicht für Zwecke von Parteien und Wählervereinigungen eingesetzt werden. Kommunale Bildungsvereinigungen dürfen sich nicht gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung richten.

Zuwendungsfähig sind bis zu 90 Prozent der zuwendungsfähigen Ausgaben, höchstens jedoch der für jede kommunalpolitische Bildungsvereinigung in den verbindlichen Erläuterungen zum Fördertitel im Haushaltsplan des Landes festgestellte Höchstbetrag. Mindestens zehn Prozent der zuwendungsfähigen Ausgaben sind durch Eigeneinnahmen zu erwirtschaften. Eigeneinnahmen sind alle kassenwirksamen Einnahmen, die keine staatlichen Zuwendungen sind.

Als förderfähig gelten grundsätzlich folgende Ausgaben:

☐ Personalausgaben einschließlich des Arbeitgeberanteils zur Sozialversicherung und Ausgaben für Reisekosten für Inlandsdienstreisen für festangestellte und freiberufliche Mitarbeiter der Bildungsvereinigung,

☐ Ausgaben für Mieten einschließlich Mietnebenkosten für Büroräume,

☐ Ausgaben für Geschäftsbedarf,

☐ Entgelte für Post- und Telekommunikationsdienstleistungen,

☐ Ausgaben für Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für Verwaltungszwecke, ausgenommen Kraftfahrzeuge,

☐ Ausgaben für Bücher und Fachzeitschriften,

☐ Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit,

☐ Ausgaben für die Erstellung eigener Publikationen,

☐ Honorare und Reisekosten für Inlandsdienstreisen für Referenten, die auf Bildungsveranstaltungen tätig und keine Mitarbeiter der Bildungsvereinigung sind,

☐ Ausgaben für Vortrags- oder Schulungsräume sowie

☐ sonstige angemessene Ausgaben für Bildungsveranstaltungen einschließlich Übernachtungskosten, ausgenommen sonstige Reisekosten und Bewirtungskosten der Teilnehmer.



Neu: Kommunale Asylpolitik. Ein Leitfaden

Konrad Heinze: Kommunale Asylpolitik. Ein Leitfaden; ISBN 978-3-945564-03-5; 1. Aufl. 2015; Redaktionsschluss: 28.10.2015; Hrsg.: Kommunalpolitisches Forum Sachsen e.V.; 244 S.; 6,90 Euro.

Aus der Feder von Konrad Heinze, der in den zurückliegenden Ausgaben der „Kommunal-Info“ bereits regelmäßig Beiträge zu kommunalen Aspekten der Asylpolitik veröffentlichte, erschien nun auch beim Kommunalpolitischen Forum Sachsen dieser Leitfaden.

Wie im Vorwort selbst angekündigt, soll sich die Broschüre vor allem an die kommunalen Mandatsträger in den Landkreisen, Städten und Gemeinden sowie auch an jene richten, die sich ehren- oder hauptamtlich für geflüchtete Menschen einsetzen. Dabei sollen aktuelle Entwicklungen, Problemstellungen und Lösungsansätze, die auf der kommunalen Ebene realisierbar sind, zusammengefasst und vorgestellt werden.

Im *ersten Teil* des Leitfadens wird ein informativer Überblick über die globalen, europäischen und deutschen politischen und gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Aufnahme von Geflüchteten gegeben. Das deutsche Asylrecht zeigt sich als höchst komplex, umfangreich und auch unübersichtlich. Da ist es recht hilfreich, wenn für den juristischen Laien ein Überblick zum schematischen Ablauf eines Asylverfahrens gegeben wird und das außerdem noch in einem übersichtlichen Schema dargestellt wird (S. 42f).

Der *zweite Teil* befasst sich mit der Organisation der Aufnahme und Verteilung von Flüchtlingen im Freistaat Sachsen. Hier wird skizziert, wie nach dem Sächsischen Flüchtlingsaufnahmegesetz die Flüchtlinge auf die Landkreise und Kreisfreien Städte verteilt werden. Von der in der Verantwortung des Landes stehenden Erstaufnahmeeinrichtung (Hauptstandort: Chemnitz-Ebersdorf) werden die Asylsuchenden auf die Kommunen verteilt. Für die Kommunen ist die Unterbringung von Flüchtlingen eine Pflichtaufgabe nach Weisung. Entsprechend dem Konnexitätsprinzip werden die anfallenden Kosten für diese übertragene Aufgabe vom Freistaat Sachsen den Kommunen erstattet. Zum Abschluss dieses Abschnitts wird auch etwas über das gesellschaftliche Klima in Sachsen ausgesagt, unter dem die Flüchtlingsthematik steht.

Im *dritten Teil*, dem Hauptteil der Broschüre, werden die vielfältigen kommunalen Handlungsfelder bei der Unterbringung, Versorgung und Betreuung von Flüchtlingen in den Blick genommen.

Ein Kapitel befasst sich zunächst mit allen Fragen der *Unterbringung von Flüchtlingen*, der Definition und Standards für die zentrale und für die dezentrale Unterbringung, mit der Frage der Notquartiere und mit Unterbringungskonzepten. In einem Exkurs werden kurz die wesentlichen Inhalte der Baugesetzbuch-Novelle 2014 II vorgestellt, wo es im Kern um Nutzungsänderung von Gebäuden für die Unterbringung von Asylsuchenden geht, der Zulassung der Unterbringung im Außenbereich und der Unterbringung in Gewerbegebieten. Außerdem wird ein Kostenvergleich zwischen zentraler und dezentraler Unterbringung angestellt. Hingewiesen

wird ebenso auf die aktuell bestehenden Fördermöglichkeiten mit den dazu erlassenen Förderrichtlinien.

Ein zweites Kapitel widmet sich der Frage der *Kommunikation*, die im derzeit aufgeladenen gesellschaftlichen Klima ganz wichtig ist. Es wird darauf eingegangen, was in der Öffentlichkeitsarbeit getan werden kann, um die Einwohner zu informieren und in diesem Geschehen mitzunehmen, wie aber auch die Asylsuchenden die für sie notwendigen Informationen erhalten können, wie mit vorbildlichen Beispielen gegen Verunsicherung und Hassparolen eine (Gegen-) Öffentlichkeit dazu geschaffen werden kann, wie auch mit Bedrohungen und Angriffen umzugehen ist.

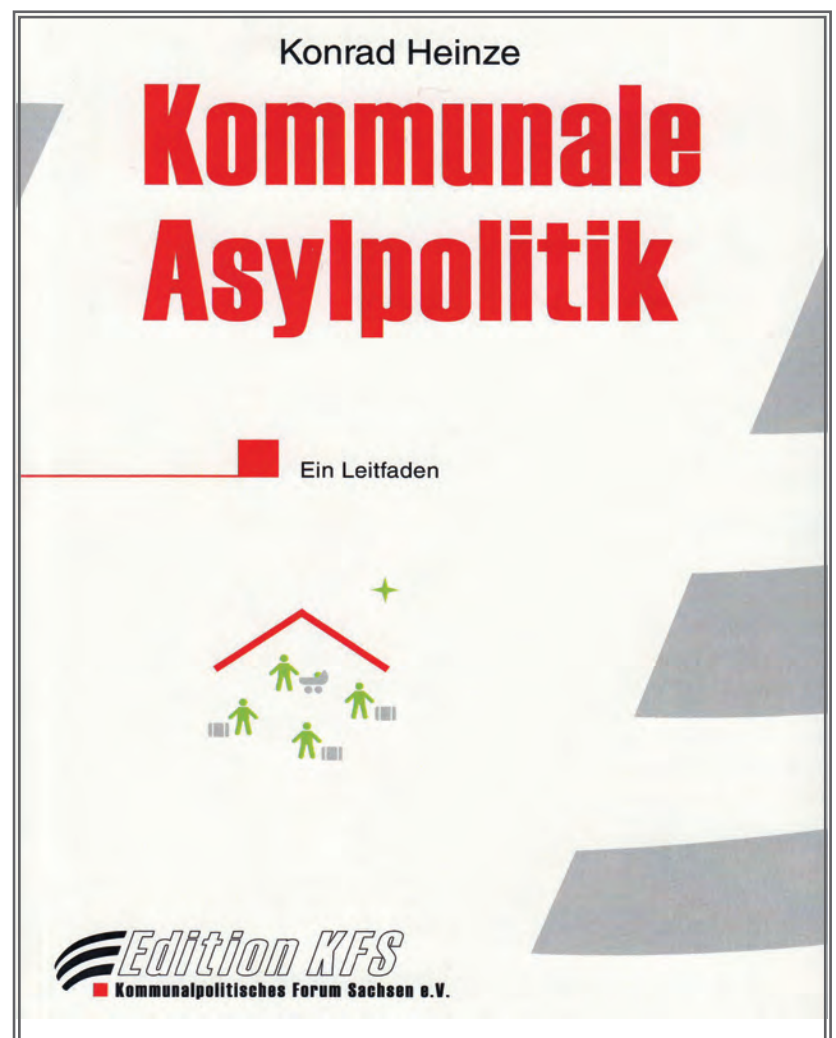
In einem weiteren Kapitel des dritten Teils geht es um ganz konkrete und praktische Fragen der *Versorgung, der sozialen Betreuung und der gesellschaftlichen Teilhabe* von Flüchtlingen. Im Einzelnen werden hier folgende Themen gestreift: grundlegende Versorgung und soziale Rechte von Asylsuchenden, medizinische Versorgung, Schule und Kita, Spracherwerb und Sprachvermittlung, Internetzugang für Asylsuchende, Sport und Verein, Bankkonten und bargeldlose Auszahlung, Arbeitsmarktzugang, soziale Betreuung durch Sozialarbeit und Asylverfahrensberatung, ehrenamtliches Engagement und Hauptamt.

In allen drei Teilen werden zu den verschiedenen Themen weiterführende Lesehinweise angegeben.

Im *vierten Teil*, einem Anhang, werden die wichtigsten Gesetze und Verordnungen zum Asylrecht aufgezählt. Weiterhin werden jene Landkreise und Kreisfreien Städte genannt, die bereits ein Unterbringungs- und Betreuungskonzept haben. Ferner sind hier nachzuschauen Daten und Grafiken zu den Hauptherkunftsländern, den Verteilungsquoten auf die Bundesländer, den Verteilungsquoten auf die Landkreise und Kreisfreien Städte in Sachsen, eine Übersicht zum Schutzstatus der Flüchtlinge, eine Übersicht zu den Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz sowie ein Auflistung der Länder, aus denen Menschen flüchten und deren Sprachen.

Ein solcher Leitfaden zur kommunalen Asylpolitik, wie er von Konrad Heinze vorgelegt wurde, sucht seinesgleichen auf dem hiesigen Literaturmarkt und im Internet. Den Kommunalpolitikern und den ehrenamtlichen Helfern wird hier kompakt, verständlich und übersichtlich ein kleines praktisches Kompendium an die Hand gegeben. Eine solcher Zweck kann hingegen mit der (Redaktionsschluss November 2015) veröffentlichten Studie der Robert-Bosch-Stiftung zum Thema „Die Aufnahme von Flüchtlingen in den Bundesländern und Kommunen. Behördliche Praxis und zivilgesellschaftliches Engagement“, nicht erfüllt werden. Diese Studie ist gewiss auch interessant und informativ, da über Erfahrungen berichtet wird; sie sei an dieser Stelle auch ergänzend als ein weiterer Lesehinweis empfohlen (www.buergergesellschaft.de/mitteilen/news/meldungen/) sowie ebenso ein Sonderheft des Dt. Instituts für Urbanistik (www.difu.de).

AG



Fortsetzung von Seite 2 ... Ausgaben für Flüchtlinge

abhängigen und andererseits *migrationsursachenabhängigen* Kosten unterschieden.

In der Summe ergeben die Szenariorechnungen, dass die öffentlichen Kassen von Ländern und Kommunen im Jahr 2016 durch die Flüchtlingsausgaben je nach Asylbewerberzahlen in der Größenordnung von zirka 7 bis 16 Milliarden Euro belastet werden. Bei Berücksichtigung der bislang vom Bund zugesagten Mittel (inklusive Spitzabrechnung und Betreuungsgeld) ergibt sich ein zusätzlicher Finanzierungsbedarf in Höhe von mindestens 3 bis 5,5 Milliarden Euro, die Länder und Kommunen aufbringen müssten.

In den Szenariorechnungen sind Mittel des Bundes in Höhe von zirka 4 bis zirka 10,5 Milliarden Euro berücksichtigt, die sich aus der in den Szenarien jeweils unterstellten Zahl der Asylbewerber im Verfahren des BAMF ableiten.

Ergänzend sind Ausgaben zur Sicherung der Rahmenbedingungen für eine gelingende Integration notwendig. Diese betreffen insbesondere den Wohnungsmarkt. Gerade vor dem Hintergrund des Zieles, Konkurrenz auf dem Wohnungsmarkt für sozial Schwache zu verhindern, ist in Regionen mit einem angespannten Wohnungsmarkt im unteren Segment die Förderung von sozial gebundenen Wohnungen mit niedrigen Mieten erforderlich. Es ist wichtig, dass es sich hier nicht vorrangig um Wohnungen handelt, die für die Flüchtlinge gebaut werden, sondern um Wohnungen, die für *alle sozial schwachen Gruppen* wegen des ohnehin vorhandenen Bedarfs an kostengünstigen Wohnungen und wegen der Flüchtlinge gebaut werden.

Das minimale Volumen für die Förderprogramme von Bund und Ländern beträgt zirka 1 Milliarde Euro aufgrund der im Jahr 2015 ankommenden Flüchtlinge. Aufgrund der im Jahr 2016 eintreffenden Flüchtlinge liegt das minimale Volumen für die Förderprogramme von Bund und Ländern in der Größenordnung von 1 bis 2 Milliarden Euro.

Dem Deutschen Städtetag sei es „ein besonderes Anliegen, nochmals zu bekräftigen, dass er nicht einer Ausgestaltung der Asylpolitik unter dem Gesichtspunkt der Ausgaben oder finanziellen Kosten das Wort reden will. Die hier vorliegende Ermittlung bestimmter flüchtlingsbedingter Mehrausgaben dient vielmehr dem Zweck des entsprechenden Ausgleichs zwischen den verschiedenen föderalen Ebenen. Einfach gesagt: Es stellt sich nicht die Frage, ob die Ausgaben für die Flüchtlinge ‚richtig‘ sind oder nicht, sie sind derzeit schlicht notwendig. Humanität ist nicht zum Nulltarif zu haben.“

Auch ein Sparen am falschen Ende – der erzwungene Verzicht auf eine Unterstützung der Integration aufgrund unzureichender Finanzmittelverteilung im Bundesstaat – würde nicht nur mittel- und langfristig fiskalisch nachteilig sein, sondern soziale Stabilität beeinträchtigen.

Sorgen, dass die fiskalische Stabilität des öffentlichen Gesamthaushaltes – also der Summe aller öffentlichen Haushalte – durch die Flüchtlingsaufnahme gefährdet sein könnte, seien zwar ernst zu nehmen, seien auch deshalb verständlich, weil die Haushalte einzelner Gebietskörperschaften aufgrund der Flüchtlinge in ihrer Stabilität bedroht sind. Dennoch seien die Sorgen in der Gesamtschau nicht berechtigt.

(www.staedtetag.de/)

PARLAMENTARSREPORT



Liebe Leserinnen und Leser,

im Gespräch bleiben – das ist im Wahlkampf wichtig. Die Äußerung von Frauke Petry zum Schusswaffengebrauch gegen Geflüchtete war mithin offenbar eine kalkulierte Provokation. Für Heribert Prantl von der Süddeutschen Zeitung ist sie „der Prolog zur Unmenschlichkeit“. Das anschließende Entsetzen verantworten freilich, laut Petry, nur „die Medien“. Sündenbock gefunden!

Prantl weiter: „Das Bittere ist, dass offenbar selbst das sachliche Argument gegen solche Gemeinheiten die AfD beflügelt“. Bleiben wir also, wenn wir uns schon mit ihr befassen, im Reich des Anekdotischen. Da gibt's bei Petrys Truppe einen reichen Fundus.

Damit meine ich weniger Absonderlichkeiten wie die, dass ein Portrait des Generalfeldmarschalls Paul von Hindenburg („Mir bekommt der Krieg wie eine Badekur“) den AfD-Flur „ziert“. Spannender ist, dass die Fraktion offenbar immer noch vom parlamentarischen Geschäft überfordert wird. Im Februar-Plenum wollte sie einen Antrag zu „Frauen- und Kinderschutzrichtungen“ behandeln lassen – doch es stellte sich heraus, dass sie ihn von der Linksfraktion in Mecklenburg-Vorpommern abgeschrieben hat. Ein kläglicher Versuch, das ernste Thema Häusliche Gewalt zu instrumentalisieren. „Während die AfD Gleichstellungsprojekte bekämpft und finanziell ruinieren will, fordert sie einen besseren Opferschutz. Das ist unglaublich“, kritisiert meine Kollegin Sarah Buddeberg.

Als der Kopiervorgang publik wurde, zog die AfD den Antrag zurück und schob die Schuld einer parlamentarischen Beraterin zu. Und wieder: Sündenbock gefunden! Ohne die kommt die AfD nicht aus – ohne Populismus auf Kosten von Schwächeren auch nicht.

Rico Gebhardt

Rico Gebhardt
Fraktionsvorsitzender

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag

„Und wer kümmert sich um deutsche Obdachlose?“ DIE LINKE, seit Jahren!

Wir müssen unseren Armen helfen, dann erst den Asylanter! Sprüche wie diesen hört man oft. Meistens dient „der deutsche Obdachlose“ als Referenzobjekt für den Vorwurf, „die Politik“ vernachlässige „die Deutschen“. Viele Zeitgenossen, die so reden, interessieren sich freilich nur insoweit für das Schicksal von Obdachlosen, wie sie es als „Rechtfertigung“ für Fremdenfeindlichkeit missbrauchen können. Klar ist trotzdem: Sozialer Ausgleich muss her – zum Nutzen aller! Das ist uns wichtig, auch weil uns die Einheimischen immer wichtig gewesen sind, besonders die, die sozial benachteiligt werden.

Seit 2008 gibt es in Sachsen keine Erhebungen zur Wohnungslosigkeit mehr, weil die Staatsregierung sie eingestellt hat. Hintergrund waren wohl rückläufige Fallzahlen. Allerdings gibt es deutliche Anzeichen, dass Wohnungslosigkeit wieder zunimmt, bezahlbarer Wohnraum mancherorts knapp wird – vor allem in Leipzig und Dresden. CDU und SPD wollen laut Koalitionsvertrag prüfen, ob eine Statistik zur Wohnungslosigkeit wieder eingeführt werden soll. Es ist nichts darüber bekannt, dass diese Prüfung stattfindet.

Die Linksfraktion hat mehrfach einen Lebenslagen-Report zu Armut und Reichtum gefordert – 2004, 2009, 2012, 2014 und nun auch 2016. Dazu gehört die Beobachtung der Wohnungslosigkeit. Ohne Datenbasis lässt sich schwerlich sozialpolitisch handeln. Unser Antrag „Wohnungslosigkeit im Freistaat Sachsen – Einführung eines „Sächsischen Wohnungsnotfallberichts““ (Drucksache 6/3933) fordert von der Staatsregierung bis zum Ende des ersten Quartals 2017 einen Bericht über die Wohnungslosigkeit. Daten sol-

len gemeinsam mit den Kommunen erhoben, die Sozialstatistik verändert werden, damit Obdachlosigkeit kontinuierlich untersucht wird.

Es geht um wichtige Fragen: Wie viele Menschen sind wohnungslos oder von Wohnungslosigkeit bedroht? Was unternehmen die Kommunen, um Wohnungslosigkeit zu verhindern? Welche Gründe führen zu Obdachlosigkeit? Wie unterstützen die Kommunen die Wohnungsloseninitiativen der Wohlfahrtsverbände, welche Haushaltsmittel sind verfügbar? Welche Eingliederungsleistungen gibt es für wohnungslose Menschen – beispielsweise Trainingswohneinheiten oder Übernahme von Mietschulden? Die Antworten sollen der Ansatz für politische Maßnahmen sein, um Wohnungslosigkeit zu bekämpfen.

Susanne Schaper, Sozialexpertin der LINKEN, konfrontierte die CDU mit einem Bibelzitat: „Gebt den Hungrigen zu essen, nehmt Obdachlose bei euch auf, und wenn ihr einem begegnet, der in Lumpen herumläuft, gebt ihm Kleider! Helft, wo ihr könnt, und verschließt eure Augen nicht vor den Nöten eurer Mitmenschen!“ (Jesaja, Kapitel 58, Absatz 7). Es sei unverständlich, weshalb die Staatsregierung – geführt von einer Partei, deren erklärter Daseinszweck das Christentum ist – nicht einmal Daten zur Wohnungslosigkeit erheben wolle. „Totschweigen hat noch kein Problem gelöst“.

Ein Wohnungsnotfall liegt vor, wenn eine Person wohnungslos, von Wohnungslosigkeit bedroht ist oder in unzumutbaren Wohnverhältnissen lebt. Als wohnungslos gilt, wer nicht über einen mietvertraglich abgesicherten Wohnraum verfügt. 2.821 Wohnungs-

notfälle hat die Diakonie für das Jahr 2014 erfasst – 90 Fälle mehr als im Vorjahr. Wer wohnungslos ist, ist übrigens oft auch nicht krankenversichert. 45 Prozent der erfassten Wohnungslosen sind zwischen 18 und 35, fast ein Fünftel über 65 Jahre alt. Nahezu die Hälfte bekommt Hartz IV-Leistungen, 15 Prozent erhalten kein Einkommen. Hartz-IV-Betroffene sind von Wohnungslosigkeit bedroht, solange das Existenzminimum sanktioniert werden kann. Ein Moratorium könne helfen, die Zahlen nicht weiter steigen zu lassen, so Schaper. Aber: „Ich denke, wir erleben eher die erfolgreiche Kernfusion auf der Erde, als dass sich die CDU zu diesem Akt der Barmherzigkeit hinreißen ließe“. Selbst Arbeit schützt nicht vor Wohnungslosigkeit. Laut Diakonie erzielen sieben Prozent derer, die von Wohnungsnotfällen betroffen sind, ein Einkommen aus Erwerbstätigkeit.

Bei den Zahlen der Diakonie handelt es sich nur um Schätzungen. Eine gesetzlich gesicherte Datenerhebung sei auch deshalb unverzichtbar, so Schaper. Sie verwies auf Nordrhein-Westfalen: „Mit der integrierten Wohnungsnotfallberichterstattung ist es das bisher einzige Bundesland mit einer umfassenden Erhebung über die Quantität und Struktur der Wohnungsnotfälle“.

Die Koalition lehnte ab – kein Handeln also gegen die Krise der sozialen Gerechtigkeit. Geflüchtete sind dafür nicht verantwortlich, ihre Anwesenheit macht die Krise nur deutlicher sichtbar. Soziale Lösungen zum Nutzen von Einheimischen wie Geflüchteten sind nötig – genug bezahlbarer Wohnraum gehört dazu! Sonst haben Hassprediger weiter leichtes Spiel dabei, Geflüchtete zu Sündenböcken zu machen.



Sieg auf ganzer Linie

Seit 25 Jahren regiert die CDU in Sachsen. Vieles ist bereits über die „Arroganz der Macht“ geschrieben worden. Sie äußert sich seit nicht allzu kurzer Zeit auch darin, wie manche Ministerien Kleine Anfragen von Landtagsabgeordneten beantworten: unvollständig, zäh, bruchstückhaft. Offenbar will man nach Gutsherrenart entscheiden, welche Informationen die Opposition bekommen darf und welche nicht.

Doch der Reihe nach. Das Fragerecht der Abgeordneten ist in Art. 51 Abs. 1 Satz 1 der Sächsischen Verfassung klar geregelt: „Fragen einzelner Abgeordneter oder parlamentarische Anfragen haben die Staatsregierung oder

ihre Mitglieder im Landtag und in seinen Ausschüssen nach bestem Wissen unverzüglich und vollständig zu beantworten“. Dieses Recht kommt selbstverständlich auch den Abgeordneten der Regierungsfractionen zu. Es ist allerdings vor allem eine Grundlage dafür, dass die Opposition ihren Auftrag, das Regierungshandeln zu kontrollieren, ausführen kann. Auch brisante Anfragen müssen also beantwortet werden, Wegducken ist ausgeschlossen.

Markus Ulbig, Chef des sächsischen Innenministeriums, steht seit Monaten wie kein anderes Regierungsmitglied im Kreuzfeuer. Angesichts vieler

ungelöster Probleme – Staatsversagen bei der Flüchtlingsunterbringung, Stellenabbau bei der Polizei, riskante Billiglösungen wie die „Wachpolizei“ und anderes mehr – wirkt er ständig wie jemand, der mit dem Rücken zur Wand steht. Mithin ist sein Ressort offenbar bemüht, Kritik abzumoderieren, so gut es eben geht. Das erklärt wahrscheinlich, weshalb sein Haus bei der Missachtung des parlamentarischen Fragerechts negativ hervorsticht. In gleich drei Fällen verweigerte es LINKEN Oppositionsabgeordneten Auskunft. Deshalb zogen **André Schollbach, Kerstin Köditz und Juliane Nagel** schon vor Jahresfrist vor den Sächsischen Verfassungsgerichtshof, um im

Organstreitverfahren nachzuweisen, dass die Staatsregierung verfassungswidrig gehandelt hat.

Im Januar sprachen die Richter ihr Urteil – und gaben den LINKEN-Abgeordneten vollständig Recht. In vier Urteilen (Vf. 63-I-15, Vf. 67-I-15, Vf. 68-I-15, Vf. 81-I-15) legen sie dar, dass Ulbigs Ministerium zu Unrecht Informationen verschwiegen hat. André Schollbach hatte Fragen zum Treffen des Innenministers mit der PEGIDA-Spitze am 26. Januar 2015 gestellt (Drucksache 6/857); der Ort des Treffens wurde mit dem Hinweis geheim gehalten, dies sei mit den PEGIDA-Führern so vereinbart. Kerstin Köditz hatte Anfragen zu rechten Konzerten in Sachsen im Jahr 2014 (Drucksache 6/605) sowie zu Strukturen der extremen Rechten in Sachsen 2014 (Drucksache 6/611) gestellt. Eine Antwort bekam sie nicht, nur einen Verweis auf den in Arbeit befindlichen Verfassungsschutzbericht. Juliane Nagel schließlich wollte wissen, welche Konditionen der Freistaat Sachsen mit den Betreibern der Erstaufnahmeeinrichtungen vereinbart hatte (Drucksache 6/1077). Ulbig schob Rechte Dritter vor und blieb stumm.

Wir erwarten von der Staatsregierung ordnungsgemäße Auskünfte und die Achtung der Opposition! Der CDU-Innenminister hat Medienberichten zufolge Besserung gelobt – wir sind gespannt.



Großflächenkampagne der Linksfraktion: Solidarität schlägt Terror!

Millionen fliehen weltweit, auch vor islamistischem Terror. Tausende kommen zu uns. Hier bei uns gibt es Terror gegen Asylunterkünfte, Angriffe und Hetze gegen Geflüchtete, gegen deren Unterstützer, gegen Medien, gegen Politikerbüros.

In diesem Klima des Hasses haben wir im Januar mit 180 Großflächenplakaten in ganz Sachsen die Botschaft gesendet, dass man Terror nur durch Solidarität besiegen kann. Bei bestem Wetter haben wir das Motiv am 18.

Januar vor dem Landtag der Öffentlichkeit präsentiert.

In Sachsen sollen alle sicher leben können. Wir wollen keinen weiteren Zerfall unserer Gesellschaft zulassen, sondern Zusammenhalt schaffen. Während die Regierenden über Maßnahmen wie eine Benzinpreisabgabe zur Finanzierung der Asylkosten nachdenken, sagen wir: **Reichtum umverteilen und soziale Lösungen schaffen, von denen alle im Land gemeinsam profitieren!**



Sorglos-Sex für alle!

In den letzten fünf Jahren gab es in Sachsen fast 25.000 Schwangerschaftsabbrüche. Die Betroffenen werden durch eine Abtreibung psychisch sehr belastet. Auch die Staatskasse leidet, denn sie erstattet den Krankenkassen die Kosten, wenn die Betroffenen nicht zahlen können – 2014 waren das 1,85 Millionen Euro. Am besten wäre es, wenn Schwangerschaftsabbrüche überflüssig wären. Deshalb sollten alle Menschen frei entscheiden könnten, ob sie Kinder wollen oder nicht.

Wer wenig Geld hat, kann heute allerdings oft nicht das bevorzugte und medizinisch verträglichste Verhütungsmittel wählen. Ärztlich verordnete Verhütungsmittel können schnell unbezahlbar werden, wenn es auf wenige Euro im Monat ankommt. Die Krankenkassen übernehmen die Kosten nur bis zum vollendeten 20. Lebensjahr. Deshalb fordern pro familia oder die Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauen- und Gleichstellungsbeauftragter Deutschlands seit Jahren, auch finanziell Notleidenden die Möglichkeit zu geben, ungewollte Schwangerschaften zu verhindern. In ihrer „Kieler Erklärung“ von 2013 heißt es: „Verhütung ist derzeit in Deutschland vom sozialen Status abhängig. Das Menschenrecht auf freie Wahl der Verhütungsmethode, die größtmögliche Sicherheit bietet und individuell gesundheitlich verträglich ist, ist nicht mehr für alle garantiert“.

Die Linksfraktion will die „Kostenlose Abgabe von Verhütungsmitteln im Fall geringen Einkommens“ (Drucksache 6/3298). Per Antrag forderte sie eine Bundesratsinitiative der Staatsregierung. Es solle bundesweit geregelt werden, dass Frauen und Männern mit geringem Einkommen die Kosten für

ärztlich verordnete Verhütungsmittel erstattet werden. Das soll für alle gelten, die Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II (Hartz IV), dem Sozialgesetzbuch XII (Sozialhilfe) oder dem Asylbewerberleistungsgesetz beziehen oder über ein vergleichbar geringes Einkommen verfügen.

Susanne Schaper, Sozial- und Gesundheitspolitikerin der Fraktion DIE LINKE, verwies darauf, dass die SPD-Fraktion in der vergangenen Wahlperiode schon einmal die Kosten-

plötzlich unfruchtbar oder hören auf, Geschlechtsverkehr zu haben? Wir finden diese Altersbegrenzung willkürlich und völlig unsinnig. Sie vermittelt den Eindruck, dass es ab 20 Jahren kein Recht auf selbstbestimmte Verhütung mehr gibt“. Der Hartz IV-Regelsatz sehe eine Pauschale von 17 Euro für alle Medikamente vor, schon die Pille koste aber durchschnittlich 20 Euro pro Monat. „Das heißt für die Hartz-IV-Empfängerin, dass sie mindestens 3 Euro monatlich aus eigener Tasche zu zahlen hat. Aber nicht jede Frau

mittel auf Rezept erhalten. Das wäre immerhin ein Schritt in die richtige Richtung, so Schaper.

Die CDU-Fraktion in Gestalt ihres „sozialpolitischen Sprechers“ Alexander Krauß zog das Thema ins Lächerliche – auf Kosten der Betroffenen. Obwohl es nur um ärztlich verordnete Mittel zur Empfängnisverhütung ging, ätzte Krauß: „Wollen Sie, dass jemand zur Mitarbeiterin des Job-Centers geht und ihr sagt: ‚Ich möchte heute Abend Sex haben. Deswegen brauche ich ein Kondom?‘“



erstattung für Hartz IV- und Sozialhilfebeneficiäre gefordert hatte. Im November 2006 hatten auch die GRÜNEN einen entsprechenden Antrag eingebracht. Schaper äußerte ihr Unverständnis darüber, dass die Kosten für ärztlich verordnete Verhütungsmittel nur bis zum 20. Lebensjahr übernommen werden. „Werden Frauen dann

verträgt jedes Präparat. Andere Verhütungsmethoden wie Spirale, Verhütungsring oder Verhütungsstäbchen sind wesentlich teurer“. Und wie sollen erst Menschen mit Mehrfacherkrankungen mit dieser Knappheit umgehen? Selbst die CSU habe 2015 gefordert, dass Hartz-IV-Empfängerinnen bis zum 27. Lebensjahr kostenlose Verhütungs-

Schaper konterte: „Kondome sind nicht ärztlich verordnet. Das können Sie vielleicht nicht wissen. Vielleicht sind Sie Katholik, das weiß ich nicht“.

Die CDU gibt sich sonst stets als Abtreibungsgegnerin. Wenn es aber darum geht, ungewollte Schwangerschaften zu verhindern, lehnt sie ab. Bizarr!

Zum streitbaren Dialog befähigen

„Wichtig ist, der jungen Generation das junge Pflänzchen Demokratie immer wieder nahe zu bringen, damit sie es verinnerlicht“. Dieses leicht schiefe Sprachbild entwarf eine hilflose Kultusministerin Brunhild Kurth (CDU) gegenüber der taz, als sie auf die Defizite bei der politischen Bildung an sächsischen Schulen angesprochen wurde. Thomas Krüger, Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung, bemängelt eine Bevorzugung der Naturwissenschaften gegenüber der politischen Bildung. Auch der Landesschülerrat beklagt, dass der politische Unterricht zu kurz komme. So diskutiert zwar das ganze Land über Phänomene wie „PEGIDA“, die Schulen allerdings muten oft wie ein politikfreier Raum an.

Ein solcher sind sie aber nicht, ein solcher dürfen sie nicht sein. Denn was Händchen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr, sagt der Volksmund, der zu sein momentan viele für sich beanspruchen. Nirgendwo wird der Mangel an politischer Bildung so deutlich wie in den Debatten zur Flüchtlingspolitik. Offenbar gibt es – neben der sattsam bekannten Vorliebe zahlreicher Zeitge-

nossen für einfache „Antworten“ und pauschale Verdächtigungen – einen eklatanten Mangel an Wissen darüber, wie die parlamentarische Demokratie funktioniert. Annahmen wie jene, die Opposition sitze mit am Regierungstisch und könne Entscheidungen treffen, zählen noch zu den harmloseren Wissenslücken.

Je früher politische Bildung beginnt, desto wahrscheinlicher entsteht eine übergroße Mehrheit selbstbewusster, mündiger und verantwortungsvoller Staatsbürger, die gegenüber dem hetzerischen Treiben rechter Demagogen immun und stattdessen in der Lage sind, sachlich nach Problemlösungen zu suchen. Schule spielt eine Schlüsselrolle, denn sie kann neben dem Elternhaus am besten zu demokratischem Denken und Handeln erziehen.

Mit dem Antrag „Schule demokratisieren und politische Bildung stärken“ (Drucksache 6/889) hat die Fraktion DIE LINKE die Staatsregierung aufgefordert, die sächsische Schule zu einem demokratisch strukturierten Lern- und Lebensraum weiterzuentwickeln. Leh-

rerinnen und Lehrer sollen weniger Frontalunterricht halten und stattdessen kooperatives und selbstständiges Lernen fördern. Projektwochen zu schulinternen oder schulexternen politischen Themen sollen Pflicht werden. Die Schulen sollen für Jugendverbände und zivilgesellschaftliche Institutionen geöffnet werden; im Zuge dessen wäre auch der „Erlass zur politischen Werbung an Schulen“ aufzuheben. Der verbietet bislang Informations- und Diskussionsrunden mit Abgeordneten, Bewerbern und Vertretern von Parteien, Wählergemeinschaften und anderen politischen Organisationen im Vorfeld von Wahlterminen. Außerdem sollen Schülerinnen und Schüler besser für die Schülermitwirkung – etwa im Schülerrat oder in der Schulkonferenz – qualifiziert werden. So wird politisches Handeln erlernt und demokratisches Handeln erfahrbar gemacht.

Marion Junge, die für die Fraktion DIE LINKE im Schulausschuss des Landtages sitzt, verwies bei der Behandlung des Antrags im Dezember auf die Themen Asyl und Einwanderung. „Sie bedürfen auf beiden Seiten

der Bereitschaft zu einer zivilen Konfliktlösung. Das stellt auch die politische Bildung vor neue Herausforderungen“. Sie müsse Lehrpläne und Fächer durchziehen. „Denn wer sich nicht auskennt im politischen System, wer die Funktionen und Zusammenhänge nicht durchschaut, kann auch seine Partizipationschancen nicht nutzen, ihm fehlt die Demokratiekompetenz, er bleibt als Bürger unmündig“.

Bei alledem dient keineswegs der Recht als „Rotlicht“ verrufene Staatsbürgerkundeunterricht der DDR als Vorbild. Der war das Gegenteil eines Bildungsverständnisses, das Sachsen so guttun würde: das der demokratischen Schule. Es legt Wert auf das Erlernen einer moralischen Haltung, die zum streitbaren Dialog mit anderen befähigt. Dabei ist es wichtiger, (selbst)kritisch hinterfragen zu können als Sachwissen zu erwerben, das sich ohnehin ständig verändert. Die Koalition dokumentierte mit ihrer Ablehnung unseres Antrages, dass sie nichts davon umsetzen will. So kümmert „das zarte Pflänzchen Demokratie“ in Sachsen weiter vor sich hin.



Plenarspiegel

Dezember 2015

Die 25. und die 26. Sitzung des 6. Sächsischen Landtages fanden am 16. und 17. Dezember 2015 statt. Die Fraktion DIE LINKE war mit folgenden parlamentarischen Initiativen vertreten:

Aktuelle Stunde

„Frist für Umrüstung von Kleinkläranlagen läuft ab – Zehntausende Betroffene brauchen jetzt eine Lösung über das Jahresende hinaus, Herr Umweltminister!“

Anträge

„Schule demokratisieren und politische Bildung stärken“ (Drs 6/889)

„Kostenlose Abgabe von Verhütungsmitteln im Fall geringen Einkommens“ (Drs 6/3298)

Gesetzentwürfe

„Gesetz zur Stärkung der Mitwirkung, Mitbestimmung und Interessenvertretung von Seniorinnen und Senioren im Freistaat Sachsen (Sächsisches SeniorInnenmitbestimmungsgesetz – SächsenMitbestG)“ (Drs 6/3471)

Sammeldrucksache 6/3519 mit dem Antrag der Linksfraktion

„Leistungserweiterung der gesetzlichen Krankenkassen für die Kinderwunschbehandlung unverheirateter Paare“ (Drs 6/2316)

Drucksachen (Drs) und Redebeiträge unter www.linksfraktion-sachsen.de



Kleinkläranlagen: Frist verlängern!

Das Thema beschäftigt tausende Immobilieneigentümer: Bis zum Ende des Jahres 2015 mussten viele Hausbesitzer ihre Abwasserversorgung modernisieren, Kleinkläranlagen und abflusslose Gruben bauen. Seit 2007 hat die Sächsische Aufbaubank (SAB) dafür insgesamt 89 Millionen Euro Fördermittel ausgezahlt. Trotzdem gibt es immer noch etwa 56.000 Menschen, die einen Anschluss an eine öffentliche Kläranlage brauchen, beziehungsweise 135.000 Menschen, die eine dezentrale Umrüstung benötigen. Zudem hieß es lange, dass Fördermittel nur für Anlagen gezahlt würden, die bis Ende 2015 in Betrieb gehen. Die Regierung hat zwar eine Übergangsregelung angekündigt – die neue Richtlinie zur Siedlungswasserwirtschaft wurde aber lange Zeit nicht veröffentlicht.

Die Linksfraktion setzte das Thema im Dezember erneut auf die Tagesordnung. **Dr. Jana Pinka, Expertin für Umweltpolitik der Linksfraktion**, forderte die Veröffentlichung der neuen

Richtlinie ein – und gab zu bedenken, dass vor allem ältere Menschen durch die Umbauten schnell finanziell überfordert sind. Auch **Janina Pfau, Sprecherin der LINKEN für Verbraucherschutz**, verwies auf Zahlungsschwierigkeiten der Immobilienbesitzer. Der komplette Neubau einer vollbiologischen Kleinkläranlage kostet schließlich etwa 6.000 Euro. Abflusslose Gruben sind zwar etwas günstiger, verursachen aber Folgekosten, weil sie regelmäßig geleert werden müssen. Ohnehin dauert die Auszahlung der Fördergelder zu lange.

Die Linksfraktion fordert von Umweltminister Thomas Schmidt mehr Unterstützung für Hausbesitzer in finanziellen Schwierigkeiten. Für sie könne die Frist für die Fördermittelbeantragung verlängert, die Fördersumme erhöht werden. Pfau: „Die Probleme der Grundstücksbesitzerinnen und Grundstücksbesitzer dürfen sich nicht einfach dadurch klären, dass sie ihr Grundstück verkaufen müssen“.



Zu Unrecht abgestraft

Im Freistaat existieren zahlreiche außerparlamentarische Gremien, in die das Landesparlament Vertreterinnen und Vertreter entsendet – nachdem diese in der Plenarsitzung gewählt worden sind. Den Fraktionen kommt nach Proporzprinzipien das Recht zu, Posten in diesen Gremien zu besetzen. Das gilt auch für den Landesnaturschutzbeirat, in dem der Linksfraktion ein Platz zusteht. Mithin hat sie, nach parlamentarischem Brauch und gemäß den rechtlichen Bestimmungen, ihren **Sprecher für Klimaschutz, Energie und Mobilität Marco Böhme** nominiert. Eigentlich ein unspektakulärer Vorgang.

Eigentlich. Denn Marco Böhme hatte im Nachgang der Ausschreitungen in Leipzig am 12. Dezember 2015 auf seinem facebook-Profil zwei kurze Texte veröffentlicht, in denen er zur Gewalt kritisch Stellung nahm und unter anderem betonte: „Ja, man kann fassungslos die Hände über den Kopf schlagen und sagen, dass diese Gewalt nicht mehr auszuhalten ist. Für die, die das hier machen, eine Ansage: Ja, die Gewalt und die Zustände in diesem Land sind nicht mehr auszuhalten! Über 800mal hat es bereits in diesem Jahr vor oder in Flüchtlingsheimen gebrannt ...“

Insgesamt ist das ein emotionales und strittiges Thema. Der Vorwurf, Böhme habe ein „ungeklärtes Verhältnis zur Gewalt“, lässt sich allerdings aus keiner seiner Äußerungen überzeugend ableiten. Genau das aber behauptete die CDU vor der Wahl – freilich nicht offiziell, denn die Besetzung des Naturschutzbeirates hat mit den Krallen nichts zu tun. Dennoch nahmen zahlreiche Koalitionsabgeordnete offenbar die Gelegenheit wahr, Böhme abzustrafen – sie ließen ihn im ersten und, trotz Sitzungsunterbrechung und interfraktionellen Verständigungsunden, auch im zweiten Wahlgang durchfallen. Im dritten Wahlgang schließlich, der im Februar stattfand, erhielt er wiederum nicht die nötige Stimmenzahl.

Es gibt rechtlich nur eine Grundlage, um einen solchen – der Fraktion zustehenden – Wahlvorschlag abzulehnen: Schwerwiegende Bedenken in Bezug auf die fachliche Qualifikation oder die persönliche Integrität des Nominierten. Die kann es bei Böhme, der beispielsweise Vorstandsmitglied beim „Ökolöwe Umweltbund Leipzig e. V.“ ist, wahrlich nicht geben. Wir prüfen nun, wie wir als Fraktion mit dem Votum umgehen.

Termine

22. Februar 2016, 17.30 Uhr:
Podiumsdiskussion „Der ‚tiefe Staat‘ – Gefahr für parlamentarische Demokratie und Zivilgesellschaft auch in Sachsen?“
Dresden, Sächsischer Landtag, A 400

24. Februar 2016, 15 Uhr:
Fachgespräch „Gesetz zur Stärkung der Mitwirkung und Mitbestimmung und Interessenvertretung von Seniorinnen und Senioren im Freistaat Sachsen“
Dresden, Sächsischer Landtag, A 400

Kulturraum-Tour
„Sachsens Kultur – Räume, Möglichkeiten Perspektiven“

Donnerstag, 25. Februar 2016,
19 Uhr, Stadtkulturhaus Borna,
Sachsenallee 47, Borna

Mittwoch, 2. März 2016, 19 Uhr,
EXIL Restaurant und Theaterclub,
Zieschestraße 28, Chemnitz

Montag, 7. März 2016, 19 Uhr,
Projekttheater Dresden e.V.,
Louisenstraße 47, Dresden

Mittwoch, 9. März 2016, 19 Uhr,
Landesbühnen Sachsen - Studiobühne,
Meißner Straße 152,
Radebeul

Donnerstag, 10. März 2016, 19
Uhr, Gerhart-Hauptmann-Theater
(Foyer), Theaterring 12, Zittau

„Hinter verschlossenen Türen – Einblicke zu Häuslicher Gewalt“

Veranstaltung der Fraktion DIE LINKE und der Europaabgeordneten **Dr. Cornelia Ernst** zum Thema **Häusliche Gewalt und Gewaltschutz. Danach Ausstellungseröffnung „Gewalt gegen Frauen ist keine Privatsache!“**

11. März 2016, 17 Uhr, Dresden,
Sächsischer Landtag. Eintritt frei.

Infos www.linksfraktionsachsen.de/index.php?section=calendar

Impressum

Fraktion DIE LINKE
im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

Telefon: 0351/493-5800
Telefax: 0351/493-5460

E-Mail: linksfraktion@slt.sachsen.de
www.linksfraktion-sachsen.de

Vi.S.d.P.: Marcel Braumann
Redaktion: Kevin Reißig

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag